



gall. rev. 403 ^u

Hirschfeld

DES
FINANZEN FRANKREICHS

NACH DEM KRIEGE VON 1870-71.

VON
L. VON HIRSCHFELD.

MIT EINEM VORWORT

VON
PROF. DR. ADOLPH WAGNER.



BERLIN 1873.

PUTTKAMMER & MÜHLBRUCHT.

VERLAGSSTELLE FÜR STAATS- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT.
54 UNTER DEN EICHEN.

DIE
FINANZEN FRANKREICHS

NACH DEM KRIEGE VON 1870-71.

VON

L. VON HIRSCHFELD.

MIT EINEM VORWORT

VON

PROF. DR. ADOLPH WAGNER.



BERLIN 1875.

PUTTKAMMER & MÜHLBRECHT.

BUCHHANDLUNG FÜR STAATS- UND RECHTSWISSENSCHAFT.

64 UNTER DEN LINDEN.

Mit

FINANZEN FRANKREICHS

NACH DEM KRIEGE VON 1870-71.

von



(Mit Vorbehalt aller gesetzlichen Rechte.)

MIT EINER VORWORT

VON DR. ADOLF WAGNER



BERLIN 1872.

PETTERKORR & CO. VERLAG.

VERLAGS-ANSTALT FÜR STAAT UND RECHTSWISSENSCHAFT
IN BERLIN

Vorwort.

Der Herr Verfasser dieser Schrift hat mich gebeten, dieselbe mit einigen Worten bei dem Publicum einzuführen, weil ich mich selbst mit ihrem Thema mehrfach beschäftigt habe. Obgleich ich glaube, dass schon der wichtige und interessante Gegenstand, welchen die Schrift behandelt, eine solche besondere Einführung entbehrlich macht und der Leser sich leicht überzeugen wird, dass ihm hier eine werthvolle kleine finanzstatistische Monographie geboten wird, so habe ich doch keinen Anstand genommen, den Wunsch des Herrn Hauptmann von Hirschfeld zu erfüllen.

„Die Finanzen Frankreichs seit dem Kriege von 1870—71“ bieten in mehr als einer Beziehung ein grosses Interesse. Nicht zu reden von der politischen Seite der Sache und von dem wichtigen und grossartigen Stück Zeitgeschichte, welches sich in der jüngsten Geschichte der französischen Finanzen mit abspielt, so knüpfen sich an die finanziellen Ereignisse in unserem grossen Nachbarstaate einige auch für die Wissenschaft und für die Finanzpraxis überhaupt hochwichtige und lehrreiche Fragen an. Mit Recht sind daher hien und drüben, bei uns Deutschen wie bei den Franzosen, schon manche Untersuchungen über die einzelnen hauptsächlichen Vorgänge in der französischen Finanzverwaltung angestellt worden. Diese Untersuchungen haben für die Finanzwissenschaft, für theoretische Fragen der Nationalökonomie und für Probleme der Volkswirtschaftspolitik keine ganz unbedeutende Ausbeute ergeben.

In Deutschland haben sich die Untersuchungen namentlich mit den „Fünf Milliarden,“ mit dem Einfluss dieser riesigen Contributionszahlung auf den europäischen, besonders den deutschen Geldmarkt, auf die Bewegung der Edelmetalle im inter-

nationalen Verkehr, endlich mit der schliesslichen Einwirkung der Contribution auf die deutsche Volkswirtschaft näher befasst. In den Schriften und Abhandlungen von L. Bamberger, A. Soetbeer, Faucher, M. Wirth, mir u. a. ist diese „Milliarden-Frage“ nach verschiedenen Seiten geprüft worden. Der Einfluss dieser Contributionszahlung auf die französische Volkswirtschaft blieb jedoch dabei zwar nicht unbeachtet, aber wurde doch nicht so eingehend untersucht.

Die Schrift des Herrn von Hirschfeld hat nun das Verdienst, in der deutschen volkswirtschaftlichen Literatur über die Milliarden diese Lücke auszufüllen. Sie enthält zunächst eine klare und sorgfältige Darlegung der französischen Finanzmassregeln, welche zum Zweck der Contributionszahlung und zur Liquidirung der eigenen Kriegskosten des Landes ergriffen wurden. Sie sucht ausserdem die volkswirtschaftlichen Momente festzustellen, welche es Frankreich verhältnissmässig so leicht machten, in so kurzer Zeit sich seiner Schuld an Deutschland zu entledigen.

Als Bamberger, Soetbeer und ich die Contributionsfrage behandelten, empfanden wir alle den Mangel genauer amtlicher Angaben über die Zahlungsmittel, in denen Frankreich seine Kriegsschuld an Deutschland abgezahlt hat. An die betreffende Statistik knüpfen sich sehr interessante Aufschlüsse über gewisse Vorgänge auf dem Geldmarkte, im Discontogeschäft der Banken u. s. w. In mancher Hinsicht konnte überhaupt erst eine solche Statistik das Wesen der grossartigen Zahlungsoperation vollständig klar hervortreten lassen. Mittlerweile sind nun von deutscher und französischer Seite nähere Angaben erfolgt. Namentlich ist der interessante Bericht von L. Say erschienen, dessen Daten Herr von Hirschfeld noch nachträglich für seine Arbeit benutzen konnte. Seine Schrift, sowie die von ihm übrigens nicht mehr mit benutzte neueste Arbeit von Wolowski, welche an den Bericht von L. Say und an die deutsche Literatur über den Gegenstand, besonders an meine Abhandlung in von Holtzendorff's Jahrbuch f. d. Gesetzgebung u. s. w. des Deutschen Reichs J. g. 3, referirend, kritisirend und bestätigend anknüpft, vervollständigen so die Literatur über die Contribution und deren volkswirtschaftliche Folgen sehr erwünscht.

Eine zweite allgemein wichtige Frage betrifft die franzö-

sische Staatsschuldenpolitik während und besonders nach dem Kriege. Der Herr Verf. stellt auch hier das Material lichtvoll zusammen und prüft die Zweckmässigkeit der befolgten Modalitäten bei der Aufnahme der Schulden. Er schickt mit Recht seiner Darlegung eine historische Skizze der Verhältnisse vor dem Kriege voraus. Die relative Rechtfertigung, welche er der Staatsschuldenpolitik und der Finanzpolitik des zweiten Kaiserreichs überhaupt, den masslosen Beschuldigungen so vieler Franzosen gegenüber, zu Theil werden lässt, scheint mir thatsächlich vollkommen begründet zu sein.

Eine dritte Frage von allgemeiner Bedeutung bezieht sich auf die Französische Bank. Deren Leistungen während und nach dem Kriege für Staat und Volkswirthschaft, die rasche Consolidirung der Bank und die neuerliche ausserordentliche Vermehrung ihres Baarvorraths, die geringfügige Entwerthung, welche nur ganz vorübergehend die Note der Bank erfahren hat, trotzdem sie seit August 1870 ein eigentliches, uneinlösbares, den Zwangscurs führendes Papiergeld geworden ist, — alles dies sind Vorgänge, welche für den Volkswirth und Finanzmann von grösstem Interesse sind. Bei genauerer Prüfung der Finanz- und Papiergeldgeschichte anderer Länder (Englands, Russlands, Oesterreichs) zeigt sich allerdings, dass die französischen Erfahrungen nicht so ganz einzig dastehen und wenigstens in einzelnen Zeitpunkten Analoges in anderen Ländern beobachtet wurde. Immerhin sind diese neuesten französischen Verhältnisse in jeder Hinsicht sehr beachtenswerth. Sie werden in der vorliegenden Schrift mehrfach berührt.

Ich glaube aus den neuen Erfahrungen mit dem französischen Bankbillet eine Bestätigung einiger Postulate der Papiergeldpolitik und meiner Theorie der Papiergeldentwerthung oder Agiotheorie, welche ich in meiner „Russ. Papierwährung“ aufgestellt habe, finden zu dürfen. Nach der französischen Erfahrung hat sich nämlich offenbar von Neuem der Satz bewährt, dass es, wenn denn einmal in grossen politischen Krisen zur Papiergeldausgabe gegriffen werden soll, immer noch besser ist, nicht direct Staatspapiergeld auszugeben, sondern (wie in England, Oesterreich, Italien) durch Vermittlung einer grossen Centralbank und daher in der Form der Banknoten diese Papiergeldausgabe vorzunehmen. Es verbleibt dann selbst während der Uneinlös-

barkeit und des Zwangscurses dem Papiergelde immer noch mehr von der Natur der Banknote und Fullarton's „grosses regulirendes Princip des inländischen Geldwesens,“ die regelmässige Rückströmung der Noten zur Bank, bleibt wenigstens für einen grösseren oder geringeren Theil des Notenumlaufs gewahrt.

Was aber die Entwerthung des Papiergeldes anlangt, so ist auch nach meinen Untersuchungen die Papiergeldmenge und deren Bewegung dafür und daher für die Bewegung des Metallagios ein ganz untergeordneter Factor. Entscheidend ist die Nachfrage nach Edelmetall und mithin besonders, namentlich in politisch leidlich normalen Verhältnissen, die internationale Zahlungsbilanz (s. meine Russ. Papierwähr. S. 85, 87, 92). Welche Factoren diese Bilanz selbst während der Contributionszahlung für Frankreich relativ günstig erhielten, hat Herr von Hirschfeld näher nachgewiesen. Die starke Betheiligung des auswärtigen Capitals an den grossen französischen Anleihen, besonders an der zweiten (3 Milliarden), war momentan ein sehr günstiger Umstand von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die feste Haltung der französischen Valuta. Die Realisirung der fremden Effectenbestände in französischen Händen wirkte gleichfalls mächtig dafür mit. Bekanntlich ist nach Tooke's Untersuchungen über die englische Bankrestreccion eine stärkere Entwerthung der englischen Note in der französischen Kriegszeit auch namentlich nur bei momentan sehr ungünstiger Zahlungsbilanz, besonders während der Subsidienzahlungen an die Continentalmächte, eingetreten, „Gold mehr gestiegen, als Papier gefallen.“ Diese Tooke'sche Auffassung ist aber nicht nur für die damaligen specifisch englischen Verhältnisse wichtig. Ich habe sie vielmehr nach österreichischen und russischen Erfahrungen zu einer allgemein giltigen Agiotheorie erweitern können. Oesterreich, Russland, Italien, Nordamerika leiden darunter, dass sie stark im Effectengeschäfte ans Ausland verschuldet sind, daher regelmässig grosse Zinszahlungen hinausgehen und in Krisen Metall oder fremde Wechsel gesucht werden, um die ins Inland zurückströmenden Effecten zu bezahlen. Ganz anders in Frankreich, welches auch jetzt, nach dem Kriege und nach der baldigen Hereinziehung des grössten Theils der im Auslande gewesenen französischen Rente aus den letzten Anleihen, überwiegend vom Auslande zu fordern

hat. M. E. kann der Curs der französischen Note, abgesehen von momentaner Erschütterung ihres Credits durch schwere politische Ereignisse (Krieg, Revolution), wodurch eben mitunter, wie z. B. 1848 sich im Steigen des Goldagios gegen Silber zeigte, auch eine starke inländische Metallnachfrage hervorgerufen wird, vornehmlich nur gefährdet werden, wenn eine sehr ungünstige Ernte starke Getreideeinfuhren zu hohen Preisen nothwendig macht und etwa gleichzeitig in Folge von Handelskrisen der auswärtige Fabrikatenabsatz stockt.

Endlich ist es viertens namentlich die Steuerpolitik Frankreichs nach dem Kriege, welche in unserer Schrift statistisch dargestellt und kritisch geprüft wird: ein gleichfalls sehr interessanter und lehrreicher Abschnitt. Die Vermehrung im Budget der ordentlichen Ausgaben um c. $\frac{1}{2}$ Millarde Francs ist bekanntlich weit überwiegend, zu $\frac{9}{10}$, durch Vermehrung der ohnehin schon in Frankreich so hoch angeschwollenen indirecten Steuern erfolgt (Enregistrement inbegriffen). Abgesehen von der Patentsteuer (Gewerbsteuer) sind die übrigen directen Ertragssteuern nicht erhöht und die Einführung einer eigentlichen Einkommensteuer (desgleichen einer Vermögenssteuer zur Deckung der Kriegskosten) ist Dank Thiers und seinen Anhängern auch jetzt noch vermieden worden. Diese Steuerpolitik scheint mir einer der schwärzesten Punkte in der neuesten politischen Geschichte Frankreichs zu sein, — vielleicht der Punct, wo sich die schlimmen volkswirthschaftlichen und socialen Folgen des Krieges für Frankreich am Meisten kundgeben werden.

Der leichtsinnig herauf beschworene Krieg war doch schon grösstentheils den gebildeten und höheren Classen mit ihrem thörichten Geschrei gegen Preussen zur Last zu schreiben. Er hat, dem Lande nahezu 10 Milliarden Francs gekostet, das Budget des Staats um $\frac{1}{2}$ Milliarde dauernd erhöht. Die Rententitel der Kriegsanleihen sind freilich jetzt meist wieder in französischen Händen, „Frankreich zahlt, wie man sich tröstet, die Zinsen für seine neue Staatsschuld seinen eigenen Landeskindern.“ Aber Frankreich nimmt die Mittel dazu namentlich aus den indirecten Steuern, welche überwiegend die unteren Classen, vielfach wie umgekehrte Progressivsteuern, belasten. Die französischen Rentner haben ihre fremden Effecten in französische Rente umgewandelt und erhalten

also nicht mehr von Ausländern, sondern wenigstens zum grossen Theile, wegen dieser Steuerpolitik, von ihren eigenen ärmeren Landsleuten durch Vermittlung der Steuerschraube ihre Zinsen gezahlt. Diese ärmeren Klassen tragen also die Hauptlast das von ihren wohlhabenden Landsleuten zumeist verschuldeten Kriegs: die Vertheilung des französischen Nationaleinkommens hat sich demnach durch den Krieg wesentlich verschlechtert, die ökonomischen Ursachen der scharfen Classengegensätze der französischen Gesellschaft sind durch einen neuen mächtigen Factor verstärkt. Nicht nur die Vermeidung dieser, sondern die Herbeiführung der gerade entgegengesetzten Entwicklung verdanken wir in Deutschland unserem Siege, der Verfügung über die Contribution und einer allerdings viel gerechteren Steuerpolitik, wie ich in meiner Abhandlung über die Contribution näher nachzuweisen versucht habe.

Zur Beleuchtung aller dieser Verhältnisse liefert die vorliegende Schrift reiches, gut geordnetes Material. Sie enthält sich durchweg des blossen Raisonnements und stützt sich überall auf unbefangene gewürdigte Thatsachen, aus denen sie dann die weiteren Schlüsse zieht. Darin liegt ihr Werth auch als ein Beitrag für die ja immer für die Praxis mit arbeitende Finanzwissenschaft. Ich glaube sie daher bestens empfehlen zu können.

Berlin, 7. Febr. 1875.

Adolph Wagner.

INHALT.

	Seite.
Einleitung.	1
Zweck und Grenzen der vorliegenden Abhandlung.	
I. Die Finanzlage vor dem Kriege	6
A. Das Staatsschuldenwesen.	
Allgemeine Grundsätze. 1) Die consolidirte Schuld. Eigen- thümlichkeit der Rente. 2) Die kündbare Schuld. Kautionen, Depositen und „schwebende Schuld“; Gründe der Abnahme der letzteren. Allmähliche Consolidirung der kündbaren Schuld. 3) Die Leibrenten und Pensionen. Stabilität dieser Gruppe.	
B. Die Staatsschuld unter dem zweiten Kaiserreich . .	15
Gründe des Anwachsens derselben. Vergleiche mit der Verwaltung früherer Regierungen. Die Budgets seit dem Jahre 1830. Fehler und Vorzüge der kaiserlichen Finanzpolitik. Grundlosigkeit mancher neuerdings gemachten Vorwürfe. Zunahme des Nationalwohlstands in der Dekade vor dem Kriege.	
II. Einwirkung des Krieges auf die Finanzlage	24
Die Creditoperationen des Jahres 1870. 750 Millionen-Anleihe. Morgan'sche Anleihe. Vorschüsse der Bank. Aufwand der Sep- temberregierung. Erste Zusammenstellung der Kriegskosten. Lückenhaftigkeit derselben. Der Magne'sche Bericht vom 28. Oct. 1873 über die „ <i>charges résultant de la guerre</i> “. Aufstellung des <i>compte de liquidation</i> . Der Effectiv-Schaden und die indirecten Verluste.	
III. Die Finanzlage nach dem Kriege	32
A. Die Abtragung der Kriegskostenentschädigung.	
1. Durch Vermittelung des Staatscredits.	
a) Die 4 Zahlungsconventionen. Der Frankfurter Friede und seine Bestimmungen. Pläne zur Aufbringung der ersten Ratenzahlungen. Zweifelhafter Erfolg einer directen Kriegssteuer. Rente oder Obligationen? Das Amerikanische System. Vorzüge desselben. Nothwendigkeit eines geregelten Tilgungsverfahrens. Lässigkeit der französischen Regierungen in dieser Hinsicht. Die Schicksale der Amortisations-Casse.	

Banquier-Anleihe oder National-Subscription? Letztere eine Schöpfung des zweiten Kaiserreichs. Stellung der Regierung zu dieser Frage. Die 2 Milliarden-Anleihe. Vorbereitende Maassregeln. Wirkung auf den internationalen Geldmarkt. Die periodische Geldklemme in London. Angriffe der dortigen Presse auf die deutsche Finanzpolitik. Abweisung derselben.	
b) Die zweite Zahlungsconvention vom 12. Oct. 1871	46
Partielle Räumung. Die Zollverhältnisse Elsass-Lothringens. Pläne zur Beschaffung der 3 Milliarden	48
Freiwillige Anleihe, Monstre-Lotterie etc. Unzulänglichkeit aller privaten Unternehmungen. Die der Nationalversammlung vorgelegten Projecte der Herren Leon, Carayon, Denfert, Philippoteaux etc. Bedenken, welche einer Capitalsteuer entgegenstanden. Berathung der <i>société d'économie politique</i> über diese Frage. Das Soubeyran'sche Project der Staatslotterie.	
c) Der dritte Räumungsvertrag vom 29. Juni 1872	53
Ausdehnung der Zahltermine und Missstimmung der National-Versammlung Die 3 Milliarden-Anleihe und die dabei begangenen Missgriffe. Nachtheilige Wirkung der Ueberzeichnung. Das Trassirungssystem und die Betheiligung speculativer Elemente. Irreductibilität der Baarzahlungen Das Rondelet'sche System.	
d) Der 4. Räumungsvertrag. <i>La libération du territoire</i>	60
2. durch Liquidation	62
In welcher Form hat sich die Liquidation der Kriegskostenzahlung in Frankreich vollzogen, und in wie weit war es möglich, andere Werthe an die Stelle des Edelmetalls treten zu lassen? Drei Hülfsmittel: der bestehende Baarvorrath an Edelmetall, die Guthaben im Ausland und die Vermehrung des Waaren-Exports.	
a) Die Geldhorte in Frankreich. Geringe Betheiligung des Edelmetalls an den Contributionszahlungen. b) Die Wechseloperationen und ihre Rückwirkung auf den Geldmarkt. Mechanismus der Zahlungsoperationen Verkauf ausländischer Papiere seitens französischer Rentner. c) Ersparniss und Arbeit. Beschränkung des Consums und Zunahme der Production resp. des Exports. In wie weit ist die im ersten Halbjahr 1874 eingetretene Abnahme des letzteren bedenklich?	
B. Vertheilung der neuen Zinsenlast im Wege des Steuerdrucks	78
1. Allgemeine Grundsätze. Vergleich mit früheren Epochen aus der franz. und engl. Geschichte. Die Thiers'sche Finanzpolitik und die Rohstoffbesteuerung. Hie Schutz Zoll — hie Freihandel! Warum sind die Amerikanischen Steuer-Verhältnisse nicht auf	

Inhalt.

	Seite
Europäische Staaten zu übertragen? Systemlosigkeit des Besteuerungswesens in Frankreich nach dem Kriege.	
2. Die Steuergesetze der Jahre 1871 und 1872	90
Anforderungen des Budgets. Finanzielle Maassnahmen des Jahres 1872. Die 4 verschiedenen Steuerprojecte: Einkommen-Steuer, Capital-Steuer, Zuschlag zu den directen Steuern oder Rohstoff-Steuer. <i>Income-tax</i> und <i>inland revenue</i> . Vota der Nationalversammlung. Thiers' Sieg und Sturz. Budget 1873.	
3. Ausgleichung der Budgets 1874 und 1875.	
Das Jahr 1873 eine Versuchsperiode. Ergebniss der bisherigen Steuererhöhungen. Erste amtliche Veröffentlichung über die Finanzlage durch den Magne'schen Bericht. Grundzüge desselben. Unzulänglichkeit aller Vorschläge bezüglich der Deckung des Deficits. Die Budgets 1874 und 1875. Der Wolowski'sche Finanzplan und die Reduction der Ratenzahlung von 200 Mill. an die Bank. Bedenken der letzteren gegen eine Revision des Tilgungsvertrags von 1871. Weiterer Vorschuss von 80 Mill. bewilligt.	
4. Der Paricurs der französischen Bankbillets . . .	108
Die Operationen der Bank von Frankreich während des Krieges und nach demselben. Die 3 Gründe des Paricurses. Umschwung in den finanziellen Gewohnheiten der Bevölkerung. Stetige Zunahme der Baarfonds und die sich daran knüpfende Aussicht auf Wiederaufnahme der Baarzahlungen.	
C. Kritik der neuen Steuern	114
1. Directe Steuern. Ueberanspannung der Productionskräfte durch Verschärfung der Patentsteuer.	
2. Specialtaxen. Luxussteuern. Die <i>taxe sur les valeurs mobilières</i> ein Surrogat der reinen Einkommensteuer.	
3. Enregistrement und Stempel-Gebühren.	
4. Zölle. Salzsteuer.	
5. Indirecte Steuern. Vorliebe der französischen Regierungen für diese Besteuerungsform. Mängel des Erhebungsmodus. Gründe der diesjährigen Steuerausfälle.	
6. Verkehrssteuern. a) Eisenbahnen. b) Post- und Telegraphenwesen.	
Schlussbetrachtung	124

(Im Anhang zwei Tabellen.

1	Einleitung
2	I. Die Bedeutung der Kunst
3	II. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
4	III. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
5	IV. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
6	V. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
7	VI. Die Kunst als Ausdruck des Willens
8	VII. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
9	VIII. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
10	IX. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
11	X. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
12	XI. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
13	XII. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
14	XIII. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
15	XIV. Die Kunst als Ausdruck des Willens
16	XV. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
17	XVI. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
18	XVII. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
19	XVIII. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
20	XIX. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
21	XX. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
22	XXI. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
23	XXII. Die Kunst als Ausdruck des Willens
24	XXIII. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
25	XXIV. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
26	XXV. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
27	XXVI. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
28	XXVII. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
29	XXVIII. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
30	XXIX. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
31	XXX. Die Kunst als Ausdruck des Willens
32	XXXI. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
33	XXXII. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
34	XXXIII. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
35	XXXIV. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
36	XXXV. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
37	XXXVI. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
38	XXXVII. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
39	XXXVIII. Die Kunst als Ausdruck des Willens
40	XXXIX. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
41	XL. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
42	XLI. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
43	XLII. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
44	XLIII. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
45	XLIV. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
46	XLV. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
47	XLVI. Die Kunst als Ausdruck des Willens
48	XLVII. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
49	XLVIII. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
50	XLIX. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
51	L. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
52	LXI. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
53	LXII. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
54	LXIII. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
55	LXIV. Die Kunst als Ausdruck des Willens
56	LXV. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
57	LXVI. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
58	LXVII. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
59	LXVIII. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
60	LXIX. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
61	LXX. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
62	LXXI. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
63	LXXII. Die Kunst als Ausdruck des Willens
64	LXXIII. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
65	LXXIV. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
66	LXXV. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
67	LXXVI. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
68	LXXVII. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
69	LXXVIII. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
70	LXXIX. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
71	LXXX. Die Kunst als Ausdruck des Willens
72	LXXXI. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
73	LXXXII. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
74	LXXXIII. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
75	LXXXIV. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
76	LXXXV. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
77	LXXXVI. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
78	LXXXVII. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
79	LXXXVIII. Die Kunst als Ausdruck des Willens
80	LXXXIX. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
81	LXXXX. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
82	LXXXXI. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
83	LXXXXII. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
84	LXXXXIII. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
85	LXXXXIV. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
86	LXXXXV. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
87	LXXXXVI. Die Kunst als Ausdruck des Willens
88	LXXXXVII. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
89	LXXXXVIII. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
90	LXXXXIX. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
91	LXXXXX. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
92	LXXXXXI. Die Kunst als Ausdruck des Geistes
93	LXXXXXII. Die Kunst als Ausdruck des Herzens
94	LXXXXXIII. Die Kunst als Ausdruck des Verstandes
95	LXXXXXIV. Die Kunst als Ausdruck des Willens
96	LXXXXXV. Die Kunst als Ausdruck des Gefühls
97	LXXXXXVI. Die Kunst als Ausdruck des Intellekts
98	LXXXXXVII. Die Kunst als Ausdruck des Charakters
99	LXXXXXVIII. Die Kunst als Ausdruck des Lebens
100	LXXXXXIX. Die Kunst als Ausdruck des Geistes

Der kurze Zeitraum, welcher uns von dem letzten Kriege trennt, gehört, — recht im Gegensatz zu der auf dem politischen Gebiet herrschenden Ruhe, — in wirthschaftlicher Beziehung zu den Sturm- und Drangperioden, die von Zeit zu Zeit theils zerstörend, theils fördernd und anregend in das Culturleben der europäischen Staaten eingreifen. Allerdings entwickelt sich erfahrungsmässig das wirthschaftliche Leben der Völker nach jedem Kriege in erhöhter Intensität; auch krankhafte Erscheinungen pflegen dabei zu Tage zu treten; selten aber haben sich auf den Zeitabschnitt von 3 Jahren so viele Ereignisse weittragendster Bedeutung zusammengedrängt. Eine verheerende Krise, welche in proteusartiger Wandelung, bald offen, bald latent, bald als Productions-, bald als Creditkrise auftrat, hat zwei Welttheile heimgesucht und den künstlichen Aufbau schwindelhafter Unternehmungen hinweggefegt. Gleichzeitig hat die Verpflanzung grosser Geldmassen, welche die französische Contributionszahlung und die Währungsreform des deutschen Reiches im Gefolge hatten, zu einer bemerkenswerthen Verschiebung des Capitalbesitzes geführt und in geschäftlicher Hinsicht eine Centralisation des Geldmarktes hervorgerufen, welche der wirthschaftlichen Geschichte bisher fremd war. Die Fäden aller dieser Umwälzungen lassen sich auf die Folgen des deutsch-französischen Krieges zurückführen. Mit dem ersten Tage der Cernirung trat Paris aus dem Kreise der tonangebenden Börsenplätze aus. Die Thätigkeit des dortigen Geldmarktes nahm unter dem Druck der Verhältnisse mehr und mehr eine localere Färbung an. Statt dessen schwang London sich nunmehr zum monopolisirten Sitz der grossen internationalen Speculation auf und wurde zur Centralstelle,

an welcher Europa seinen Lebensunterhalt an Amerika, Frankreich seine Kriegsschuld an Deutschland zahlte. Eine solche Umwälzung, — deren Bedeutung übrigens meistens bei der Beurtheilung mancher Tagesfragen noch keineswegs gewürdigt wird, — konnte sich nicht ohne periodische Verlegenheiten, ohne empfindliche Störungen für den internationalen Geldmarkt sowohl, wie für den der hauptsächlich betheiligten Länder vollziehen. Das Zusammendrängen der grossen Geldoperationen in London musste hie und da zum Geldmangel führen, und dieser wirkte um so verhängnissvoller, als er z. B. in Deutschland in die Zeit fiel, wo eine krankhafte Speculationswuth mit Ziffern operirte, welche zu dem vorhandenen Vorrath an Baarmitteln in keinem auch nur annähernden Verhältniss standen.

Unter den wichtigeren Transactionen des letzteren Trienniums nimmt die Abtragung der französischen Kriegsschuld selbstverständlich eine hervorragende, jedoch keineswegs, — es ist gut sich darüber klar zu werden, — eine dominirende oder den internationalen Geldmarkt ausschliesslich beeinflussende Stellung ein. Die Wirkung, welche das Hinüberleiten grosser Geldmengen in das deutsche Verkehrsbecken auf die heimischen Verhältnisse ausgeübt hat, ist oft und eingehend besprochen worden. Ein solches Ereigniss war zwar geeignet, verschiedenartige und weit auseinander gehende Beurtheilungen hervorrufen; eine eigenthümliche Erscheinung aber blieb es, wie die öffentliche Meinung in kurzer Zeit von einem Extrem zum anderen schwankte. Anfangs war auf beiden Seiten das Gefühl des Staunens über die schwindelnde Höhe der geforderten Summe vorherrschend. In Frankreich glaubte man allgemein, die Entziehung eines so enormen Werthobjectes müsse unfehlbar den Wohlstand des Landes für immer vernichten; die Forderung wurde als ein Act tückischer Grausamkeit seitens des übermüthigen Siegers, ihre Höhe als eine rein willkürlich bemessene dargestellt. In Deutschland dagegen liess die fast kindische Hoffnung eines traumhaften Geldüberflusses, an dem Jeder zu participiren dachte, eine wuchernde Speculation aufschliessen und erweckte so die durchaus irrige Vorstellung einer plötzlichen unvorhergesehenen Bereicherung. In dem Maasse aber, wie der Lauf der Dinge eine den gehegten Erwartungen entgegengesetzte Richtung einschlug, vollzog sich auch der Umschwung der Meinungen. Der überaus günstige Erfolg der grossen

Creditoperationen, die Schnelligkeit und Pünktlichkeit, mit welcher sich die französische Regierung ihrer Verpflichtungen entledigte, die gute Haltung der Bankbillets, die gesteigerte Höhe der Waarenausfuhr, welche den Eindruck einer blühenden Entfaltung der inländischen Industrie zu machen geeignet war, — alle diese in der That ausserordentlich günstigen Umstände führten jenseits des Rheines zu der Annahme, als sei die Contributionszahlung mit kaum fühlbaren Nachtheilen für Frankreich verbunden. Die Uerschöpflichkeit des Staatscredits wurde vielmehr als ein finanzieller Sieg, als ein „ungeheurer Erfolg“ dargestellt, „der die militairischen Niederlagen mindestens ausgleiche“. In Deutschland andererseits begann man den französischen Goldstrom als eine wirthschaftliche Calamität anzusehen, — als ein „gefahrbringendes Danaergeschenk,“ das durch eine ungesunde Vermehrung der Umlaufsmittel zu einer künstlichen Preissteigerung führen und den Geldmarkt überhaupt in bedenkliche Perturbationen versetzen müsse. „Europa schreitet in diesem Augenblick“, so schrieb damals Leroy Beaulieu, „durch eine der merkwürdigsten Finanzkrisen, von welcher bisher gerade dasjenige Land, welches ihr am meisten ausgesetzt erschien, Frankreich, noch am wenigsten gelitten hat. Man nimmt uns 5 Milliarden; ihr Abgang scheint uns nicht über Gebühr nahe zu gehen, und umgekehrt verfällt das Land, welches diese Summe empfängt, in die verhängnissvollste finanzielle Verwirrung.“ Die Richtigkeit der Thatsachen kann nicht bestritten werden, wohl aber das Bestehen eines Kausalnexus zwischen den beiden Erscheinungen. Alles Licht fiel damals auf die französische Seite, aller Schatten auf die deutsche. Schon diese Wahrnehmung konnte die Unbefangenheit und Richtigkeit jenes Standpunktes zweifelhaft erscheinen lassen. Heute dürfte die Widerlegung einer so pessimistischen Auffassung bereits überflüssig geworden sein. Die öffentliche Meinung ist seitdem, geleitet durch die Untersuchung sachkundiger Gelehrten, in ein drittes Stadium getreten und weiss jetzt sowohl die unleugbaren Vortheile der Contributionszahlung zu würdigen, als auch deren Wirkung auf den Geldmarkt von anderen Strömungen des Verkehrslebens zu trennen.

Es könnte auf diesem Gebiet kaum etwas Neues gesagt werden. Dagegen fehlt es bisher auf deutscher Seite an einer Darstellung der französischen Finanzverhältnisse, welche doch durch

eine so grossartige Transaction nicht minder als die deutschen beeinflusst werden mussten. Wie hoch beläuft sich der durch den Krieg erlittene Effectiv-Schaden, für die Nation im Allgemeinen, für die Staatskasse im Besonderen? Wie war es möglich, die ungeheure Summe der Kriegscontribution in dem kurzen Zeitraum von zwei Jahren und zwei Monaten aufzubringen? Ueber welche Einnahmequellen verfügte die Regierung? Kann der Mehrbedarf für die Zinsenlast der Staatsschuld aus den Taschen des Volkes gezogen werden, ohne es in seinen Actionsmitteln lahm zu legen? Die Beantwortung dieser und anderer, theils finanztechnischer, theils allgemein wirthschaftlicher Fragen soll in Nachstehendem versucht werden. Dabei muss ich aber vorausschicken, dass politische Fragen nicht berührt werden. So nahe auch die Gebiete der Volkswirthschaft und der Politik bei einander liegen, so leicht die in der einen Sphäre auftauchenden Fragen auf die andere hinüberspielen, so wichtig im concreten Fall die Beurtheilung der finanziellen Lage Frankreichs für die Nachbarstaaten, besonders für Deutschland, auch vom politischen Gesichtspunkte aus erscheinen mag, so mussten dennoch alle daran zu knüpfenden Beobachtungen der letzteren Gattung hier ausgeschlossen bleiben. Was die nachfolgende Darstellung in dieser Selbstbeschränkung an allgemeinem Interesse einbüsst, wird sie, — denke ich, — auf dem finanzwissenschaftlichen Gebiet gewinnen. Die Ereignisse werden objectiver aufgefasst, sachlicher behandelt werden können; auch allgemeine Lehren und Erfahrungssätze finanztechnischer, wie allgemein wirthschaftlicher Natur werden sich aus der Beobachtung ergeben, während andererseits wichtige Zeit- und Streitfragen in den Kreis der Besprechung gezogen werden müssen. Schwieriger als die Beschaffung des dazu erforderlichen Materials, — welches, wenn auch meist zerstreut und vereinzelt, sich in den zahlreichen Flug- und Zeitschriften, doch in hinreichendem Maasse vorfand, — war die Sichtung desselben. Die Franzosen können sich nun einmal nicht enthalten, rein sachliche Erörterungen auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Literatur, ja selbst der Kunst, mit einer kleinen Dosis Politik zu versetzen. *La recherche de l'absolu* ist ihnen, zumal auf dem das innere politische Leben so nahe berührendem Gebiet der Volks- und Finanzwirthschaft, geradezu unmöglich. Ihre Fachgelehrten, ihre Schriftsteller kranken am Parteigeist und

vermögen sich selten frei über den Fractionsprogrammen zu erheben. So mussten denn auch hier selbst bei Untersuchungen rein wissenschaftlicher Natur erst die politischen Beigaben ausgeschieden werden, ehe zur Analyse des eigentlichen Thatbestandes geschritten werden konnte. Die wichtigsten der benutzten Quellen sind bei den betreffenden Kapiteln in der Anmerkung aufgeführt, und für statistische Angaben so viel als möglich die officiellen Publicationen (*journal officiel, moniteur des intérêts, tableau décennal du commerce etc.*) benutzt worden. Ich kann nicht umhin, bei dieser Gelegenheit der lebenswürdigen Bereitwilligkeit zu gedenken, mit welcher Hr. Geh.-Rath Dr. Engel, Director des Königl. Statist. Büreaus zu Berlin, und Hr. Dr. Gensel, Secretär der Handelskammer in Leipzig mir ein reichhaltiges, zum Theil nicht allgemein zugängliches Material zur Verfügung gestellt haben.

Dass in dieser Untersuchung der Stoff erschöpfend behandelt ist, lässt schon die äussere Form derselben nicht erwarten. Eine einigermaassen eingehende Darstellung der französischen Finanzverhältnisse würde diese Abhandlung zum umfangreichen Buch anschwellen lassen. So dankenswerth eine solche Aufgabe sein kann, — denn die letzte systematische Behandlung dieses Themas durch v. Hock datirt vom Jahre 1857, — so dürfte doch für eine derartige Arbeit der jetzige Zeitpunkt durchaus ungeeignet erscheinen. Frankreich befindet sich in einer Uebergangsperiode. Die kündbare Schuld ist zu einer ungeheuren Höhe angewachsen und muss theils consolidirt, theils getilgt werden, die Liquidation der Kriegsentschädigung und das Retablissement sind noch keineswegs beendet; eine Conversion steht vor der Thür, eine Steuer-Reform scheint unvermeidlich. Wenn daher die gegenwärtigen Finanzverhältnisse diejenige Stabilität noch vermissen lassen, welche zur Aufstellung eines bestimmten Systems erforderlich wäre, so bieten dieselben doch immerhin genügende Anhaltspunkte für eine Beobachtung der zeitweiligen materiellen Lage des Landes.

Um aber für die Beurtheilung der heutigen Situation den richtigen Standpunkt zu gewinnen, wird es sich empfehlen, einen Blick auf die bisherige Organisation des Staatsschuldenwesens zu werfen und dabei vorzugsweise der Finanzpolitik des zweiten Kaiserreichs unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

I. Die Finanzlage vor dem Kriege.

Das Staatsschuldenwesen.¹⁾

Die Staatsschuld setzt sich zusammen aus:

1. der consolidirten Schuld (*dette consolidée* oder richtiger *dette inscrite*),
2. der kündbaren Schuld, von der die schwebende (*dette flottante*) einen Theil bildet, und
3. den Leibrenten und Pensionen (*dette viagère*).

Den Hauptbestandtheil der gesamten Schuldenlast bildet natürlich die erste Kategorie, die consolidirte Rentenschuld (*rente constituée à perpétuité*). In ihrer jetzigen Gestalt ist die Rente, obwohl dem System der englischen *consols* nachgebildet und in manchen Beziehungen verwandt, doch eine specifisch französische Erfindung. Sie hat sich seit dem Jahre 1793, in welchem ein Gesetz der Republik vom 24. August die alte Staatsschuld in eine bleibende Jahresrente von 41,7 Millionen verwandelte, derart in Frankreich eingebürgert, dass seitdem alle Staatsanleihen in dieser Form und unter wachsender Betheiligung des kleinen inländischen Kapitals contrahirt wurden. Der Rentenbrief, (*titre*) d. h. die Schuldverschreibung, welche der Staat dem Gläubiger ausstellt, und die nichts weiter ist, als ein Auszug aus der betreffenden Eintragung in das „grosse Buch“ der Staatsschuld, giebt nur Anspruch auf eine Rente, nicht auf das Kapital selbst; eine Rückzahlung des letzteren wird vom Staat nur bei einer Conversion angeboten. Nichts desto weniger lag diesem System, als ein noch aus dem

1) *Système financier de la France.* p. le marquis d'Audiffret. *Traité de finances* p. Joseph Garnier. *Progression comparée des budgets de l'État sous le Second Empire 1853—66* p. H. Merlin. *De la dette inscrite* par F. Lequien. Die Finanzverwaltung Frankreichs von Frhr. v. Hock.

alten absolutistischen Régime überkommenes Vorrecht, ursprünglich der Gedanke zu Grunde, dass der Staat zu jeder Zeit für denjenigen Betrag, welcher dem gesetzlichen Zins entspräche, die Rente ablösen könne.¹⁾ Erst später wurde in Berücksichtigung der in Folge jenes Vorrechtes mit dem Steigen des Curses zunehmenden Unsicherheit des Besitzes und der daraus entspringenden lähmenden Wirkung für den Tauschwerth des Papiers die Uneinlösbarkeit der Rente, sobald sie über pari stand, vom Staat garantirt, und es blieben als einzige Mittel zur Einziehung desselben, der Rückkauf und die Conversion. In dieser Selbstbeschränkung fiel die Rentenanleihe nicht selten nachtheilig für den Staat aus. Borgte derselbe nämlich zu einem hohen Zinsfuss, — und in den Jahren 1816—23 z. B. betrug derselbe 5 pCt. bei einem mittleren Emissionscours von 70,5²⁾ — so war dies Angesichts des bald darauf eintretenden grösseren Kapital-Angebots ein erheblicher Nachtheil. Der Finanzminister konnte, da eine Conversion der jedesmaligen Zustimmung der Kammern bedurfte, von einer plötzlich sich darbietenden günstigen Conjunction keinen Gebrauch machen. Hatte dagegen die Anleihe zu einem niedrigen Zinsfuss stattgefunden, so verlor die Rente an Werth gegenüber anderen ebenso sicheren Staatspapieren, welche höhere Interessen abwarfen.³⁾ Beim Publikum blieb diese Art der Kapitalsanlage stets ausserordentlich beliebt. Die Rechtsicherheit, welche die Ausstellung auf bestimmte Namen

1) Solche Abzahlungen waren ihrer Zeit von Sully und später von Colbert gemacht worden, d. h. die Staatsschulden wurden einfach gestrichen, herabgesetzt, gekürzt. Freilich galten die Staatsgläubiger jener Zeit, und meistens mit Recht, für abgefeimte Wucherer und die Regierung erntete nicht selten den Beifall der Bevölkerung, wenn es jene nöthigte, den gehofften oder schon erlangten Gewinn im Stich zu lassen.

2) Die 6 ersten Anleihen der Restauration wurden bei einem Zinsfuss von 5 0/0 zum Course von 57, 26; 57, 55; 66, 50; 67; 85, 55; und 89, 55 contrahirt. Erst bei der letzten, im Januar 1830, zeigte sich eine wesentliche Zunahme des Staats-Credits, indem die damals angeliehenen 2 Millionen mit 4 0/0 zum Cours von 102,07 ausgegeben werden konnten. Unter der Juliregierung dagegen wurde die 5 0/0ige zu 75 in den Verkehr gebracht. Siehe die Anlage B.

3) Sehr treffend äusserte sich darüber Coquelin in der R. d. d. M. Juli 1845: Offrir aux créanciers de l'état une augmentation future de capital en échange d'une perte d'intérêt présente, c'est en quelque sorte déplacer les rôles, c'est mettre la prévoyance de l'avenir du côté des hommes qui meurent, et ne laisser à l'état qui veut vivre que le souci du présent.

gewährt (für die *au porteur* lautenden Titres ist ein Maximalsatz von 16 Mill. festgesetzt) die Leichtigkeit andererseits, mit der man ohne Vermittelung von Banquiers und Wechslern bei jedem Einwohner des Departements oder Arrondissements die Inscriptionen kaufen und verkaufen, die Umschreibungen vornehmen, und die in halbjährlichen Raten zahlbare Rente erheben kann, — haben die Theilnahme an dem Verkehr mit diesem Papier, namentlich in den letzten zwanzig bis dreissig Jahren, ganz ausserordentlich gehoben. Wichtig ist dabei für den Cours und mithin indirect für den Staat das „Classiren“ d. h. das feste Unterbringen des Papiers; die Finanzverwaltung hat darauf das grösste Gewicht zu legen und bei der Emission die geeigneten Maassregeln zu ergreifen, um das zinslos ruhende Kapital heranzuziehen. Gewöhnlich wird dieses Bestreben durch die beutelustige Speculation einige Zeit lang verhindert. Es findet nach jeder Emission zunächst ein grossartiger Austausch statt; die Papiere wandern von Hand zu Hand, die Prämienhascher erzeugen durch allerlei Börsenmanöver, oft durch die schamloseste Wechselreiterei, eine künstliche Hausse, und der kleine Capitalist,¹⁾ der ernstlich gesonnen war seine Ersparnisse für das Papier hinzugeben, erhält es nun erst um einige Procente theurer oder muss noch gar den Schaden tragen, den das auf jenes künstliche Emporschnellen unvermeidlich folgende Sinken des Courses mit sich führt. Wir werden weiter unten Gelegenheit haben, uns mit diesem Uebelstand näher zu beschäftigen und namentlich der Missgriffe zu gedenken, deren sich bei Gelegenheit der letzten beiden grossen Anleihen die Finanz-Verwaltung schuldig machte. Dessenungeachtet ist es Thatsache, dass sich das Papier

1) Nach v. Hock's Angabe (A. a. O. S. 539) hatte sich die Zahl der Rentenbesitzer in dem Zeitraum von 1848—56 von 292,000 auf 1,020,000 erhöht, also mehr als verdreifacht. Nach demselben Verhältniss der Zunahme würde, entsprechend dem gleichen Zeitraum von 18 Jahren (1856—74), diese Zahl etwa 4 Millionen betragen. Aus dem Umstande aber, dass die Anleihe vom 14. März 1854 von 99,224, die vom 2. Aug. 1860 aber von 781,292 Personen gezeichnet wurde, lässt sich wohl mit ziemlicher Sicherheit schliessen, dass auch die Zunahme der Besitzer im entsprechenden Verhältniss stattfand und die Zahl der letzteren sich jetzt auf etwa 6 bis 7 Millionen beläuft. Ich lasse dabei absichtlich die letzte 3 Milliarden-Anleihe ausser Betracht, weil dieselbe unter grosser Betheiligung des Auslandes und unter der Einwirkung künstlicher Finanzmanöver gezeichnet wurde.

stets nach einiger Zeit „setzt“, sobald die Sturmfluth der Speculation sich verlaufen hat oder einem anderen Object zuströmt.

Bekanntlich zählt kein Land so viel kleine Rentner wie Frankreich. Man hatte bereits 1856 berechnet, dass $\frac{7}{12}$ der Rente in festen Händen waren, d. h. im Besitz solcher Institute, welche ihren Statuten gemäss zur Veräusserung der Staatsrenten nicht berechtigt sind (Amortisationscasse, Invalidencasse, Ehrenlegion, Bank [Reserve]). Aber auch bei dem Rest von $\frac{5}{12}$, welcher umschrieben werden kann, und von Zeit zu Zeit auf dem Markt erscheint, kann der bei weitem grösste Theil als bleibende Kapitalanlage betrachtet werden. Hierher gehören namentlich die in Rententiteln zu deponirenden Cautionen,¹⁾ welche eine grosse Anzahl von öffentlichen Agenten, Rechnungsbeamten, Journal-Verlegern als Bürgschaft zu deponiren haben, eine Summe die ihrer Natur nach eher zu- als abnehmen muss. Auch in den unteren Klassen der Bevölkerung ist seit langer Zeit die Anlage kleiner Ersparnisse in Staatsrenten zu einer Lebensgewohnheit geworden, welche weder die Staatsbanquerotte noch die gewaltsamen Conversionen zu erschüttern vermochten. Im Gegentheil, der Gewaltstreich der provisorischen Regierung im Jahre 1848, welcher durch Consolidirung eines Theils der schwebenden Schuld, nämlich der Gemeinde-Depositen, Sparcassen-Einlagen etc. in eine 5procentige Rente eine unendliche Zahl kleiner Kapitalisten (Dienstboten, Handwerker etc.) in den plötzlichen Besitz von Rentenbriefen setzte,²⁾ hat nicht wenig dazu beigetragen, die unteren Volksschichten mit diesem Staatspapier vertraut zu machen, während andererseits die in demselben Jahre decretirte Herabsetzung des Minimalsatzes von 10 Fr. — auf 5 Fr. Rente die kleinsten Capitalien heranzog. Auch die erheblichen Coursschwankungen, welchen das Papier namentlich bei der Unbeständigkeit der inneren Verwaltung bisher aus-

1) Zugleich eine reiche Creditquelle für den Staat. Die Einlagen dieser Art betrugen 1855: 250 Mill. Fr., 1861: 260,5 Mill., gegenwärtig 1874: 290 Mill. Da die Zahl der Beamten eine ziemlich ständige ist und auch die Höhe der Caution sich nicht merklich ändert, so trägt diese Schuld überhaupt mehr den Charakter einer stehenden.

2) Durch die Decrete vom 7., 24. und 29. Juli und 17. August wurden auf diese Weise 202,3 Mill. Sparkassa-Einlagen und 288,8 Mill. Deposita der Gemeinden und öffentlichen Anstalten in Renten umgewandelt, eine in der Finanzgeschichte der letzten Decennien einzig dastehende Maassregel.

gesetzt war¹⁾ und die grosse Empfindlichkeit des Börsencourses bei dem leisesten politischen Luftzuge haben das allgemeine Vertrauen um nichts vermindert; den grössten Triumph aber feierte das Rentensystem, als es sich herausgestellt hatte, dass die beiden Anleihen nach dem Kriege von 2 resp. 3 Milliarden zum weit- ausgrössten Theil im Inlande selbst nicht nur gezeichnet, sondern auch classirt wurden.

Die jährlichen Zinsen der Rentenschuld betrugen:

Zu Ende des 1. Kaiserreichs	63,3	Millionen	Frcs.
„ der Restauration	191,3	„	„
„ der Juliregierung	244,2	„	„
1856	284,6	„	„
1870	363,9	„	„
1874	748,5	„	„

1) Als Beweis sowohl dafür, als für das successive Steigen des Staats- Credits ist die nachfolgende Tabelle, welche den Börsencours von Paris an- giebt, von Interesse:

Durchschn. Stand der Rente.	5 ⁰ / ₀ ige.	3 ⁰ / ₀ ige	4 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ ige.
Unter dem Directorium	6—8		
„ „ Konsulat	44		
Bei Errichtung des Kaiserthums . . .	60		
Während desselben	83		
Nach dem 1sten {	45	Emission	
„ „ 2ten { Pariser Frieden . .	52	1825	
		60	
Zu Ende der Restauration 1829 . . .	111	86	
Im Juli 1830	84	55	
1846, das günstigste Finanzjahr der			
Juliregierung	123	80	
Im April 1848	50	32	1852 aus der
Nach der Präsidentenwahl	79	48	5 ⁰ / ₀ igen
„ dem Staatsstreich	105	71	convertirt.
			101
Während des Krimmkrieges 1854 . .	—	61, 50	88
Nach dem Frieden zu Paris 1856 . .	—	69, 50	96
Während des Krieges 1870—71 . . .	—	51, 25	—
Nach dem Frankfurter Frieden	82, 50	57, 50	84
October 1872	84, 50	53	75
„ 1873	92, 50	57	82
„ 1874	100	—	—

2) Den zweiten Bestandtheil der öffentlichen Schuld bilden die kündbaren Capitalien. Das Budget pro 1873 giebt sie auf 6969 Mill. mit einem Zinsbetrage von 442,228,000 Fr. an. Davon kommen allein auf Rechnung der schwebenden Schuld: 847 Mill. mit 26,4 Mill. Zinsen. Die ausserordentliche Höhe der Gesammtziffer (denn die schwebende Schuld hat sich seit 1870 um 80 Mill. verringert) entsteht lediglich dadurch, dass man alle aus dem Kriege erwachsenen Lasten, Anleihen etc. unter diese Rubrik aufgenommen hat, nämlich: die Vorschüsse der Bank im Betrage von 1330 Mill., die Morgansche Anleihe mit 250 Mill., die letzten Raten der an Deutschland zu zahlenden Contribution mit 3650 Mill., die der Ostbahn für Abtretung des Elsass-Lothringenschen Eisenbahn-Netzes schuldigen 325 Mill., kurz alle diejenigen Staatsschulden, welche noch nicht consolidirt sind. Da es indessen natürlich unmöglich sein wird, das Capital dieser Schuld zurückzuzahlen (die jährliche Rückzahlung an die Bank von 200 Mill. ausgenommen) so ist auch dieser Theil der Staatsschuld mit Ausnahme höchstens der ausgegebenen *bons de trésor* als fundirt und factisch unablösbar zu betrachten, wenschon die Kündbarkeit rechtlich besteht. Diesen Charakter tragen vor Allem diejenigen Capitalien, welche nicht in Zeiten finanzieller Erschöpfung oder zum Zweck öffentlicher Arbeiten und productiver Anlagen (Eisenbahnen, Canäle) angeliehen wurden, sondern einen regelmässigen Zufluss der Staatskasse bilden: die Kautionen und die Einlagen der Consignations- und Depositen-Kasse. Die ersteren, welche sich, wie bereits erwähnt, gegenwärtig auf 290 Mill. belaufen, dürfen nicht in Hypotheken oder Faustpfändern bestehen, sondern müssen in Baarem, d. h. in Rententiteln hinterlegt werden. Der Staat fordert diese Bürgschaft von allen Steuer-Unternehmern (*receveurs généraux*) von Kassierern und sonstigen für Geld und Geldeswerth verantwortlichen Beamten, sowie von den öffentlichen Notaren. Da die meisten dieser Kautionen bis zum Verjährungstermin etwaniger Rechtsansprüche zurückbehalten, die von dem Amtsnachfolger zu erlegenden aber noch vor dem Eintritt in das neue Amt eingefordert werden, — da ferner die Zahl der Beamten eine ziemlich ständige ist, und auch die Höhe der Bürgschaften sich nicht wesentlich verändert, so ist diese dem

Ursprung und Namen nach schwebende Schuld in Wahrheit eine stehende.

Dasselbe gilt von den Beständen der *caisse des dépôts et consignations*. Dieselbe bildet gleichsam ein Reservoir für die unzähligen kleinen Depositen-Einlagen, vorausbezahlten Abgaben, Steuerzuschläge etc., welche täglich bei den Gerichten und Verwaltungsbehörden aller Departements eingehen und unter anderen Verhältnissen dort vereinzelt und unbenutzt liegen bleiben würden. In diese Casse fließen alle Kautionen der Unternehmer öffentlicher Bauten, die bei Processen zu erlegenden Deposita, die Bestände von Sparkassen, die Fonds der Ehrenlegion, sowie verschiedener Versorgungs-, Unterstützungs- und selbst Handels-Gesellschaften etc. etc. Der Staat ist gewissermaassen der privilegirte Bankier dieser Institute, kauft Renten, leiht gegen börsenmässige Staats- und Industrie-Papiere Geld an die Gemeinden und Departements und geniesst durch den geringen Zinsfuss, den er den Hinterlegern bezahlt, einen nicht unerheblichen Vorthail. Aus diesem letzteren Grunde, und weil die Ersparnisse auf diese Weise einer Verwendung in dem Landestheil entzogen werden, in welchem sie gesammelt wurden, hat man dies System als einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Korporationen und Privat-Unternehmungen bezeichnet und oft scharf getadelt,¹⁾ wie ich glaube, mit Unrecht; denn der Nachtheil, der dem Gesamtwohlstand daraus erwächst, dass diese Capitalien sonst monatelang ganz zinsenlos ruhen, ist weit bedenklicher. Andererseits gestattet das in der Verwaltung zur höchsten Vollkommenheit entwickelte Centralisationssystem, einzelnen geldbedürftigen Landestheilen jederzeit wieder Vorschüsse zufließen zu lassen. Der Bestand dieser Einlagen, welche der Saugapparat der Depositen-Casse dem Staatsschatz zuführt, ist in Folge der zunehmenden Ausdehnung des Verkehrs und des Anwachsens der Ersparnisse ein stetig steigender,²⁾ und da er den

1) Dieselbe Einrichtung besteht auch noch in anderen Staaten. So wurden z. B. in Russland während des Krimkrieges, als das Hülfsmittel der Notenpresse erschöpft war, durch kaiserlichen Ukas sämmtliche bei den Creditanstalten des Landes von Privaten deponirten, oder Kirchen, Stiftungen und processirenden Parteien gehörenden Capitalien „zur Verfügung des Finanzministers“ gestellt, d. h. die Rückzahlung zeitweilig suspendirt, eine Form der Zwangs-Anleihe, welche indessen durch die drohende Lage des Landes entschuldbar war.

2) Kassenbestand 1855: 482,4, — 1868: 700 Mill.

Hauptbestandtheil der als „dette flottente“ im engeren Sinne aufgeführten kündbaren Schuld bildet, so ist schon hieraus das gleichmässige Anwachsen derselben bis zum Kriege und die Abnahme nach demselben leicht erklärlich.¹⁾ Da ferner der Betrag der Einzahlungen die Summe der aus dieser Casse geleisteten Vorschüsse beträchtlich übersteigt, so ist dieser ständige Rückstand ebenfalls als stehende nicht rückzahlbare Schuld zu betrachten, und die Zunahme der „schwebenden Schuld“ trägt daher in Frankreich einen weit bedenklicheren Charakter als in anderen Ländern.

Eine gleiche Festigkeit und Stetigkeit haben in Folge langjähriger Gewohnheit die von dem Staat fast regelmässig geforderten Vorausbezahlungen der Steuern seitens der Einnehmer, eine Einrichtung, welcher die Vorliebe der Steuerpflichtigen, ihre in vielen kleinen Raten fälligen 4 directen Steuern in Quartalen oder Semestern vor auszubezahlen, entgegen kommt. Diese Vorschüsse werden von dem General-Einnehmer gesammelt und gegen Quittung und Zins an die Staatskasse abgeführt (durchschnittlich etwa 70 bis 80 Mill. jährlich).

3) Den dritten Factor der Staatsschuld bildet die dette viagère, d. h. die an Staatsdiener und Privatleute zum Theil noch von Alters her zu zahlenden Pensionen und Leibrenten. Sie betrug noch im Jahre 1870: 85 Mill.; der Krieg brachte sie auf 113,3 Mill., von denen 62 Mill. auf Militairpensionen, 43 Mill. auf Civilpensionen und Entschädigungen für Leistungen während des Feldzuges kommen; das Budget 1874 weist sogar 120,8 Mill. auf. Die unter dem speciellen Titel „Leibrenten“ aufgeführten 7,2 Mill. stammen aus den einzelnen Regierungsperioden dieses Jahrhunderts und setzen sich aus den verschiedenartigsten Elementen zusammen: Pensionen aus der Zeit Napoleons I.,²⁾ Carls X. und Louis Philippe's,

1) Zu Ende der Regierung Louis Philipps hatte sie 630,8 Mill. betragen. Die gewaltsame Consolidirung der Sparkassa-Einlagen während der 2. Republik führte sie auf 227,7 zurück. 1855 war sie schon wieder auf 785,6 angewachsen, 1870: 923 Mill. 1873: 847 Mill.

2) Die Donatare des 1. Kaiserreichs erhielten ihre Schenkungen und Leibrenten aus den Einkünften der Staatsgüter, welche grossentheils in den eroberten Ländern gelegen, zur Belohnung ausserordentlicher militairischer oder Civil-Dienste dem Kaiser zur Verfügung standen und unter dem Namen einer „ausserordentlichen Staatsdomäne“ besonders verwaltet wurden. Durch den

Nationalbelohnungen an die Erstürmer der Bastille, an die Kämpfer der Juli- und Februar-Revolutionen, Unterstützungen an die Hinterbliebenen der bei den mannigfachen Aufständen Gefallenen, Pensionen und Dotationen aus dem zweiten Kaiserreich (letztere durch die dritte Republik wesentlich beschnitten) etc. Obgleich dieser Theil der dette viagère sich durch Absterben der Donatare amortisirt, haben die hohen Pensionen, welche das zweite Kaiserreich den Staatsdienern, Hofbeamten und Senatoren auswarf, und die durch verschiedene Feldzüge und Expeditionen eingetretene Belastung des Militair-Pensions- und Invalidenfonds die dette viagère von Jahr zu Jahr erhöht. Ueberhaupt ist eine wesentliche Abnahme der Pensionsansprüche nur bei lang andauerndem Frieden und constanter Regierungsform zu erwarten. Für die Annahme, dass diese Vorbedingungen in Zukunft eintreten werden, bietet indessen die jüngste Geschichte Frankreichs keinen genügenden Anhalt. Gering angeschlagen würden also $\frac{2}{3}$ der gegenwärtigen Pensionsschuld eine stehende Ausgabe bilden.

Ebenso wenig ist eine starke Reduction der kündbaren Schuld zu erwarten. Die obige Untersuchung der einzelnen Posten dieser Schuld hat vielmehr ergeben, dass dieselbe mit Ausnahme des Bankvorschusses und der Trésor-Scheine, — bei denen eine Verminderung sowohl durch Einziehung seitens des Staats, als durch Weigerung der Annahme seitens des Publikums erfolgen könnte, — eine dem Wesen nach consolidirte ist. Die Cautionen (sub a) sind mit dem Bestehen des Beamtenthums, der Presse etc. unauflöslich verbunden, also überhaupt nicht rückzahlbar. Bei den sub b und c aufgeführten Capitalien aber würde die etwa in Zeiten finanzieller oder politischer Krisen geforderte Rückzahlung dem Staat unverhältnissmässige Opfer (z. B. durch eine kostspielige Anleihe, Domänenveräußerung oder dgl.) auferlegen, ja in Berück-

Pariser Frieden von 1814 gingen von den unter 4970 Donatare vertheilten Einkünften im Betrage von 32 Millionen 29 verloren, und nur 1889 Personen behielten ein auf französischen Besitzungen fundirtes Einkommen von 3,7 Mill., eine Summe, die sich später noch durch die von der Restauration decretirte Rückgabe der Güter an die Emigranten auf 2,4 Mill. reducirte. Eine theilweise Entschädigung der ihres Einkommens im Ausland verlustig gegangenen Donatare fand durch die Einziehung der Bonaparteschen Familiengüter und durch besondere, auf die dette viagère übernommene Pensionen statt. (Gesetz vom 21. Juli 1821.) Hock a. a. O. S. 525.

sichtigung der jetzigen Finanzlage, sogar zu einer gewaltsamen Consolidirung nöthigen. Man wird daher nicht fehlgreifen, wenn man von den 22,756 Millionen, welche der letzte Finanzausweis als Nominal-Capital der öffentlichen Schuld aufführt, 20 Milliarden als factisch unkündbar und consolidirt bezeichnet.

Das Staatsschuldenwesen unter dem zweiten Kaiserreich.¹⁾

An das stetige Anwachsen der Staatsschuld war man übrigens in Frankreich von jeher gewöhnt. Die Restauration begann mit einer Schuld von 1,766 Millionen Frs., die Juliregierung übernahm sie bereits in der Höhe von 3,544 und brachte sie auf 6,550 Millionen der provisorischen Regierung der 2. Republik gelang es zwar, den Betrag um 2—300 Millionen zu vermindern, allein das 2. Kaiserreich hinterliess nach seinem Sturz dem Lande wiederum eine Capitalschuld von 12,923 Millionen; welche sich schliesslich innerhalb der 9 Kriegsmonate nahezu verdoppelte.

Bekanntlich darf aus der Vermehrung der Staatsschulden noch keineswegs auf eine schlechte Finanzverwaltung geschlossen werden. Die Last einer Schuld bemisst sich nicht allein nach der Höhe ihres Betrages, sondern gleichzeitig nach dem Zinsfuss und den Hülfquellen des Landes. In letzter Hinsicht sind die entsprechende Vermehrung des Nationalwohlstandes, die Zunahme der Bevölkerung und die richtige Vertheilung des Steuerdrucks maassgebende Factoren. Nach Baxter wird der richtige Werthmesser einer Schuld durch den Procentsatz der jährlichen Ausgabe für die Schuld zu dem Bruttoeinkommen der Bevölkerung ausgedrückt. Daher wird in England die Schuldenlast, ungeachtet ihres hohen Betrages, weniger drückend empfunden, als in anderen

1) Les finances de l'Empire p. A. Vitou 1868. Étude budgétaire p. Achille Mercier 1868. Frankreichs Finanzlage von J. E. Horn. Le budget ord. et extraord. de l'Empire pour 1870 p. H. Ameline 1869. Les guerres contemporaines p. P. Leroy-Beaulieu. Baxter. National debts. 1870.

Ländern, weil gleichzeitig die nationale, vorzugsweise aus der Industrie entspringende Bereicherung stetig zunimmt, und der ausgedehnte Credit des Landes obenein billige Anleihen möglich macht. Dort kann daher der Ueberschuss der Staatseinnahmen anstatt zur Tilgung auch zur Steuerermässigung verwendet werden.

In Frankreich war der Stand der Schuld stets in ein gewisses geheimnissvolles Dunkel gehüllt. Früher hatte der Betrag derselben in Folge forcirter Reductionen und Conversionen fortwährend gewechselt; neuerdings war er meistens in complicirten und undurchdringlichen Rechnungsbelägen vergraben. Dennoch war hier die Lage der Bevölkerung keineswegs drückend. Der Nationalwohlstand hielt mit den steigenden Forderungen des Budgets gleichen Schritt und die Zinsenlast wurde verhältnissmässig leicht getragen.

Es ist seit dem Sturz des zweiten Kaiserreichs in Frankreich üblich geworden, nicht nur die unglückliche Wendung des letzten Kriegs und alle daraus entspringenden Lasten auf die Missgriffe des letzten Regierungssystem zurückzuführen, sondern auch dessen ganze Finanzpolitik einer herben, oft sehr tendenziös gefärbten Kritik zu unterwerfen. Selbst streng wissenschaftliche Organe, wie das *Journal des économistes* und der *Economiste français* haben in der Beurtheilung dieser Periode ihren Parteistandpunkt nicht ganz verläugnen können. Ich habe schon oben erwähnt, wie bedauerlich es ist, dass die politischen *mots d'ordre* sich so häufig in wirtschaftliche Fragen hineindrängen. Hier ist dies Verfahren um so bedenklicher, weil es zu einer völligen Verrückung des Urtheils führen kann.

Den Hauptangriffspunkt bildet die Verdoppelung der Staatsschuld während der Jahre 1852—70. „Es ist wahrhaftig eine Schande,“ schrieb bald nach dem Kriege Victor Bonnet, „dass unter dem zweiten Kaiserreich, im tiefsten Frieden (?) und bei ungeschwächtem Volkswohlstande die öffentliche Schuld um mehr als 6 Milliarden anwachsen konnte. Dieses Factum allein spricht das Verdammungsurtheil über jene Regierung aus und beweist zur Genüge die strafbare Sorglosigkeit ihrer Finanzverwaltung.“

Dieser Vorwurf ist ebenso ungerecht als unrichtig. Mit demselben Recht müsste dann auch die Finanzpolitik der früheren Regierungen verurtheilt werden. Die Progression in der Zunahme der Schuldenlast ist unter dem zweiten Kaisereich dieselbe geblieben,

— ja sie hat, wenn man die Entwerthung des Geldes in Betracht zieht, eher abgenommen. Es kann mir selbstverständlich nicht einfallen hier überhaupt dem sorglosen Schuldenmachen das Wort reden zu wollen; es wird sich vielmehr weiter unten noch Gelegenheit finden, auf das Bedenkliche einer übermässigen Anspannung des Staatscredits hinzuweisen. Allein zur Beurtheilung der Napoleonischen Anleihen ist doch unbedingt maassgebend: einmal ob die Vertheilung der daraus für die gesammte Bevölkerung entspringenden Lasten eine übergleichmässige, mithin ungerechte dem wirtschaftlichen Leben nachtheilige und ferner ob die Verwendung des angeliehenen Capitals eine unproductive oder überhaupt tadelnswerthe war. Nach beiden Richtungen hin trifft die kaiserliche Finanzverwaltung kein Vorwurf, der nicht auch den früheren Régimes zur Last fiel. Die Art der Besteuerung war in Frankreich von alten Datum, und in dieser Form beliebt; die letzte Regierung hat keine nennenswerthen Steuerhöhungen und keinen neuen Steuern eingeführt, denn das natürliche Wachsthum der bestehenden Einnahme deckte grösstentheils die laufenden Ausgaben des ordentlichen Budgets. Auch gab der Modus der Steuerhebung beim Publikum keine Veranlassung zu gegründeten Klagen. Projecte einer Umwandlung der vier directen und der indirecten Steuern in eine Einkommensteuer scheiterten an dem Widerstand der Kammern selbst. Dagegen muss die Aufgabe des Schutzzollsystem und der Abschluss günstiger Handelsverträge vom Standpunkt der modernen Wissenschaft aus als ein entschiedener Fortschritt betrachtet werden.

Was die Verwendung der dem Staatscredit abgewonnenen Summen betrifft, so ist $\frac{1}{3}$ der gesammten Anleihen allerdings unproductiv angelegt, nämlich zu Kriegszwecken verwendet.¹⁾ Allein

1) Productiv könnte man sie sogar in dem Sinne nennen, als sie eine Ausdehnung des Handels im Orient (1854) und eine Vergrösserung des Landesgebiets (Nizza und Savoyen) zur Folge hatte. Durchaus ungerechtfertigt vom politischen wie wirtschaftlichen Standpunkt war allerdings die Ausgabe für die mexikanische Expedition. Im Ganzen verausgabte das Kaiserreich bis 1870 für Kriegszwecke 3036 Mill. Der Krimkrieg kostete 1500 Mill., der italienische: 600, die Occupation Roms: 200, die mexikanische Expedition: 570, die Chinesische 166 Mill. Nach einer auf Grund officieller Berichte aufgestellten Berechnung betrugen die Gesamtkosten der von 1854—70 geführten Kriege aller europäischen Länder 1913 Mill. Liv. St.; auf den italienischen Feldzug kommen 60,

diese Ausgabe war aus politischen Gründen nothwendig und die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel nur auf diesem Wege möglich. Im Vergleich damit erscheint die Verdoppelung der Staatsschuld unter den beiden vorhergehenden Regierungen weit tadelnswerther, denn die Restauration¹⁾ führte keinen Krieg und die Juliregierung hatte nur die relativ unbedeutenden Expeditionen gegen Algier²⁾ und Antwerpen aufzuweisen. Dagegen sind andererseits gerade von dem Kaiserthum namhafte Summen für productive Anlagen verwendet worden. Insbesondere nahm die schnelle Entwicklung des Eisenbahnwesens in den fünfziger Jahren durch fortgesetzte Zinsgarantien und Subventionen die Staatscasse in starkem Maasse in Anspruch. Bis zum Jahre 1866 waren von den bis dahin verausgabten 23 Milliarden etwa 8 allein für diesen Zweck verwendet,³⁾ und zwar in einer Weise, welche bei eintretender Renta-

auf den Amerikanischen Bürgerkrieg, im Norden: 940, im Süden: 460, auf den Schleswig-Holsteinischen Feldzug 7 (nach Wagner für Preussen allein 8½ Mill. Thlr.), auf den Preussisch-Oesterreichischen 66 und auf die Mexikanische Expedition 40 Mill. Liv. St. Leroy Beaulieu: les guerres contemporaines.

1) Freilich hatte diese Regierung noch die Folgen der unglücklichen Feldzüge von 1814 und 1815 zu tragen: 700 Mill. Frs. Contribution an die Verbündeten, 390 Mill. Kosten der 3jährigen Besatzung, 200 Mill. Privatschädigungen (16 Mill. Frs. Renten), sodass die Staatsschuld in den Jahren 1814—19 um beinahe 2520 Mill. Frs. Kapital zunahm (Bresson II. 441).

2) Beiläufig ein kostspieliger Erwerb! Die Eroberung brachte zwar der Staatskasse eine einmalige Einnahme von 51 Mill. Frs. aus den eroberten Schätzen und Waaren-Vorräthen, allein die Kosten des Feldzuges waren ungleich höher (Rau-Wagner a. a. O. 179) und neuerdings überstiegen die Kosten für die Behauptung und Kultivirung dieser Kolonie fast regelmässig die Einkünfte derselben, z. B. 1872 Einnahme: 19 Mill., Ausgabe: 22 Mill., 1862 noch Einnahme (22 Mill.) um 4 Mill. grösser als die Ausgabe.

3) E. Horn, Die Finanzlage Frankreichs 1867. 1863 beliefen sich die Zinsgarantien auf 4038. Bis zum Jahre 1848 waren für die damals bestehenden 2200 Kil. vom Staat nur 110 Mill. geliefert. Erst nach dem Staatsstreich führte die Verlängerung der Concessionen und die von der Regierung begünstigte Fusionirung der kleinen neuen Gesellschaften mit den 6 grossen bereits bestehenden zu einem plötzlichen Aufschwung, welcher nur durch die Geldkrisen der Jahre 1856 und 57 eine vorübergehende Störung erfuhr. Durch ein Gesetz vom 12. Juli 1865 wurde auch den Departements und Gemeinden gestattet, Localbahnen zu bauen. 1870 in Betrieb: 2346,6 geogr. Meilen, 1871 nach Abtretung der Elsass-Lothringischen Bahnen: 2228,5. Dies macht auf 1000 geogr. □ M.: 232 Meilen Bahnstrecke und auf 1 Million Bewohner 61. In beiden Proportionen wird es von Belgien, Grossbritannien, den Niederlanden,

bilität für den Staat ausserordentlich gewinnbringend war. Montgolfier hat nachgewiesen, dass die sechs grossen Gesellschaften, welchen der Staat die Concession für den Ausbau eines zweiten (1859) bezüglich dritten Netzes (1863) gewährte, gegenwärtig bereits den fünffachen Betrag der erhaltenen Vorschüsse an die Staatscasse abgeführt haben. Auch darf man nicht ausser Acht lassen, dass vermöge der Concessionsbedingungen der Staat in etwa 85—90 Jahren alleiniger Eigenthümer sämmtlicher gegenwärtig bestehender Schienenwege sein wird. (Dieselben repräsentiren zur Zeit den Werth eines Capitals von 7500 Millionen Frs.). Rechnet man zu diesen beiden Hauptposten noch die Ausgaben hinzu, welche die Arbeiten von Paris (nach E. Horn bis zum Jahre 1866: 1,144 Millionen) die Ausstellungen des Jahres 1855 und 1867, die Einführung der gezogen Geschütze, des Minier- resp. Chassepot-Gewehrs, der Panzerschiffe, die Vervollkommnung und Ausbreitung des Post- und Telegraphenwesens, sowie die wachsenden Ansprüche der Departements¹⁾ etc., erforderten, Ausgaben welche sich alle auf den verhältnissmässig geringen Zeitraum von etwa fünfzehn Jahren zusammendrängten, so erscheint die Mehrausgabe von 12 Milliarden, um welche innerhalb des gleichen Zeitraums die Gesamtansgaben des Kaiserreichs (1852—1870 = circa 39 Milliarden) die der Regierungsperiode Louis Philippe's (1830 bis 1848 = 27 Milliarden) übersteigen in keinem Missverhältniss zu den Anforderungen der Politik, des inneren Verkehrs, der entsprechenden Geldentwerthung und schliesslich zum natürlichen Wachsthum des Nationalwohlstandes zu stehen.²⁾ Dass der letztere namentlich unter der letzten Regierung in starker Progression zunahm, wird wohl Niemand bezweifeln, der die Entfaltungen der wirthschaftlichen Kräfte in Frankreich verfolgt hat. Courtois

der Schweiz und Deutschland übertroffen, hinsichtlich der Kosten nur von England. Dort durchschnittlich circa 1 Mill. Thlr. pro Meile; in Frankreich 912,000 (in Deutschland 555,000 Thlr.). Nach A. Wagners Berechnungen. R. W. S. 535. Am 1. Januar 1873 waren 18,230 Kilom. in Betrieb, d. h. auf 1 Mill. Ew.: 499 Kil.

1) Durchschnittlich 250 Mill. jährlich; für öffentliche Bauten 100 Mill.

2) Die Zunahme der jährlichen Ausgaben seit 1814 mag durch folgende Tabelle veranschaulicht werden.

Das Ausgabe-Budget des betreffenden Finanzjahres weist nach:

in runden Summen:

berechnet das Reineinkommen in der Decade 1860—70 auf 30 Milliarden und sieht in dieser Bereicherung den Grund, dass die finanziellen Lasten jetzt ungleich leichter getragen werden, als nach der Krisis von 1848. Für das Jahr 1859 gab Cochut¹⁾ das Nationalvermögen auf circa 130 Milliarden an; nach dem Kriege ward es bei Gelegenheit der Discussion über die Capitalsteuer auf 150—200 Milliarden geschätzt. Eine Zunahme in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege lässt sich aus dem Steigen des Bodenwerths,²⁾ aus dem Anwachsen der Steuererträge, sowie aus den Bewegungen der Handelsbilanz³⁾ und der Sparcassa-Einlagen,⁴⁾ welche letztere namentlich für den Erwerb kleiner Capitalien bezeichnend sind, wenigstens approximativ bestimmen. Sie beträgt bei diesen vier Gruppen durchschnittlich 55 pCt.

Dieser ungewöhnliche Aufschwung des wirthschaftlichen Lebens, der in der That die Erfolge gleichartiger Entwicklungsphasen in früheren Culturepochen des Landes weit hinter sich lässt, wird

Restauration	{	1819:	996 Mill. Frs.		
		1824:	986	„	(jährl. Zunahme durchschnittl. 11 Mill.)
		1829:	1,015	„	6 „
Juliregierung	{	1832:	1,174	„	(von da bis 1839 nur 2 geringe Deficits)
		1840:	1,363	„	(Anleihe)
		1847:	1,629	„	(mithin 80% mehr als 1819. 40% mehr als 1832)
Provisorische Reg.	{	1848:	1,771	„	
		1851:	1,461	„	(durchschn. Abnahme von 80 Mill. jährl.)
		1852:	1,513	„	
Kaiserreich	{	1860:	2,084	„	
		1866:	2,203	„	
		1870:	0,000	„	

1) Progrès comparés de l'Angleterre et de la France. R. d. d. M. 1862. I.

2) Nach den Berechnungen von A. de Foville (Econ. 74 No. 22) kostete der Hectar 1789: 500 Frs.; 1815: 700; 1851: 1,290; 1862: 1,850; 1870: 2,000 Frs.

3) Der Werth der Ein- und Ausfuhr belief sich in runden Summen im Jahre 1859 auf 3,806 Mill. Frs. 1868 auf 6,092 Mill. Zunahme: 2,286 Mill., also pp. 55%. Dasselbe Verhältniss ergiebt sich nach den Berechnungen Neumanns (Holzendorffs Zeit- und Streit-Fragen, Heft 38) beim gesammten Welthandel. In den Jahren 1860—70 stieg die Höhe aller durch die Ein- und Ausfuhr umgesetzter Werthe um 54%.

4) 1857 hatten 165,282 Personen 119,999,183 Frs. eingelegt.

1869 „ 343,553 „ 269,064,928 „ „

uns erklärlicher, wenn wir die politischen Verhältnisse Frankreichs in Betracht ziehen. Der Sturm des Jahres 1848 hatte den letzten Rest der alten Privilegien und Beschränkungen, welche die individuelle Freiheit wie die Production noch einengten, hinweggefegt und die wirthschaftliche Atmosphäre von manchen veralteten Vorurtheilen und Vorrechten gereinigt. Es begann die Zeit der freien Concurrenz und der Arbeitstheilung. Allein die Kriege von 1854 und 1859, die Finanzkrisis, welche dazwischen lag, und der politische Druck, den das junge Kaiserreich noch in den ersten Jahren seines Bestehens auf gewisse Bevölkerungsklassen ausüben musste, um die durch den Staatsstreich entstandene Gährung zu ersticken, — alle diese Umstände liessen das erwachende wirthschaftliche Leben noch nicht zur rechten Entfaltung gelangen. Erst als mit dem Abschluss der Handelsverträge die beengendsten Schranken für den Handel gefallen waren, trat Frankreich in den Vollgenuss der wirthschaftlichen Errungenschaften und konnte nun in einer zehnjährigen Friedensperiode unter dem gleichzeitigen fördernden Einfluss der Verkehrserleichterungen, der neuen Absatzwege und der gerade in diese Jahre fallenden durchgreifenden Verbesserungen auf dem Gebiet der Maschinenteknik, alle Kräfte zur vollen Thätigkeit anspannen.

Wenn ich bei diesem Thema länger verweilte, als es dem Charakter eines einleitenden Rückblickes eigentlich entspricht, so geschah es nicht, um schliesslich zur Heiligsprechung der kaiserlichen Finanzminister zu gelangen. Der kostspielige und wirthschaftlich unzweckmässige Modus der Anleihen,¹⁾ die unverhältnissmässige Höhe des jährlichen Militair- und Marinebudgets,²⁾

1) Dahin gehört vor Allem die systematische Begünstigung der Speculation bei den Emissionen, das Heranlocken zur Ueberzeichnung und die dadurch nothwendig werdende Reduction selbst der Baarzahlungen etc., lauter Missstände, die weiter unten eingehend besprochen werden.

2) Siehe die Anlage A. Aus der geographischen Darstellung wird ersichtlich, wie die Ausgaben für Heer und Marine den Bewegungen des allgemeinen Ausgabe-Budgets folgen, während die für öffentliche Arbeiten ausgesetzte Summe sich nur zwei Mal (1854 und 1869) über das Niveau von 100 Mill. erhebt. Bezeichnend dagegen ist die Erhöhung der Ausgabe für diesen Zweck unter den beiden letzten Republiken. Prozentsatz 1847 12 0/0, 1851 10 0/0, 1865 8 0/0. Es darf indessen nicht unbeachtet bleiben, dass Frankreich durch die Haltung der anderen Grossmächte zur Steigerung seines Militair-

die stets wachsenden Ausgaben für die Civilliste, die Apanagen, Dotationen, geheimen Fonds etc., die wenig übersichtliche Anordnung der Finanzausweise, welche mit scheinbaren Ueberschüssen abschlossen, in Wahrheit aber zu künstlich verdeckten Deficits führten, — diese und viele andere Mängel und Missstände bieten der Kritik genügenden Stoff. Allein den Vorwurf, dass die kaiserliche Wirthschaftspolitik während einer achtzehnjährigen Missregierung den Wohlstand des Landes untergraben und die Finanzen an den Rand des Staatsbankerotts geführt habe, dass die Last der Staatsschuld weit über die Kräfte der Nation gehe etc. — wird man, wie ich glaube, unbedenklich dorthin verweisen müssen, wohin er gehört: in das Gebiet tendenziöser Erfindungen, aus denen das Parteiinteresse politisches Capital zu schlagen liebt. Sachlich begründet ist keine von allen derartigen Auslassungen. Manche irrige Ansicht, wie z. B. die von einer Ueberbürdung des Staatscredits durch die kaiserlichen Anleihen, ist bereits durch die Ereignisse der letzten drei Jahre berichtigt worden. Das Kaiserthum ist darin nicht vom Wege der einmal bestehenden Tradition abgewichen.

Für die vorliegende Untersuchung, welche den politischen Gesichtspunkt ausschliesst und es lediglich mit feststehenden Thatsachen und statistischen Daten zu thun hat, ist aber die

Aufwands genöthigt war. In den letzten Jahren betrug derselbe einschliesslich der Flotte im Verhältniss zur Gesamt-Ausgabe, nach Abzug der Erhebungs- und Verwaltungskosten der Staats-Einkünfte (nach A. Wagners Berechnungen): Nach H. Wagner, Statistisches Jahrbuch gegenwärtig 1873:

Auf den Kopf der Einwohner übertragen.

31,3	in Frankreich (1869)	=	39,8%	(1811 waren es 62%)	3,8 Thaler.
39,3	„ Grossbritt. (1868)	=	43,3%	(Abyssinien?)	6,2 „
42,7	„ Russland (1868)	=	40 %		2,4 „
36,6	„ Preussen (1861)	=	43%		— „
	„ (1870)	=	35%	(Antheil an der ord. Ausg. d. Nordd. Bundes)	2,3 „
29,1	„ Oesterreich (1870)	=	70% (Antheil der Westhälfte)		— „
		=	35% (mit den transleythan. Provinzen)		2 „

Die Gesamt-Ausgaben für die Land- und Seemacht Europas berechnete Engel (Zeitschr. d. pr. statist. Bur. 1869) auf 811,8 Mill. Thlr. Die Zinsen der dazu gehörigen sachlichen Hülfsmittel (Waffen, Festungen) auf 30,4 Mill. Thlr. Dies würde pro Kopf (bei 294 Mill. Ew.) 2,7 Thlr. betragen.

klare Darlegung gerade dieser Verhältnisse äusserst wichtig. Denn durch eine richtige Würdigung der bereits vor dem Kriege bestehenden Einnahme-Quellen wird die Beurtheilung des durch die neuen Lasten erzeugten Druckes wesentlich bedingt. Steht es aber fest, dass Frankreich beim Eintritt der Ereignisse von 1870 und 1871 über einen bedeutenden Vorrath materieller Werthe gebot, so erscheint auch die Leichtigkeit, mit der sich jetzt die Liquidation der Kriegskosten vollzieht, weniger wunderbar.

II. Einwirkung des Krieges auf die

Finanzlage.

Das Kaiserreich begann den Krieg mit einem gut gefüllten Kriegskasse; das ansehnliche Budget lieferte die Mittel zur Mobilisation, unterstützt durch die Vorschüsse der Bank, welche am 31. Juli 800 Mill. und am 1. August 500 Mill. gegen das de facto vorstehende Gleichzeitige wurde der Zollamt für einzelne Colonialwaren (Coffen, Zucker) erhöht. Allein schon nach wenigen Wochen musste man auf den öffentlichen Credit resortiren. Ein Gesetz vom 12. August genehmigte die Anleihe von 750 Mill. während am 13. aufgelegt und fast ausschliesslich in Paris gezeichnet wurde. Nach drei Tagen von Sedan machte sich die allgemeine Planlosigkeit der Regierung auch in der Haltung der Finanzen geltend; namentlich unter der Herrschaft Gambetta's wurde die Kriegsführung mit ungeheuren Aufwand betrieben. Die weiteren Vorschüsse der Bank, welche sich schliesslich auf 1330 Mill. belaufen und die durch das amerikanische Bankhaus Morgan negotirte Anleihe von 250 Mill. (Debet vom 25. October 1870) vermehren den wachsenden Kriegsausgaben auf die Dauer nicht zu genügen. Die tägliche Ausgabe für die Armeen anserhalb der Hauptstadt wuchs auf 10 Mill. Fr. geschätzt. In Paris beschaffte man die Mittel zur Vertheidigung durch den Verkauf von Nahrungsmitteln (90 Mill.) durch die Forderungen bei den Staatskassen (ca. 70 Mill.) und die Anticipation der Einzahlungen auf

1) Rapport au President publie par le ministre des finances. 27. Oct. 1873.

II. Einwirkung des Krieges auf die Finanzlage.¹⁾

Das Kaiserreich begann den Krieg mit einer gut gefüllten Kriegskasse; das ausserordentliche Budget lieferte die Mittel zur Mobilmachung, unterstützt durch die Vorschüsse der Bank, welche am 21. Juli 300 Mill. und am 11. August 500 Mill. gegen *bons de trésor* vorstreckte. Gleichzeitig wurde der Zolltarif für einzelne Colonialwaaren (Caffee, Cacao, Zucker) erhöht. Allein schon nach wenigen Wochen musste man auf den öffentlichen Credit recurriren. Ein Gesetz vom 12. August genehmigte die Anleihe von 750 Mill., welche am 13. aufgelegt und fast ausschliesslich in Paris gezeichnet wurde. Nach den Tagen von Sedan machte sich die allgemeine Planlosigkeit der Septemberregierung auch in der Leitung der Finanzen geltend; namentlich unter der Herrschaft Gambetta's wurde die Kriegsführung mit ungeheurem Aufwand betrieben. Die weiteren Vorschüsse der Bank, welche sich schliesslich auf 1330 Mill. beliefen und die durch das amerikanische Bankhaus Morgan negociirte Anleihe von 250 Mill. (Decret vom 25. October 1870) vermochten den wachsenden Kriegsauslagen auf die Dauer nicht zu genügen. Die tägliche Ausgabe für die Armeen ausserhalb der Hauptstadt wurde auf 10 Mill. Fr. geschätzt. In Paris beschaffte man die Mittel zur Vertheidigung durch den Verkauf von Nahrungsmitteln, (90 Mill.) durch die Eingänge bei den Staatskassen (circa 70 Mill.) und die Anticipation der Einzahlungen auf

1) Rapport au Président présenté p. l. ministre des finances. 27. Oct. 1873.

die letzte Anleihe. Bereits gegen Ende Januar trat der empfindlichste Geldmangel ein.¹⁾

Die erste und wichtigste Aufgabe der im Februar zu Bordeaux zusammentretenden Nationalversammlung musste mithin, — namentlich im Hinblick auf die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, — die Klarlegung der Finanzverhältnisse betreffen. Der Bericht der Commission, zu deren Referenten der sachkundige L. Say bestellt war, gab, in grossen Ziffern berechnet, die Kriegskosten auf $3\frac{1}{2}$ —4 Milliarden an. Es kam nun noch die von Deutschland geforderte Kriegskosten-Entschädigung von 5 Milliarden hinzu. Eine genaue Berechnung der im Inland zu zahlenden Entschädigungen und Wiederherstellungskosten war selbstverständlich erst nach eingetretener Ordnung möglich. Der Aufstand der Commune schob diese so dringenden Arbeiten nicht nur um mehrere Wochen hinaus, sondern fügte dem Staat einen weiteren Schaden von nahezu 1 Milliarde zu. Revolutionen erweisen sich stets kostspieliger als Kriege.

Die ersten officiellen Angaben über die damalige Finanzlage finden sich in der Kammerrede des Präsidenten vom 21. Juni.

„Das Budget von 1870,“ heisst es darin „deckt die Hälfte der Kriegsdauer. Die Kosten beliefen sich auf 3302 Millionen, die Hilfsmittel auf 2737 Millionen, waraus sich ein Deficit von 565 Millionen ergibt. Auf das Jahr 1871 fallen 1771 Millionen Friedens- und 930 Millionen Kriegs-Ausgaben, im Ganzen mit Einrechnung der noch möglichen Reductionen (?) 2648 Millionen. Der Ausfall der Steuern betrug 400 Millionen, der Ertrag 1480 Millionen, wozu bis Ende des Jahres noch 120 Millionen neue Steuern traten. Das Deficit für die beiden letzten Jahre zusammen wird sich auf 1631 Millionen belaufen Mit dem Darlehn der Bank (1330 Millionen) bleiben uns nur noch 301 Millionen ungedeckt und dieses *Découvert* wird auf die schwebende Schuld gesetzt Hätten wir nicht die Kriegsentschädigung zu zahlen, so befänden wir uns in einer glücklichen Lage.“

1) Die der Regierung im Laufe des Krieges zu Gebote stehenden Credite beliefen sich auf 2350 Mill. In dem gleichen Zeitraum wurden in Deutschland der Bundesregierung im Ganzen 220 Mill. Thlr. zu Kriegszwecken bewilligt, nämlich durch Gesetz vom 21. Juli 1870 120 Mill. Thlr. und durch ein zweites vom 29. Nov. weitere 100 Mill. Thlr. (= 825 Mill. Frs.).

Die Prämissen, welche zu den Redner diesem eigenthümlichen Schluss gelangen liessen, sind allerdings nach vielen Seiten hin anfechtbar. Ueberhaupt leidet die Darstellung der Finanzlage an einer, im Hinblick auf die nahe bevorstehende Anleihe vielleicht nicht ganz unabsichtlichen Unklarheit. Wie sich später herausgestellt hat, waren die Einnahmen zu hoch, die Ausfälle und Voranschläge der Wiederherstellungsarbeiten zu niedrig bemessen. Der Verlust der abgetretenen Provinzen, der etwa 50 Millionen betragen musste, war garnicht in die Berechnung eingeführt.¹⁾ Allerdings erklären sich die Täuschungen, welchen man sich selbst in Regierungskreisen damals noch hingab, aus der Unordnung, welche noch in allen Verwaltungszweigen herrschte. Es hat einer Arbeit von mehreren Jahren bedurft, um eine einigermaßen genaue und detaillirte Berechnung der Kriegs-Kosten und Schäden aufzustellen. Wir finden sie erst in dem Bericht des Finanzministers Magne vom 27 October 1873. Unter dem Titel „*charges résultant de la guerre*“ werden darin folgende Ausgaben zusammengefasst:

Ausserordentl. Mil. Budget 1870	1,173,016,000	Frcs.
„ „ „ 1871	700,222,000	„
„ „ „ 1872	38,807,000	„
	1,912,045,000	Frcs.
Verproviantirung der Stadt Paris	169,518,000	„
Unterstützung an Hinterblieben etc. der Militärs	50,000,000	„
Zinsen der Contributionen ²⁾	301,145,000	„
Unterhaltung der deutschen Truppen	248,625,000	„
Ersatz deutscher Zwangsrequisitionen etc. . .	62,708,000	„
Kosten der Anleihen ³⁾ und Disconto für		
Vorausbezahlung	631,168,000	„

1) Der nachtheilige Rückschlag, den die Abtretung Elsass-Lothringens auf die Staatseinnahmen ausüben musste, ist mehr und mehr hervorgetreten. Frankreich hat mit diesen Provinzen $\frac{1}{22}$ seines revenu territorial eingebüsst und $\frac{1}{10}$ der früheren fiscalischen Waldfläche.

2) Die Denkschrift des Reichskanzler-Amts vom 13. Febr. 1874 giebt sie auf 301,191,959 Frs., der Say'sche Bericht vom Oct. 1874 auf 301,145,000, der Magne'sche auf 301,065,000 an.

3) Die Kosten der 750 Mill.-Anleihe beliefen sich auf 54,555,000, die der Morgan'schen auf 6,875,000. Die 2 Milliarden-Anleihe kostete 170,994,000, die 3 Milliarden-Anleihe sogar 398,744,000 Frs.!

Transport . . .	631,168,000 Frcs.
Verluste an Steuern 1870	122,589,000 Frcs.
	<u>241,600,000 „</u>
	364,189,000 „
Kriegscontribution an Deutschland	<u>5,000,000,000 „</u>
	8,740,398,000 „
Ausgaben des „ <i>compte de liquidation</i> “ zahlbar	
1) aus dem Vorschuss der Bank nach Abzug des ausserordentlichen Militär-Budgets pro 1870—1871	338,564,000
2) aus den Ueberschüssen der 3 Milliarden- Anleihe bis zur Höhe von	<u>100,000,000</u>
	548,564,000 „
	9,288,962,000 Frcs.

In dieser Zusammenstellung, der ersten nach dem Kriege amtlich veröffentlichten, erregen verschiedene Zahlengruppen unsere Aufmerksamkeit.

a. Auffallend hoch erscheint zunächst die als Steuer-Einbusse angeführte Ziffer. Der Ausfall an Steuern konnte sich überhaupt nur auf den Zeitraum von etwa 12—14 Monaten vertheilen; in dem ersten Semester 1870 ist er nicht annehmbar, und in den letzten Monaten des Jahres 1871 musste er durch den Ertrag der inzwischen decretirten neuen Steuern, von denen die meisten (*Enregistrement*, Taback-Zölle) sofortige Erträge lieferten, — mindestens aufgewogen werden. Bringt man nun von jenen 364 Mill.: 1) die aus der Abtretung von Elsass-Lothringen erwachsende Minder-Einnahme (von jährlich 35 Mill.) für 18 Monate mit 52,5 Mill., 2) die deutscher Seits auf circa 56,4 Mill. Fr. angegebenen Verwaltungsüberschüsse aus den occupirten Provinzen und endlich 3) die aus der Postverwaltung gewonnenen Mehreinnahmen mit 453,000 Fr. — in Abzug, — so ergibt sich für die nicht besetzten und ausserhalb des Kriegstheaters liegenden Departements eine Mindereinnahme von circa 252 Mill. Wenn man nun auch annehmen darf, dass ein Theil der Steuerzahler sich die herrschende Unordnung zu Nutze machte, um sich seiner directen Verpflichtungen gegen den Staat zu entziehen, und dass andererseits die Abnahme der der Consumption eine Verringerung der Einnahme aus den in-

directen Steuern zur Folge hatte, so wird sich doch der weitaus grösste Theil des Gesamt-Ausfalls auf die Verkehrsstörungen und die Beeinträchtigung der Handelsbewegungen zurückführen lassen. Nun blieben aber $\frac{4}{5}$ des ganzen Eisenbahnnetzes dem inneren und alle bedeutenden Hafenplätze dem auswärtigen Handel zur Verfügung; die Ernte des Jahres 1870 war eine glänzende und konnte namentlich in dem reichen Süden noch eingebracht werden, ehe die Formirung der Mobil-Garde und des Frei-Corps dem Lande die nothwendigsten Arbeitskräfte entzog.¹⁾ Es zeigten sich also hier einmal wieder recht deutlich die nachtheiligen Wirkungen des Centralisations-Princips, indem durch die Cernirung von Paris die wichtigsten Lebensadern des Landes unterbunden und Handel und Gewerbe bis in die entlegensten Gebiets-Theile lahm gelegt wurden.

b. Beachtenswerth ist ferner die unter dem Titel „dépenses du compte de liquidation“ aufgeführte Gruppe (548 Mill.). Man hat diese neue Bezeichnung an Stelle des früher üblichen „ausserordentlichen Budgets“ gewählt. Der Grund dieser Abänderung ist unerfindlich. Thatsächlich hat sich an dem Charakter dieses Ausgabe-Postens nicht geändert. Der compte de liquidation umschliesst nun sämtliche Ausgaben: für das Retablissement, den Aufbau der Festungen, die Reconstruction öffentlicher Gebäude und die Instandsetzung der Domänen etc., die Entschädigungen für die Flurschäden, an die Eisenbahnen etc., mithin grösstentheils Ausgaben, welche auf den Krieg zurückzuführen sind, — enthält aber

1) Die Nord-Amerikaner, bekanntlich kalte Rechner, haben längst veranschlagt, wieviel jedes Paar Hände der aus Europa anlangenden Einwanderer, — selbst wenn es in „leeren“ Hosentaschen steckt, — dem Lande an Capital zuführt. So haben sie denn auch den Verlust, der beiden kriegführenden Staaten, aus der Entziehung von Arbeitskräften erwuchs, zu Capital berechnet. Der deutsche Verlust wird während der 6 Kriegsmonate 19. Juli—19. Januar auf 200,000, der französische auf 250,000 Thlr. angenommen, — die Gefangenen, welche noch „unzerstört“ sind, nicht gerechnet. Als niedrigster Ansatz wird das Einkommen eines Tagelöhners mit 200 Thlr. in Rechnung gebracht. Dies ergiebt eine jährliche Einbusse an Menschencapital von 90 Mill. Thlr. oder zu 10% capitalisirt einen Total-Verlust von 900 Mill. Thlr. Die in Waffen stehenden 2 Mill. Mann entzogen für die Dauer von 9 Monaten, nach gemeinem Tagelohn gemessen, den beiden Ländern eine Capitalskraft von 2×150 Mill. Thlr. = 300 Mill. Thlr.

bei weitem nicht die Gesamtsumme aller Kriegsschäden. Es werden auch in den nächsten Jahren noch namhafte Summen das Budget unter diesem Titel belasten. Das Liquidationsconto für 1874 fordert z. B. aufs Neue 173 Mill.¹⁾ und das Retablissement wird noch ungeheure Summen verschlingen. Die Gesamtkosten für die Ergänzung etc. des Kriegsmaterials wurden, zu Folge einem der Nationalversammlung im Herbst 1873 durch die Commissionsmitglieder Audifret-Pasquier und Riant vorgelegten Bericht, auf 1700 Mill. veranschlagt. Da nun bis jetzt (Sommer 1874) einschliesslich der ebenerwähnten 173 Mill. überhaupt erst 721 Mill. für diesen Zweck verwandt worden sind, so wird der Kriegsminister noch circa 1 Milliarde fordern und dieser Aufwand wahrscheinlich mit einem jährlichen Zuschuss von 200 Mill. auf die nächsten fünf Jahre vertheilt werden. Es bleibt übrigens dabei zu berücksichtigen, dass ein Theil dieser für militairische Zwecke verwendeten Ausgaben zwar mit den Nachwirkungen des Krieges in Verbindung steht, aber doch als nothwendige Folge desselben nicht betrachtet werden kann, so z. B. die Kosten der Verstärkung und Vermehrung der Cadres durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Neubewaffnung, der Neubau von Festungen etc.

c. Eine Lücke enthält der Finanz-Ausweis des Ministers insofern, als der durch die Gebietsabtretung dem Staat erwachsende Schaden weder mit dem Ausfall der Staatsrevenüen, noch mit dem Capitalwerth in Ansatz gebracht ist. Der Bodenwerth von Elsass-Lothringen wird auf $4\frac{1}{3}$ Milliarden geschätzt.²⁾ Wollte man zu den 9288 Mill. des Magne'schen Berichtes diese 4,33 Milliarden hinzufügen und den Ueberschuss an Jahresausgaben capitalisiren, um welche das gegenwärtige Budget das letzte des Kaiserreichs übertrifft, so würde sich im Ganzen für den Staat eine Wertheinbusse von 20 Milliarden ergeben.

Damit ist die Ziffer des Effectiv-Schadens, der dem Lande,

1) Materialergänzung bei der Armee 126,883,677, bei der Marine 10 Mill. Entschädigung für die Mobilisirten (Ministerium des Innern) 29,359,288. Aufbau öffentlicher Gebäude 4 Mill. Ergänzung der Tabackstrafiken 3 Mill. Summa: 173,242,965 Frs.

2) 263 geogr. □ M. mit 1,549,500 Einw. Die Einnahmen pro 1872 gab der Staatshaushalts-Etat mit 37,701,925 Frs. an. Die Tabacksmanufactur lieferte allein einen Bruttoertrag von 3 Mill. Die Zollverwaltung 7 Mill.

d. h. der dem Nationalreichthum durch den Krieg zugefügt wurde, noch keineswegs erreicht. Der Verlust an Privat-Eigenthum, an Kunstschatzen, Sammlungen etc. ist natürlich unberechenbar. Selbst eine approximative Schätzung der Flurschäden, Feuerschäden etc. wird sich immerhin nur in sehr allgemeinen Zahlenverhältnissen aufstellen lassen. Die nachfolgenden Berechnungen zum Theil nach den Angaben Maurice Block's und Leroy-Beaulieu's mögen desshalb hier noch Platz finden, weil diese Ziffern für die Beurtheilung der Schwächung des Volksvermögens und der Steuerkräfte wenigstens einigen Anhalt bieten.

Contribution der Stadt Paris	200,000,000 Frcs.
Contributions in den Departements	39,053,000 „ ¹⁾
Naturalrequisitionen mit Ausschl. des-Seine Departements	327,581,000 „
Flurschäden Zerstörungen etc.	141,130,000 „ ²⁾
Schätzung der ohne Requisition eingezogenen Werthsachen (?)	264,172,000 „
Schaden im Seine-Departement (namentlich durch die Commune verursacht)	200,000,000 „ ³⁾
Zinsen der Steuerausfälle und Rückstände . . .	6,089,000 „
Entschädigung an die Mobilgarde	29,359,000 „
„ „ „ Gensdarmarie	3,000,000 „
	1,230,394,000 Frcs.

1) Die in der Denkschrift des R.-K.-Amts mit 15 Mill. Thlr. in Ansatz gebrachten Steuern und örtl. Contributions begreifen nicht die „für besondere militairische Zwecke verwendeten“ in sich.

2) Dahin sind u. A. zu rechnen die 31,754,000 Fr., welche die 5 grossen Eisenbahncompagnieen Ouest, Nord, Orleans, Lyon, Est für die Herstellung der zerstörten Bahnstrecken aufzuwenden hatten und die 8 Millionen, welche die Departements für den Neubau von 325 Brücken ausgeben mussten.

3) Wenn sich in der Berechnung des vorhergehenden Postens wohl die Einwirkung des alten „Pendülen“-Aberglaubens geltend macht und die Reduction dieser Ziffer zulässig erscheint, so ist dagegen diese (im Juni 1871 vom Temps veröffentlichte) Berechnung der Schäden im Seinedepartement aller Wahrscheinlichkeit nach zu günstig. Im *Economist* wurde später der durch das Bombardement und die Brandstiftungen angerichtete Schaden für Paris mit 200, für die Vororte: Auteuil, Passy, Ternes etc. mit 100 Mill. Frs. berechnet. (Hôtel de ville 30 Mill.; Palais d'Oesay 12 Mill.; Tuilerieen 30, die Theater des Châtelet-Platzes 12 etc. etc.).

Wie hoch aber mag sich der indirecte Verlust beziffern, der die Metropole betraf? Was ist allein an Arbeitskräften verloren gegangen? „Im Jahre 1860“,

Rechnet man diese Zahl zu den 8,739,000,000 hinzu, welche der obige Finanzbericht nachweist, so ergibt sich dass dem gesammten Volksvermögen durch den Krieg und seine Nachwirkungen eine Mehrausgabe von circa 9,969 Millionen erwuchs, — die Abtretung der Provinzen nicht gerechnet. Damit stimmt auch ein der Nationalversammlung am 28. Mai 1872 vorgelegter Commissionsbericht ziemlich überein, in welchem es heisst: „Die Dinge welche sich seit dem August 1870 ereignet haben, kosten dem Lande bis jetzt ein Capital von 9½ Milliarden.“

schrieb damals Professor Leoni Levy im Daily-Telegraph, „waren in Paris, einem officiellen Ausweis zu Folge 416,811 Arbeiter, die Geld verdienten, und 133,000 Meister. Einschliesslich der Kosten des Rohmaterials und der Arbeit selbst producirten dieselben jährlich 134 Mill. Liv. St.; mithin jeder Einzelne Erzeugnisse im Werthe von 314 Liv. St. Vorausgesetzt nun, dass Paris im Jahre 1869 500,000 Arbeiter zählte und dass der Gesamtwerth ihrer Production sich auf 160 Mill. Liv. St. belief, so musste die fast gänzliche Suspension der Wertherzeugung während des Krieges dem Lande, — selbst nach Abzug des Werthes des Rohmaterials einen Verlust von 60–80 Mill. Liv. St. (1½–1¾ Milliarden Frs.) beigebracht haben.“

Rechnet man diese Zahl zu den 8,739,000,000 hinan, welche der obige Finanzbericht nachweist, so ergibt sich das dem gesammten Verbräugen durch den Krieg und seine Nachwirkungen eine Mehrausgabe von circa 9,969 Millionen erwuchs — die Abtheilung der Provinzen nicht gerechnet. Damit stimmt auch ein der Nationalversammlung am 28. Mai 1872 vorgelegter Commissionsbericht ziemlich überein, in welchem es heisst: „Die Dinge welche sich seit dem August 1870 ereignet haben, kosten dem Lande bis jetzt ein Capital von 9½ Milliarden.“

III. Die Finanzlage nach dem Kriege.

A. Die Abtragung der Kriegskosten-entschädigung.

1. Durch Vermittelung des Staatscredits.

a. Der Frankfurter Friede vom 10. Mai 1871 bestätigte im Allgemeinen die Forderungen, welche im Versailler Präliminar-Vertrag aufgestellt waren und traf nur hinsichtlich der Zahlungsfristen einige nähere Bestimmungen. Die Verhandlungen in Brüssel hatten sich in die Länge gezogen, theils weil damals in Paris die Commune herrschte, theils auch wegen tiefgehender Differenzen bezüglich der Zahlungsmodalitäten. Die französischen Unterhändler hatten den Antrag gestellt: binnen drei Jahren eine Milliarde baar, den Rest aber in Rententiteln zu übergeben, während man deutscher Seits an der Forderung festhielt, dass die ganze Kriegsschuld in Baarem oder doch demselben gleichkommenden Werthen in vierteljährlichen Raten vom 2. Juni ab zu entrichten sei.

Da aber der Pariser Aufstand immer drohendere Gestalt annahm und die französische Regierung die fremden Truppen sobald als möglich aus der Nähe der Hauptstadt zu sehen wünschte, so war man im Mai den diesseitigen Forderungen zugänglicher und

1) Le payement de l'indemnité prussienne p. Victor Bonnet. Les impôts après la guerre, von demselben. La libération du territoire p. Leroy de Keraniou. Die Finanzen der Ver. Staaten v. Frhr. v. Hock. Finanzlage der Ver. Staaten von Hiller.

die finanziellen Auseinandersetzungen in Frankfurt führten schliesslich zu der Vereinbarung, dass:

$\frac{1}{2}$ Milliarde binnen 30 Tagen nach Wiederherstellung der Ordnung in Paris,

1 Milliarde im Laufe des Jahres 1871,

$\frac{1}{2}$ Milliarde am 1. Mai 1872,

3 Milliarden am 1. Mai 1874

zu zahlen seien. Diese letzten 3 Milliarden waren vom Tage der Ratification des Friedens ab mit 5 pCt. an Deutschland zu verzinsen. Als Zahlungsmittel galten nur: Gold oder Silber (geprägt und in Barren) Noten der Preussischen, Englischen, Niederländischen Bank, Anweisungen auf Ordre oder discountirbare Wechsel ersten Ranges. Abweichend von diesen Bestimmungen enthält die Zusatz-convention vom 21. Mai das Zugeständniss, dass bei der ersten Zahlung auch 125 Mill. französische Banknoten angenommen werden sollten. Dieser letztere Betrag wurde auch ausnahmsweise in Metz, Strasshurg und Mühlhausen entrichtet, während für alle übrigen Zahlungen die „hauptsächlichsten Handelsplätze Deutschlands“ (Berlin, Hamburg, Frankfurt) als Zahlungsorte festgesetzt waren. Die Abtragung der ersten halben Milliarde bot in Folge dieser Concession keine Schwierigkeiten. Die Summe befand sich zu Theil bereits im Portefeuille des Finanzministers. Der Rest der von der Bank geleisteten Vorschüsse (bis dahin im Ganzen 1300 Mill.) der Verkauf der Renten der Armee-Dotation (92,197,000) der nicht verbrauchten Vorräthe des approvisionnement de Paris (91,288,000) und der Contingente für die Mobilgarde (120,309,000) reichten mehr als genügend aus für die Erledigung dieser ersten dringendsten Verpflichtung. Allein damit waren auch alle Hilfsmittel erschöpft, über welche der Staat zur Zeit gebieten konnte. Für die ferneren Zahlungen musste der Credit als Vermittler eintreten.

Es ist seitdem mehrfach¹⁾ von französischen Nationalöconomen

1) „Wir bedauern“, sagte u. A. Joseph Garnier im J. d. écon (May 1872), dass gleich nach dem Frieden, als die Bevölkerung noch unter dem frischen Eindruck der Schrecken des Krieges stand und politische Zwistigkeiten die Einigkeit noch nicht trübten, die Nat.-Vers. nicht eine besondere Kriegstaxe zu 3, 4 oder 5% vom Capital erhoben hat. Dieselbe hätte in 2—3 Jahren abgetragen werden können und würde für die Amortisation der Anleihen eine treffliche Basis gegeben haben. Wir hätten dann nicht nöthig gehabt, die

und noch ganz kürzlich durch Mich. Chevallier die Ansicht ausgesprochen, dass es damals, unmittelbar nach dem Kriege, möglich gewesen wäre, den grössten Theil der Kriegscontribution, jedenfalls aber die ersten 2 Milliarden durch eine directe Kriegsteuer oder Zwangsanleihe im Lande aufzutreiben,¹⁾ und dass namentlich die Aussicht auf eine schnellere Räumung des besetzten Gebietes ein wirksamer Hebel für die Bethätigung eines opferfreudigen Patriotismus gewesen sein würde. Allerdings hat es sich im Lauf der letzten Zeit herausgestellt, dass das französische Volk sowohl in seinem grösstentheils verborgenen oder verwendungslos liegenden Baarschatz als in seinen Guthaben an das Ausland über ein bedeutendes Capital verfügte, und dass eine Verminderung des Nationalvermögens um 1½ — 2 pCt. in der That wohl ohne erheblichen Nachtheil für die Production getragen werden konnte. Indessen blieb doch andererseits zu berücksichtigen, dass diese Capitalien, wenn sie dem gewerblichen oder Handelsverkehr zuflossen, mit einem weit höheren Zinsfuss verwerthet wurden, als derjenige betrug, den eine Anleihe beim Auslande erheischte. Die Regierung that in jedem Falle wohl daran, mit der Untersuchung über die Möglichkeit eines solchen immerhin noch sehr problematischen Erfolges keine Zeit zu verlieren. Dass man den Credit, vornehmlich den des Landes in Anspruch nehmen musste, stand fest. Auch über die Form der Anleihe blieb man nicht lange im Zweifel. Der Präsident sprach sich unbedingt für die Beibehaltung des Rentensystems aus. Dagegen wurden in der Nationalversammlung und in der wissenschaftlichen Presse viele Stimmen laut, welche mit der Vermehrung der Staatsschuld gleichzeitig ein Amortisationsverfahren vereinigt zu sehen wünschten und namentlich dem Amerikanischen Obligationensystem dringend das Wort redeten.

Papiergeldwirthschaft einzuführen, die Schuldenlast zu verdoppeln und den compte de liquidation ins Leben zu rufen, der noch lange die Finanzlage compliciren wird.

1) „Man würde ein solches Opfer damals gern gebracht haben, — ja die Nation erwartete eigentlich nichts Anderes; jedenfalls wird es zweckmässig sein, in ähnlichen Fällen später darauf zurückzukommen.“ In dem Aufsatz *Le système financier de la France*. R. d. d. m. Aug. 1874.

Nichts war in der That natürlicher, als dass sich bei der kritischen Finanzlage die Blicke nach jenem mächtigen Staat wandten, der noch vor wenigen Jahren eine ähnliche Krisis überstanden, und — glücklich überstanden hatte. Wie hier, so bot sich auch dort nach einem blutigen Kriege das Beispiel einer plötzlichen Anhäufung der Staatsschuld dar. 1861 betrug dieselbe noch 1000 Mill. Fr., 1865 war sie auf 15½ Milliarden, die Steuerquote pro Kopf von 3 Fr. auf 25 Fr. gewachsen. Die Zunahme in den 4 Jahren des Bürgerkrieges belief sich mithin auf 13,775 Mill. Fr.¹⁾ Diese für damalige Verhältnisse unerhörte Schuld war auf zweierlei Weise contrahirt: durch Emission von Papiergeld mit Zwangscurs und durch Auflage mehr oder weniger freiwilliger Anleihen. Im Beginn des Krieges war die erste, im weiteren Verlauf desselben fast ausschliesslich die letztere Hilfsquelle ausgenutzt. Als es sich beim Ausbruch der Feindseligkeiten darum handelte, „Armeen aus der Erde zu stampfen“, eine Truppenmacht zu organisiren, welche dort nicht, wie in den Militairstaaten Europas schon in Friedensjahren bereit gehalten wird, als die tägliche Ausgabe 2½—3 Mill. Doll. betrug,²⁾ — sah sich die Regierung der Nordstaaten genöthigt, zum Hilfsmittel der Notenpresse zu greifen. So entstanden am 17. Juli 1861 die ersten 50 Mill. Tressorscheine, durch *treasury-note bill* (vom 26. Januar 1862) weitere 150 Mill. Papiergeld, durch Gesetz vom 1. August desselben Jahres die papierne Scheidemünze; ferner fand 1863 eine neue Emission von 150 Mill. unverzinslicher Schatznoten und eine von 400 Mill. 6 pCt. verzinslicher Tresorscheine statt, welche insofern den Charakter des Papiergeldes trugen, als sie in Appoints bis auf 10 Doll. herab ausgegeben wurden und Zwangskurs hatten. Alle diese Hilfsmittel konnten aber den wachsenden Anforderungen der Kriegscasse gegenüber nur von vorübergehender Wirkung sein. Bald musste man zu Anleihen schreiten und, wie Alles in diesem eigenthümlichen Lande, wurden auch diese nun im grossartigsten Maassstabe betrieben. Die erste war die sogenannte 5—20 Anleihe (d. h. nach 5 Jahren kann, — binnen 20 Jahren soll sie hineingezahlt wer-

1) Die Staatsschuld betrug 1791: 10,000,000 Liv. St. 1861: 25,000,000. 1838: 38,000 (!) 1861: 18 Mill. 1865: 551 Mill. (!) 1873: 527 Mill.

2) In Deutschland in den ersten Wochen des Feldzuges nur ca. 1 Mill. Thaler.

den). Sie war mit 500 Mill. aufgelegt und gelang besonders dadurch, dass man den Inhabern des oben angeführten Staatspapiergeldes (der Greenbacks) gestattete, dasselbe unter vortheilhaften Bedingungen in Obligationen umzutauschen. Das Papiergeld war also die Maschinerie zur Placirung der Anleihe; nach der Einzahlung wurde es vom Schatzsecretär immer wieder ausgegeben. Die ganze Transaction war in kurzer Zeit beendet und der Andrang zur Conversion sogar ein so starker, dass in New-York an einzelnen Tagen bis zu 5 Mill. Doll. gezeichnet wurden (New-York Handelsz. 23. Januar 1864.) In derselben Weise wurden später (am 1. März 1864) die 10—40 Anleihe von 150 Mill. und im Laufe des Jahres noch mehrere andere von geringerem Betrage aufgelegt. Diese Tilgungsgarantien waren es namentlich, welche selbst inmitten der kriegesischen Ereignisse die Aufnahme grosser Summen zu einem immerhin noch mässigen Zinsfusse möglich machten. Dank dem legalen Amortisationsverfahren war ferner eine jährliche Reduction der Schuldenlast von wenigstens 100 Mill. möglich, sodass die Zinsenquote pro Kopf der Bevölkerung in den letzten 9 Jahren (1865—1874) von 25 Frs. (5 Doll. 25 Cts.) auf 14½ Frs. gesunken ist.¹⁾

Ein solcher Erfolg war wohl geeignet, die Aufmerksamkeit der französischen Finanzpolitiker auf sich zu ziehen. Konnte man auch selbstverständlich die Einnahmequellen Frankreichs nicht mit demselben Maasse messen, wie die der Vereinigten Staaten, fehlte auch hier das unerschöpfliche Reservoir unbenutzter Naturkräfte

1) Die im Jahre 1865 erschienene Flugschrift *Our burden and our strength*, welche die im Interesse der Nordstaaten sehr thätige loyal publication society herausgab, berechnete die Gesamtbevölkerung der wiederhergestellten Union in dem genannten Jahr auf 34,000,000 Ew., die Gesamtschuld auf ca. 3,000 Mill. Doll., (genauer: 2,908,500,000) den Gesamtwohlstand (real and personal property) auf 22,000 Mill. Doll., sodass nach der Baxter'schen Methode berechnet, die Zinsenlast des Einzelnen 5 Doll. 35 Cent. betragen musste. Dieselbe Schrift stellte ferner auf Grund statistischer Berechnungen über die Zunahme des Wohlstandes von 1790—1860 das Prognosticon, dass die Zinsenlast pro Kopf im Jahre 1880 nur noch 4 Doll., 1890 aber 1 Doll. ausmachen würde. Bis jetzt hat die factische Abnahme der Staatsschuld in der That dieser Berechnung entsprochen. 1873 gab der Finanzausweis die Gesamtschuld auf 2,147 Mill. Doll. an.

jenes Landes und der colossale Zuwachs¹⁾ an Bevölkerung der dieselben auszubeuten vermochte, — so liess sich doch jenes Staatsschuldensystem immerhin den hiesigen Verhältnissen anpassen. Es wäre alsdann zweckmässig gewesen, den Beginn der Tilgungsraten auf acht bis zehn Jahre hinauszurücken, um die Steuerkraft neu erstarken zu lassen. Auch die Tilgungsfrist konnte auf fünfzig Jahre ausgedehnt werden; in beiden Fällen blieb der Modus der Abtragung vollständig in den Händen der Staatsgewalt. Sie konnte mit kleineren Reductionen beginnen und erst, wenn die Verpflichtungen gegen Deutschland erfüllt waren, mit einer energischeren Tilgung vorgehen. Freilich war die Annahme eines solchen Systems nur denkbar in Verbindung mit einer „Politik der Ersparniss und des Friedens“. „Die Möglichkeit der Ausführung“, sagte einer der eifrigsten Verfechter der Amerikanischen Finanzpolitik,²⁾ „knüpft sich an 3 Punkte: lange Dauer des Friedens und der ungestörten Volksentwicklung, Ordnung und Sparsamkeit in der Verwaltung und endlich jener Bildungsgrad, welcher die jetzige Generation über ihre Verpflichtungen gegen die Nachwelt aufklärt, welcher den Egoismus erstickt, die Opferwilligkeit wachruft, und vor Allem die Achtung vor dem Gesetz wieder neu befestigt.“ Auch Victor Bonnet, Mich. Chevallier und A. Sabatier sprachen sich in demselben Sinne aus.³⁾ „Man kann unmöglich mit den alten Missbräuchen, mit dem sorglosen Schuldenmachen fortfahren. Obwohl unsere Lage eine schwierige, verwickelte ist, obwohl eine Schonung der Steuerkräfte mehr als je geboten erscheint, so ist es dennoch Ehrensache, dass wir unsere Fehler mit eigenen Opfern sühnen und dieselben nicht kommenden Geschlechtern aufbürden, indem wir ihnen ein erdrückendes Budget hinterlassen.“

Ungeachtet aller derartiger Vorstellungen hielt die Regierung

1) Nach den amtlichen Censurtabellen stieg die Bevölkerung in den letzten 10 Jahren um 7,104,907 Köpfe. In früheren Decennien war die Zunahme noch beträchtlicher gewesen, allein der Bürgerkrieg hielt die Einwanderung lange Zeit ab. Die Production stieg in den letzten 20 Jahren um das Vierfache. Der Werth der Industrie-Erzeugnisse wurde 1850 auf 1,019 Mill. Doll., — 1870 auf 4,232 Mill. angegeben.

2) Ch. Letort in „l'amortissement en France. R. d. d. M. 1871.

3) V. Bonnet in „les impôts après la guerre.“ Ebendasselbst.

auch diesmal an dem beliebten Rentensystem fest, theils weil sich dasselbe bisher immer als zweckmässig und für die Bedürfnisse des Staatscredits ausreichend erwiesen, theils auch weil sich in Frankreich überhaupt bisher eine, ich möchte sagen, traditionelle Abneigung gegen ein geregeltes Tilgungssystem geltend gemacht hat. Seit der Zeit der ersten Revolution an haben die verschiedenen Gewalthaber dem Amortisationsverfahren nur geringe oder doch nur vorübergehende Aufmerksamkeit geschenkt. Zwar bestand schon seit dem Jahre VIII der Republik eine *Caisse d'amortissement*, allein weder unter dem Directorium, noch unter der Herrschaft Napoleons wurde sie zu dem verwendet, was ihr Name besagte. Erst unter der Restauration kam ein Gesetz zu Stande (28. April 1816), welches dem Tilgungsfonds eine jährliche Dotation von 20 später 40 Mill. und aus dem Verkauf von Staatswäldungen ein Kapital von 84 Mill. zusicherte. Bis zum Jahre 1825 waren auch wirklich von den ausgegebenen 195 Mill. Rententiteln 37 zurückgekauft. Unter der Juliregierung aber erlahmte dieser erste glückliche Anlauf bereits. Es wurden im Ganzen nur 14 Mill. annullirt; die in den 30er Jahren vom Ministerium mehrmals angestrebte Conversion der Rente scheiterte sogar an dem Widerstand der Kammern. So gewöhnte man sich daran, den Rest der Einkünfte des Fonds zu ausserordentlichen Ausgaben und zur Deckung des Deficits verwendet zu sehen, bis endlich mit den Stürmen des Jahres 1848 die Tilgung völlig aufhörte. Von nun ab dienten die Revenüen der Amortisations-Kasse, die auch unter diesem Namen und unter einer gesonderten Verwaltung bestehen blieb, ausschliesslich zur Bestreitung laufender Ausgaben. Erst im Jahre 1859 brachte die kaiserliche Regierung und zwar namentlich auf Andrängen Fould's¹⁾ eine Vorlage, welche wiederum eine jährliche Tilgung von 40 Mill. in Aussicht stellte. Der italienische Krieg schob die Ausführung des Projects für einige Zeit hinaus; es tauchte erst 1866 wieder auf und gewann diesmal die Form eines zweckmässigen Gesetzes. Der Zeitraum von 1867 bis 1870 ist denn auch der einzigste in der Finanzgeschichte

1) „Un état qui ne profiterait pas des périodes de paix et de prospérité, pour réduire les dettes qu'il aurait contracté dans les temps de crise et de guerre, manquerait de prévoyance et grèverait ses finances d'un fardeau, qu'elles ne pourraient supporter sans un surcroît intolérable d'impôts.“

Frankreichs, wo eine geregelte stetig zunehmende Amortisation stattfand. Sie belief sich 1868 auf 75,2 Mill., 1869 auf 76,1 Mill., 1870 auf 77,7 Mill. und war für das Fiscaljahr 1870—1871 auf 81,630,000 festgesetzt. Der Finanzminister sprach damals die Hoffnung aus, „dass man in dem darauf folgenden Jahr auf 100 Mill. zu kommen denke.“ Der Krieg vernichtete diese Pläne; nichtsdestoweniger dauerten die Rückkäufe noch während der ganzen Belagerungszeit fort, und diesem Verfahren vorzugsweise verdankte die Rente die Festigkeit ihres Curses auch während und nach der ungünstigen Wendung der Dinge im Winter 1870—1871. Mit dem 1. März 1871 aber stellte die Tilgungskasse ihre Functionen ein, und das Gesetz vom April desselben Jahres suspendirte sie vollständig. —

Unter diesen Umständen erscheint es begreiflich, dass die Regierung nicht nur aus traditioneller Vorliebe für das hergebrachte Rentensystem, sondern mit Rücksicht auf die dringend gebotene Schonung der Productionskräfte, ungeachtet der oben angedeuteten Vorschläge, von jeder anderen Art von Staatspapieren Abstand nahm. Mit weniger Entschiedenheit wurde nun die zweite wichtige Frage behandelt: Banquier-Anleihe oder Nationalscription?

Der Finanzminister Pouyer-Quertier war nicht abgeneigt zu dem ersteren System zurückzukehren. Hatten doch die letzten Finanzoperationen auf diesem Gebiet zu dessen Gunsten gesprochen, denn die öffentliche Subscription auf die erste Bundesanleihe war unbefriedigend ausgefallen,¹⁾ während die zweite, durch Finanzmächte unterstützte Anleihe, trotz des höheren Emissionscurses weit überzeichnet wurde. Ebenso hatte die durch das Haus Morgan begebene französische Anleihe ein günstiges Resultat gehabt.²⁾ Allein die Vermittlung eines grösstentheils ausländischen Consortiums wäre ein neuer schmerzlicher Stoss für die französische Eitelkeit gewesen. Dem Präsidenten kam es namentlich darauf an, durch ein glänzendes Finanzmanöver die trüben Eindrücke der

1) Statt der geforderten 100 Mill. Thlr. wurden am 3. und 4. August nur 60,124,504 Thlr. zur Verfügung gestellt. Allerdings fiel der Zeichnungstermin gerade auf den Tag nach der Einnahme von Saarbrücken. Der Emissionscours war 88, während das Consortium später das Papier mit 96 annahm (18. Oct.).

2) Die zu 400 ausgegebenen Obligationen standen gleich nach dem Frieden auf 450.

letzten Momente zu verwischen und das in einem unglücklichen Feldzuge verlorene Prestige durch den Beweis der Unerschütterlichkeit des Credits wiederzugewinnen. Als das geeigneteste Mittel erschien für diesen Zweck eine Nationalsubscription mit möglichster Ueberzeichnung, möglichster Betheiligung des Auslandes. Obschon nun für den Chef der Executiv-Gewalt diesmal vorwiegend politische Rücksichten bestimmend waren, so verdiente doch im vorliegenden Fall die öffentliche Subscription auch aus allgemein wirthschaftlichen Gründen den Vorzug. Allerdings kann die Mitwirkung grosser Bankhäuser und gewandter Finanzkräfte unter Umständen höchst wünschenswerth sein, namentlich wo das erste Gelingen der Anleihe in Frage steht. Auch verdient die spätere Haltung des Curses und die Unterbringung des Papiers Berücksichtigung. Für Beides aber genügt es nicht, das Publikum im Wege der Reklame anzulocken. Andererseits ist es unbillig, besonders in Zeiten finanzieller Erschöpfung, einzelnen Häusern den enormen Verdienst einer solchen Operation zuzuwenden. Gewinnt das Papier eine Prämie, so möge dieser Ueberschuss den Kapitalisten zu Gute kommen. Fällt dagegen der Curs, so wird der Verlust leichter in Bruchtheilen getragen. Im vorliegenden Fall war noch zu berücksichtigen, dass bei der herrschenden Unsicherheit in der inneren Politik ein unvorhergesehenes Ereigniss, ein neuer Aufstand oder heftiger Parteikampf, ja selbst ein Personen-Wechsel in der Präsidentschaft leicht das Misslingen des ganzen Unternehmens zur Folge haben konnte, wenn es ausschliesslich auf den Schultern weniger Bankinstitute ruhte. Es wäre nicht das erste Mal gewesen, dass dieselben sich in einem solchen Fall weigerten, ihren Verpflichtungen nachzukommen, oder doch die letzteren an die Bedingung eines neuen Zuschlags zu der Provision knüpften. Nach der Februar-Revolution z. B. hatte das Haus Rothschild von der Regierung (Cavaigrac's) die Conversion der im Herbst 1847 bei ihm contrahirten 3procentigen Anleihe in eine 5procentige gefordert und erlangt, eine Operation, die dem Staat einen Verlust von nicht weniger als 40 pCt. beibrachte. Derartige Missstände werden durch eine Nationalsubscription vermieden. Allerdings kommt dabei Alles auf die Art der Emission an, und wir werden gleich sehen, dass die in Frankreich bisher übliche und nunmehr

auch bei den beiden letzten Anleihen der Republik beobachtete Form keineswegs die finanziell günstigste ist.

Die National-Anleihe war recht eigentlich eine Schöpfung des zweiten Kaiserreichs. Aus der beigefügten Tabelle B wird ersichtlich, dass von 1815—1849 die Staatsschulden, — mit einer einzigen Ausnahme im Jahre 1818,¹⁾ — bei den grossen Bankhäusern contrahirt waren. Napoleon III. suchte nun mit dem System der Anleihe gleichzeitig eine Art politischen Votums zu verbinden. Zu diesem Zweck musste die Speculation als Bundesgenossin zu Hülfe gerufen werden, — anstatt sie, wie es richtig gewesen wäre, soviel als möglich auszuschliessen. Bekanntlich ist es die wichtigste Aufgabe des Finanzministers, durch geeignete Bestimmungen darauf hinzuwirken, dass das wirklich disponible Kapital, die Sparkasse des Mittelstandes, den Zeichnungstischen zugeführt wird. Das wirksamste Mittel, zu reellen Zeichnungen zu gelangen, wird also die Begünstigung aller Baarzahlungen sein. Ist die Durchführung dieser Maassregel aber unmöglich, — und sie wird es bei allen grossen Anleihen sein, bei welchen man eine Betheiligung des Auslandes wünscht, — so empfiehlt es sich die Nichtreducirbarkeit eines Minimalsatzes von nicht zu geringem Betrage (etwa 100-Franks-Rente) zu garantiren. Bei den ersten Anleihen des Kaiserreichs war dieser Vorzug den Zeichnern von 50-Franks-Rente eingeräumt. Als aber im Jahr 1859 vor dem italienischen Feldzug die Regierung einer Auffrischung des „Prestige“ bedurfte, suchte sie eine möglichst hohe Ueberzeichnung herbeizuführen. Man ging daher von 50 Frs. auf 10 Frs. später, um die Speculation der untersten Volksschichten zu reizen, auf 5 Frs. herab. Der politische Erfolg war in der That ein glänzen-

1) Dieser Versuch missglückte damals lediglich durch die ungeschickte Art der Emission, welche durch die Verwirrung, die es hervorrief, das ganze System einer öffentlichen Anleihe bei der Finanzwelt in Verruf brachte. Die niedrigste zulässige Zeichnung war auf 5000 Frs. Rente normirt gewesen. Die lange Dauer der Auflage (10 Tage) liess eine wuchernde Speculation aufschliessen, welche den Emissionscours von 66,50 in wenig Tagen auf 76 trieb. Statt der verlangten 14 Mill. wurden 160 angeboten, sodass eine starke Reduction eintreten musste, und da man den Zeichnern nur 2 Tage Zeit liess, ihre zuviel gezahlten Beträge zurückzuziehen, so erlitt eine grosse Anzahl kleiner Capitalisten durch den unmittelbar darauf folgenden Rückgang des Courses auf 68 einen erheblichen Verlust.

der. Die Anleihe von 1859 wurde 5mal, die von 1863 15mal, die von 1868 sogar 34mal gedeckt! Von Baarzahlungen war natürlich ganz abgesehen, und da die Anzahlung in beliebigen Werthpapieren stattfinden konnte, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn die Ueberzeichnung schliesslich bei den schwindelhaftesten Ziffern anlangte. Dieser Cardinalfehler der kaiserlichen Anleihen vererbte sich nun auf die Finanzoperationen der Jahre 1871 und 1872. Wir werden später bei Besprechung der zweiten Anleihe darauf zurückkommen.

Die 2 Milliarden-Anleihe.

Durch Gesetz vom 21. Juni wurde die Staatsregierung zur Emission von 2 Milliarden Frs. in 5procentigen Rentenbriefen autorisirt. Der Emissionskurs war 82,5, stellte sich aber, wenn man die Einzahlungstermine und die Escompte-Vergütung für Volleinzahlungen in Anschlag bringt, nur auf 79,26.¹⁾ Die Anzahlung auf 100 Fr. Nominal-Kapital betrug 12 Frs.; der Rest war in 16 monatlichen Raten zu je 4½ Fr. abzutragen. Die Subscription sollte am 27. Juni beginnen und bis zum 30. Juni fortgesetzt werden. Sie wurde aber bereits am Abend des ersten Tages geschlossen, da im Verlauf von 6 Stunden über 4½ Milliarden gezeichnet waren. Davon fielen 2½ Milliarden auf die Stadt Paris (theilweise wohl in Folge auswärtiger Aufträge). Die Departements, welche sich bei früheren Anleihen mit durchschnittlich 200 Mill. zu betheiligen pflegten, hatten diesmal mehr als eine Milliarde übernommen; der Rest (circa 1100 Mill.) war im Ausland gezeichnet.

Die Regierung zog in Wirklichkeit 2,225,994,000 Fr. ein, der Nettoertrag aber nach Abzug der Kosten belief sich auf 2,143,322,848, der Zinsfuss auf 6,29.

Dass die Anleihe gedeckt wurde, hatte nichts Ueberraschendes, denn es war bekannt, dass ein Pariser Consortium die verlangten 2 Milliarden bereits vor der öffentlichen Auflage garantirt hatte. Ausserdem veranlasste das wohlweislich durch die Presse ausge-

1) z. B.	Renten.	Kapital.	6% Discout für Voll- einzahlungen.	Beträge für Voll- einzahlungen.
	5	82,50	3,24	79,26
	10	165	6,49	158,51
	50	825	32,43	792,14

sprengte Gerücht einer muthmaaslichen Ueberzeichnung und starken Reduction die meisten Subscribenten zu weit höheren Zeichnungen, als sie eigentlich zu zahlen Willens waren. Schliesslich war noch zur Erleichterung der Anleihe, die Bank zur Erweiterung der Notemission von 2400 auf 2800 Mill. Fr. gesetzlich ermächtigt worden. In diese Tage fiel auch die erste Veröffentlichung der Bilanz seit der Einschliessung von Paris, und die Nachricht, dass die Bank ungeachtet der grossen, dem Staate und der Stadt geleisteten Vorschüsse noch über einen Metallvorrath von 549 $\frac{1}{2}$ Mill. Fr. verfügte, trug nicht wenig zur Hebung des Staatscredits bei. Erwähnenswerth ist übrigens, dass die Bank ausser den Vorschüssen an den Staat noch mehrere, durch Capitals-Rückforderungen hart bedrängte Finanzanstalten, wie z. B. den Credit *mobilier* die *Société générale* etc., über Wasser gehalten hat. Ihre Festigkeit war in dem gegenwärtigen Augenblick um so wichtiger, als der Staat ihre Hülfe zur schnelleren Abtragung der 2 Milliarden aufs Neue in Anspruch nahm und ihr die Escomptirung der auf eine spätere Zeit fallenden Einzahlungen zuwies.

Dass der Preis des neuen Papiers schnell in die Höhe getrieben wurde und sich bald mit der 3procentigen Rente in's Gleichgewicht setzte, wurde zunächst durch die Betriebsamkeit der Speculanten bewerkstelligt, welche baldmöglichst eine Prämie erhaschen wollten. Dass er sich aber auf dem Curs von 87—89¹⁾ dauernd erhielt, — auch als ein grosser Theil der vom Ausland gezeichneten Renten nach Frankreich zurückgeströmt war, — bewies, dass die geforderte Zahlkraft wirklich im Lande vorhanden war, und die Verheerungen des Krieges nicht den anfänglich befürchteten Nachtheil für die wirthschaftliche Wohlfahrt zur Folge gehabt hatten. „Die Ehre des Erfolges“ rief emphatisch der Finanzminister aus „gebührt Frankreich allein. Es hatte Vertrauen in sich selbst und alle kleinen Ersparnisse eilten herbei, um an der Befreiung des Vaterlandes mitzuwirken. Dabei ist kein künstliches Mittel angewendet worden, und die Regierung hat keinen Centime an der Börse ausgegeben, um vor- oder nachher einen Einfluss auf die Curse zu üben!“

1) Er stieg im November sogar auf 96 und sank erst in Folge der gegen Jahresschluss eintretenden Geldklemme auf 91, später auf 85 herab.

Das Capital war allerdings vorhanden. Die beim Ausbruch des Krieges nach England und Belgien geflüchteten Gelder waren gerade um diese Zeit wieder zurückgeflossen und harreten der Verwendung. Grosse Beträge lagen auch im Inland verborgen, oder hatten anderweitige Nutzbarmachungen verloren. Schliesslich war während des Krieges von Einzelnen (Lieferanten, Unternehmern etc.) wirklich Geld verdient. Der Unternehmungsgeist aber litt noch unter der allgemeinen Einschüchterung und die Anleihe bot nun eine Gelegenheit zur Capitals-Anlage, die nicht nur sicher und vortheilhaft war, sondern auch durch lange Einzahlungsfristen die Abtragung der Zeichnungen wesentlich erleichterte und zugleich dem patriotischen Gefühl einen willkommenen Ausdruck gewährte.

Der europäische Geldmarkt wurde durch diese Credit-Operation, die in einer solchen Dimension neu war, — weniger beeinflusst, als man erwartet hatte. Auch in anderen Ländern befand sich viel brachliegendes Capital.¹⁾ In London zeigte sich am Schluss des ersten Semesters ein bedeutender Ueberschuss gegen die correspondirende Periode des Vorjahrs.²⁾ Der Discont erhielt sich bis

1) Die Emissionen des Jahres 1871 betrugen:

im ersten Semester	a. von Staaten und Communen . .	10,384,350,000 Frs.
	b. für industrielle Unternehmungen	1,640,428,750 "
im zweiten Semester	wie oben	1,309,041,500 "
	" "	2,256,620,187 "

Summa 15,590,440,437 Frs.

Zieht man von dieser Summe die 6 Milliarden ab, welche für die Convertirung der amerikanischen Staatsschuld emittirt wurden, so verbleibt noch immer die respectable Summe von 9½ Milliarden. Dies ist 5 mal so viel als die Emission der Jahre 1862 und 63, dreimal so viel als die von 1868 und das Doppelte der des Jahres 1870.

2) Depositen der 5 wichtigsten Bankinstitute Londons in Tausenden Liv. St.

	am 30. Juni 1870.	am 30. Juni 1871.	Zunahme.
Bank von England	34,220	28,061	6,159
London und Westminster	22,768	19,600	3,168
London Joint Stock	14,617	12,812	1,805
Union	12,715	10,050	2,665
National-Disconto-Compag.	9,570	8,089	1,481
Summa	93,890	78,612	15,278

In der ersten Juliwoche betrug der Umsatz im clearing-house 22 Mill. Liv. St. mehr, als in der correspondirenden Woche des Jahres 1870.

zum September auf 2—2½. Erst im October, als grosse Summen des französischen und englischen Geldes nach Deutschland abgeflossen waren und dort von der Reichsregierung zurückgehalten wurden, machte sich auf dem Londoner Markt eine periodische Geldknappheit fühlbar.¹⁾ Es ist bekannt, mit welcher Aengstlichkeit England das Nivellement seines Ab- und Zuflusses an Edelmetallen überwacht. Der *Economiste* und, seinem Kriegsruf folgend, die ganze englische Tagespresse, begannen denn auch auf's Heftigste gegen die „preussische Aufspeicherungspolitik“ zu eifern, „für die weder in dem Uebergang zur Goldwährung noch in der Ansammlung eines Kriegsschatzes genügende Rechtfertigung zu finden sei.“ Die Anlegung des letzteren galt den englischen Finanzmännern überhaupt als „eine staatswirthschaftliche Ungeheuerlichkeit.“ Die Grundlosigkeit dieser Vorwürfe nachzuweisen dürfte ebenso leicht als überflüssig sein. Die Vortheile des Kriegsschatzes sind oft genug von nationalökonomischen Autoritäten dargethan worden. Dass das deutsche Reich die Gunst der Verhältnisse zum Uebergang in die Goldwährung benutzen musste, wird dem vorurtheilsfreien Beobachter ebenso einleuchtend sein, als dass ein derartiges Unternehmen, verbunden mit der gleichzeitigen Substituierung einer einheitlichen Währung für sieben verschiedene Münzgebiete, nur durch Anhäufung bedeutender Goldvorräthe möglich war. Denn die erste wichtigste Aufgabe dieser schwierigen Operation blieb immer die gleichzeitige Speisung aller Verkehrskanäle mit der neuen Münze. Uebrigens verstummten die Klagen jenseits des Canals sehr bald, als die Bank von Frankreich zur Emission von 5-Franken-Noten autorisirt und das bisher im Kleinverkehr noch cursirende Metall nun ebenfalls frei wurde, um nach London zu wandern. Die Papiergeld-Wirthschaft freilich fasste in Folge dieser Maassregel nur um so fester Wurzel. Metall wurde zur Waare und floss nun in den kleinsten Beträgen ab. Allerdings zeigte sich bei den Noten nur ein sehr geringes Disagio (vorübergehend einmal 2 pCt.) allein dies ist eine Erscheinung, welche sich auch in anderen Ländern (Engl. Amerika) bei den ersten Phasen des

1) Der Discont schnellte im October auf 5%, sank aber im November bereits auf 4; in Paris wich er nur vorübergehend im September von 6 auf 5 und kehrte bald wieder auf 6 zurück. Das Jahr 1871 schloss mit folgenden Discontosätzen: Berlin 4. Hamburg 2¾. Paris 2. Wien 6. London 3.

Zwangscurses gezeigt hat. Auf die Umstände, welche für die fernere gute Haltung des Bankbillets bestimmend sind, werde ich weiter unten näher einzugehen haben.

Unter dem frischen Eindruck des glücklichen Ergebnisses der ersten Anleihe ward begreiflicher Weise gar bald das Verlangen rege, den neu befestigten und fast unerschütterlich erscheinenden Credit zu Gunsten einer beschleunigten Räumung auszunutzen. Nach dem Friedensvertrage sollte die 4. halbe Milliarde am 1. Mai 1872 gezahlt werden und die deutsche Occupation von diesem Zeitpunkt ab nur noch die 6 Departements der Champagne und das französische Lothringen umfassen. Obgleich nun die französische Regierung wohl erkannte, dass eine Zahlung in der vertragsmässigen Form, d. h. mit obligatorischen Zahlungsmitteln, nicht ohne Gefahr die Geldverhältnisse des Landes zu bewerkstelligen war, hoffte sie doch die Beschränkung der Besetzung noch vor dem genannten Termin erreichen zu können und knüpfte bereits im September 1871 Verhandlungen an, in welchen sie an Stelle der Zahlung jener 4. Halbmilliarde finanzielle Garantien bot, sich dagegen aber bereit erklärte, die Frist der Zollbegünstigungen, welche man diesseits für Elsass-Lothringen stipulirt hatte, noch länger auszu dehnen. Die Rücksicht, der Industrie dieser neuerworbenen Landes theile den Uebergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern, und für einige Zeit die gewohnten Absatzwege offen zu halten, bestimmte denn auch die deutsche Reichsregierung zum Abschluss eines neuen Abkommens. Zwar wurde dasselbe eine Zeit lang durch den Uebermuth der Nationalversammlung, — welche den deutschen Forderungen ihrerseits unannehmbare Forderungen Betreffs der Einfuhr französischer Waaren entgegenhielt, — in Frage gestellt; doch führten schliesslich die officiellen Aufklärungen des Präsidenten über den Ernst der Finanzlage und die persönliche Vermittlung des Finanzministers in Berlin zum Abschluss einer Convention, welche am 12. October unterzeichnet und von den beiderseitigen Landesvertretungen genehmigt wurde.

Sie besteht aus zwei einzelnen Verträgen, die aber, Kraft besonderer Abrede, in untrennbarem Zusammenhange stehen sollten. Der Eine, welcher die Zollverhältnisse betrifft, interessirt uns hier nur insofern, als er die *conditio sine qua non* des zweiten, des Finanzvertrags, bildet. Aus ihm erklärt sich ausserdem, warum

man diesseits in die (von Bamberger¹⁾) so scharf getadelte) Beschleunigung der Zahlungen willigte. Die dem Bundesrath damals vorgelegte Denkschrift des Reichskanzlers betont ausdrücklich, dass die in den beiden Verträgen gemachten Zugeständnisse „im deutschen Interesse lagen, weil durch die Erleichterung des Verkehrs den Etablissements des Elsass eine nicht unerhebliche Menge von Arbeit zugeführt welche Nutzen verspräche“ und dass, „wenn auch ein Opfer an Zolleinkünften eintreten sollte, dies doch wesentlich der Industrie des neuen Reichslandes zu Statten kommen würde, welcher das Einleben in die neuen Verhältnisse zu erleichtern, die deutsche Regierung sich verbunden erachte.“²⁾ Die Zollfreiheit Elsässischer Producte hatte eigentlich bereits am 1. September 1871 ihr Ende erreicht. Dafür, dass Frankreich dieselbe nun bis zum Schluss des Jahres ausdehnte und selbst noch für das nächste (1872) Ermässigungen eintreten liess, gewährte Deutschland die Zollfreiheit für den Veredelungsverkehr und eine periodische Zollerleichterung für die zur Fertigmachung diesseitiger Fabrikate erforderlichen französischen Producte. Eine Verlängerung dieser Zollbegünstigungen schien um so mehr geboten, als die reichsländische Industrie durch die Nachwirkungen des Krieges bisher noch verhindert gewesen war, von der gewährten Befugniss einen ausgiebigen Gebrauch zu machen. Erst jetzt, wo nach der Abnahme der Truppentransporte dem Güterverkehr mehr Raum gegeben wurde, und auch die Arbeitskräfte zurückströmten, konnte

1) In seiner Brochüre „Die 5 Milliarden.“ Berlin 1873.

1) Art. 1. bestimmte, dass die in Elsass-Lothringen fabricirten Producte bis zum 31. Dec. 1871 vollständig zollfrei, — während der ersten Hälfte des Jahres 1872 gegen ein Viertel, während der zweiten gegen die Hälfte des Normal-Zolls, — in Frankreich zugelassen werden sollten. Art. 2. gestattete die Erhebung von Zuschlagszöllen für den Fall, dass in Frankreich neue Steuern auf Roh- und Farbe-Stoffe gelegt würden, welche man diesseits zur Fabrication benutze. Dagegen sollten (Art. 13) französische Rohmaterialien und Producte (Guss- und Stab-Eisen, Garne, Gewebe), welche in Elsass-Lothringen veredelt wurden, hier ihren zollfreien Eingang finden, und die bearbeiteten Fabrikate nach Art. 4. bei ihrer Wiedereinfuhr nach Frankreich nur diejenige Zollquote zahlen, welche der darauf verwendeten Veredelungsarbeit entspräche. Endlich ward in Art. 5 den französischen Produkten, welche in den Reichslanden zur Fertigmachung gewisser Fabrikate benutzt wurden (z. B. Stärke, Kraftmehl, Farbstoffe) dieselbe Begünstigung gewährt, welche die im Art. 1. aufgeführten genossen.

die Zollerleichterung, die namentlich für die Baumwollen-Manufacturen im Ober-Elsass und die metallurgischen Anlagen Lothringens zur Lebensfrage ward, in umfassenderer Weise ausgenutzt werden.

In der Finanz-Convention verpflichtete sich die deutsche Regierung die 6 Departements Aisne, Aube, Côte d'or, Haute-Saone, Doubs und Jura zu räumen und die Occupations-Armee auf 50,000 Mann zu reduciren. Dagegen versprach Frankreich die 4. Halbmilliarde und die erste Rate der am 2. März 1872 fälligen Zinsen (für die schuldigen 3 Milliarden) in 7 Raten zu 80 und einer letzten zu 90 in dem Zeitraum vom 15. Januar bis 1. Mai 1872 abzutragen. Die vertragsmässige Zulassung von Vorausbezahlungen hat Frankreich später benutzt, denn die Zahlung dieser 650 Mill. war bereits Mitte März beendet. Der Vertrag gewährte Frankreich den Vortheil, dass die so sehnlichst gewünschte Räumung der bezeichneten Departements nicht mehr von der sofortigen Zahlung abhängig war, während Deutschland andererseits durch die raschere Art der Abtragung einen genügenden Ersatz für die aufgegebenen materiellen Garantien fand und 30,000 Mann der Heimath zurückgeben konnte. Ein indirecter Vortheil lag für beide Theile in der Aufrechthaltung des französischen Staatscredits, von dem die Möglichkeit fernerer Zahlungen, ja überhaupt abhängig war, und die Thronrede vom 16. October bezeichnete daher die Convention ausdrücklich als „im Vertrauen auf die stetige Formentwicklung der inneren Zustände Frankreichs im Sinne der Beruhigung und Befestigung abgeschossen.“¹⁾

Pläne zur Beschaffung der 3 Milliarden.

Das neue Jahr 1872 wurde mit neuen Hoffnungen begrüsst. Der an sich höchst legale Groll gegen die fremde Occupation aber nagte mehr denn je an dem wiedererwachenden Selbstgefühl und machte sich zunächst in einer Reihe von zum Theil geradezu abenteuerlichen Projecten Luft, von denen einzelne in den Kreis öffentlicher Besprechuug und Bethätigung gelangten. Sie mögen hier Erwähnung finden, weil sich daraus für alle künftigen Fälle die

1) Die am 11. Dec. in Frankfurt abgeschlossene Zusatzconvention enthält keine Bestimmungen hinsichtlich des Zahlungsmodus, sondern regelt nur die Optirung und die civilrechtlichen Verhältnisse der abgetretenen Territorien.

Lehre ziehen lässt, dass es unmöglich ist, Summen von der geforderten Höhe anders als im Wege der Staatshülfe in Bewegung zu bringen.

Zunächst wurde gegen Ende Januar eine National-Subscription auf dem Privatwege veranstaltet. Es constituirten sich unzählige Commissionen und Annahmebüreaus; auch die Regierung suchte durch einen ermunternden Erlass an die Präfecten das patriotische Unternehmen zu fördern, ohne ihm seinen privaten Charakter zu nehmen. Die Zeichnungen sollten nur dann praktische Gültigkeit haben, wenn ein Gesamtbetrag von mindestens 500 Mill. zusammenkäme, auf Grund dessen man neue Verhandlungen bezüglich der Räumung anzuknüpfen hoffte. Der Erfolg entsprach nicht im Geringsten den Erwartungen. Die baar eingegangenen Beträge waren nicht der Rede werth, und die bedingungsweise gezeichneten Summen überstiegen kaum den Betrag von 50 Mill. Die Commission der Nationalversammlung wusste, ein öffentliches Fiasco fürchtend, mit diesen Geldern keine Entscheidung zu treffen und stattete sie später in aller Stille den Deponenten zurück.

Ein anderes Mittel, die Milliarden aufzutreiben, glaubte man in einer colossalen Lotterie gefunden zu haben. Das Loos sollte 1 Fr. kosten, die Summe der Gewinne 25 Mill. betragen, und mit dem Köder „unerhörter Prämien“ wollte man „die ganze Welt“ anlocken.

Später im Februar trat eine Commission zusammen, welche die Frauen aufforderte, ihr Geschmeide zu verkaufen. Es gab naive Gemüther, welche sich allen Ernstes der Täuschung hingaben, die geforderte Summe sei wirklich durch Naturalabgaben und freiwillige Beisteuern aufzubringen.

Mehr Beachtung dagegen verdienen diejenigen Vorschläge, welche die Initiative des Staats zum Ausgangspunkt hatten, und von denen einige bis zur Budgetcommission durchdrangen, ja sogar in der Nationalversammlung besprochen wurden.

α) Vorschlag des Hrn. Adrien Leon (Sitzung v. 31. Jan. 1872).

National-Anleihe von 3 pCt. des gesammten Privat-Vermögens über 10,000 Fr. Capital. Selbstschätzung ohne Controle.¹⁾ Ein-

1) Analog der 3 0/0 igen Capitalsteuer im Jahre 1789. Die Declaration des Besteuereten lautete damals: „Ich erkläre, dass die Summe von . . . , welche ich hiermit gemäss dem Decret vom 28. October 1789 an die Staatskasse auszahle, 3 0/0 meines Vermögens (de mon avoir) ausmacht.“

zahlung in 8 zweimonatlichen Raten (bis 1. Juli 1873). Die ausgehändigten Rententitel tragen erst von diesem Datum an 3 pCt. Zinsen.

Das Nationalvermögen wird auf 200 Milliarden angenommen; mithin würde die Anleihe dem Staat 6 Milliarden zuführen. Hier- von sollten 3 zur Abtragung der Kriegsschuld, der Rest nach Ab- zug der 180 Mill. Zinsen zur Amortisation der consolidirten Schuld verwendet werden.

β) Gesetzentwurf eingereicht von Herrn Carayon la Tour (Sitzung vom 18. März).

Ausserordentliche einmalige Steuer von 2 pCt. des gesammten mobilen und immobil Nationalvermögens, zahlbar in 10 Annuitäten gegen 5 pCt. Zinsen. Vorausbezahlung zulässig. Das Immobil- Vermögen soll durch Multiplication des Kataster-Einkommens mit 25 gefunden, der Werth der Staats- und Industrie-Papiere etc. nach dem Curs des 1. März in Anschlag gebracht werden. Capitalien, die in commerziellen oder industriellen Unternehmungen angelegt sind, hat der Besitzer selbst zu declariren. In Verbindung mit dieser Steuer Aufnahme eines Capitals von derselben Höhe mittelst Anleihe zu 6 pCt. Zinsen Zwecks Abtragung der Kriegsschuld. Amortisation dieser Anleihe in 10 Jahren durch die successive einlaufenden Steuerbeträge.

γ) Amendement zu dieser Vorlage, eingereicht durch die Herren Philippotaux, Chanzy etc. in derselben Sitzung. Erhöhung der Steuer auf $2\frac{1}{2}$ pCt. und dem entsprechend Verkürzung der Amortisationsfrist um 5 Jahre. Die Ermittlung des Immobiliär- Vermögens sollte auf Grund des einregistrirten Pacht- resp. Mieths- Preises erfolgen, und zwar wurde angenommen, dass sich Grund und Boden, sowie landwirthschaftliche Baulichkeiten mit 4 pCt., Wohnräume mit 6 pCt., industrielle und Lager-Räume mit 10 pCt. verzinsen. Bei Selbstbewirthschaftung durch den Eigenthümer sollte die Kataster-Matrikel entscheiden und für Immobilien der mittlere Curs der letzten 4 Jahre maassgebend sein. Der Declarant hat im Betrage der zu zahlenden Summe 5procentige Obligationen zu zeichnen, welche bei der Capitalsaufnahme von 3 Milliarden als Sicherheit dienen. (Dieser Vorschlag bezweckte also hauptsächlich die Beschaffung eines Pfandobjectes für die neue Anleihe, für deren

Gelingen der Staatscredit damals nicht die genügende Sicherheit zu bieten schien.)

δ) Vorschlag der Herren Denfert, Scheurer und Gen. (Sitzung vom 12. März).

Zwangsanleihe von 3500 Mill. Der Procentsatz der Quote sollte von der Höhe des ermittelten National-Vermögens abhängen. Angabe des Vermögens bei den Ortsvorständen. Bei inländischen Staatspapieren (Rente und Obligations trentenaires) eine entsprechende Couponsteuer. Im Uebrigen wie bei β und γ. *Taxe de libération* auf 10 Jahre in monatlichen Raten etc.

Alle diese Vorschläge hatten, wie wir sehen, die Besteuerung des Capitals zum Ausgangspunkt. Ihrer Anwendung standen deshalb erhebliche Schwierigkeiten im Wege: 1) die genaue Ermittlung des immobilien Werthes, für welche die Angaben des veralteten Katasters keineswegs als ausreichend angesehen werden konnten und auch die jedesmaligen Pacht-Schillinge nicht immer maassgebend sind; 2) die Unpopularität des Selbstschätzungs-Princips. Ausserdem musste eine directe Verringerung des Volksvermögens (nicht des Einkommens) überhaupt als ein volkswirtschaftlicher Fehler betrachtet werden. Eine solche Maassregel wäre nur im höchsten Nothzustand, bei völlig erschöpftem Credit, zu rechtfertigen gewesen. Die Regierung machte diesen Vorschlägen gegenüber daher mit Recht geltend, dass eine Zwangsanleihe oder Kriegs-*Taxe* noch keineswegs geboten erscheine, solange das Ausland bereit sei, das erforderliche Capital gegen einen annehmbaren Zinsfuss vorzustrecken. „*Nous ne pouvons payer qu'avec notre credit,*“ sagte der Finanzminister. Mehr Berücksichtigung hätte indessen

ε) der Vorschlag verdient, den Hr. v. Soubeyran der Nationalversammlung vorlegte, und der im *Journal des économistes*¹⁾ von

1) Im Schooss der société d'économie politique, deren Organ dieses Blatt ist, wurde die Finanz-Frage natürlich eingehend ventilirt. Hier tauchten noch verschiedene Projecte auf. Bouisson wollte die 3 Milliarden durch eine Kopfsteuer aufgebracht wissen. Dies würde bei 36 Mill. Einw. 86 Frs. pro Kopf und durchschnittl. 400 Frs. auf eine Familie ergeben. In diesen Ziffern liegt schon die Verurtheilung des Systems. Claude beantragte eine unverzinsliche Anleihe im Inlande mit jährlicher Abtragung von 10 0/0. Eine Mehrbelastung des Budgets um 300 Mill. hatte ihre Bedenken. Zweckmässiger wäre es dann jedenfalls gewesen, die Amortisation (wie Sabatier vorschlug) auf 27 Jahre zu vertheilen. Clemens Laurier rieth dem Staat, das gesammte Eisenbahn-

A. Sabatier lebhaft befürwortet wurde. In ihm findet sich der Grundgedanke des Amerikanischen Tilgungsprincips in Verbindung mit einer Staatslotterie. Es sollten 4 Milliarden in Obligationen zu 100 Fr. zinsenlos aufgenommen werden, rückzahlbar nach 60 Jahren im Betrag von 200 Fr. Dabei monatliche Ausloosung mit Prämien. Der Subscribent hatte also ausser den Chancen des Gewinns eine directe Verdoppelung seines Capitals zu erwarten, glücklichsten Falls im ersten, schlimmsten Falls im 60. Jahre nach der Emission. Mit 3 Milliarden sollte der Rest der Kriegsschuld entrichtet, und die letzte zu Entschädigungen im Lande und zum Retablissement verwendet werden. Das ganze Capital würde $3\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen abwerfen, wovon $2\frac{7}{8}$ pCt. zur Abtragung und $\frac{5}{8}$ zur Amortisation des Bankvorschusses (140 Mill. jährlich) dienten.

Die Bedenken, welche der Anwendung dieses Verfahrens entgegenstehen, sind dieselben, welche überhaupt die Zulässigkeit von Staatslotterien in Frage stellen. Dem ziemlich allgemeinen Vorwurf, dass die Spielsucht der Bevölkerung durch derartige Institute Nahrung findet, möchte ich entgegenhalten, dass es doch wesentlich auf den Zweck ankommt, zu dem eine Staatslotterie dient, und dass, — während beim Hazardspiel der Gewinn des Einen, der Schade des Anderen ist, — hier zwischen Staat und Gläubiger ein Compromiss stattfindet, in welchem es nur dem Zufall überlassen bleibt, ob der Letztere sein Geld früher oder später zurückerhält. Für den günstigen Erfolg solcher Anleihen liefert die jüngste Finanzgeschichte zahlreiche Belege. (Die letzte Lotterie-Anleihe der Stadt Paris wurde 17 Mal gedeckt.) Man hätte auch allenfalls ein Verfahren damit verknüpfen können, wie es die Gesellschaft der Lombardischen Eisenbahnen eingeschlagen hat. Dieselbe gab Bons mit stufenweise ansteigenden Verfalls-terminen aus und ersetzte sie allmählich durch gewöhnliche Obligationen. Auf diese Weise konnte sie, nach dem jeweiligen Bedarf und der Lage des Geldmarkts, die günstigste Conjunction ab-

netz, auf welches er vertragsmässig das Verkaufsrecht besitzt, anzukaufen und auf Grund dieser „hypothekarischen Sicherheit“ billigere Bedingungen bei der Anleihe zu erzielen. Welche Verwirrung würde eine solche Transaction im Handel und Verkehr hervorrufen? Und was will überhaupt hypothekarische Sicherheit beim Staat heissen? Wo ist die Instanz, bei welcher appellirt werden kann, wenn derselbe seinen Verpflichtungen nicht nachkommen will?

warten und an die Stelle eines kurzfristigen Engagements eine ausgehntere Zahlungsfrist treten lassen.

Schwierig war bei dem Soubeyranschen Project eigentlich nur das Unterbringen der Obligationen, im Auslande (Angesichts der Lotteriegesetze) fast unmöglich, denn die Hoffnung auf Prämien verlockt heut' zu Tage Niemand mehr, sein Geld zinsenlos herzugeben. Im Inland dagegen war das Verfahren ausführbar, ja es bot eine Gelegenheit, den ehrlich gemeinten Patriotismus zu bethätigen, — denn der wohlhabende Rentier verzichtete auf seine Zinsen zu Gunsten der besitzlosen Steuerzahler; — allein die geringe Ausdehnung des Marktes konnte für den damaligen Bedarf nicht genügen. Möglich, dass dieses System, welches in der That viele vortheilhafte Seiten hat, noch in Zukunft einmal bei Aufnahme geringerer Summen eine Rolle zu spielen bestimmt ist. Die Regierung beschloss auch diesmal an dem herbeigebrachten Anleihe-System festzuhalten, und eröffnete auf dieser Basis im Mai die Verhandlungen mit Deutschland, welche zu dem dritten Abschnitt der Indemnitätszahlung führten.

Der 3te Räumungsvertrag.

Hinsichtlich dieser letzten Zahlung hatte der Frankfurter Friede die allgemeine Bestimmung enthalten, dass „die letzten 3 Milliarden am 2. März 1874 zahlbar bleiben sollten. Die bestimmte Regelung dieser Angelegenheit musste damals einem gelegeneren Zeitpunkte überlassen werden, denn im Hinblick auf die inneren Unruhen, — die Commune herrschte noch in der Hauptstadt, — erschien es unthunlich, genaue Zahlungsmodalitäten auf so lange Zeit hinaus zu fixiren. In dem 3. Räumungsvertrag, welcher nun am 29. Juni zu Versailles zwischen dem Präsidenten und dem deutschen Botschafter abgeschlossen wurde, verpflichtete sich Frankreich, die noch fälligen Milliarden an folgenden Terminen abzutragen:

- a) $\frac{1}{2}$ Milliarde 2 Monate nach Austausch der Modificationen,
- b) $\frac{1}{2}$ „ am 1. Februar 1873,
- c) 1 „ am 1. März 1874,
- d) 1 „ am 1. März 1875.

Der ratenweisen Zahlung an den Terminen a, c und d sollte die Räumung von je 2 Departements folgen (Art. 3) und Frankreich eventuell berechtigt sein (Art. 4), an die Stelle der Ter-

itorialgarantie solche finanzielle Bürgschaften treten zu lassen, welche deutscherseits als ausreichend anerkannt würden. Endlich war Frankreich befugt, die letzten 3 Raten in Beträgen von mindestens 100 Millionen oder vollständig vor Ablauf der betreffenden Fristen abzutragen, ein Vorbehalt, von dem bekanntlich später Gebrauch gemacht wurde. Die Convention rückte also den Zahlungstermin für die letzte Milliarde um ein volles Jahr hinaus, während in der Zulassung von Bürgschaften nur bedingungsweise ein Zugeständniss lag. Auch war man in Frankreich, namentlich in der Nationalversammlung keineswegs erbaut von diesem Abkommen. Hatte man sich doch der Hoffnung hingegeben, die vollständige Räumung werde nun sofort und zwar lediglich auf Grund finanzieller Garantien erfolgen. Allerdings lag in solchem Verlangen eine einigermaassen auffällige Verkennung der Situation; denn Deutschland konnte sich, ehe nicht die Anleihe gesichert war, unmöglich aller territorialen Sicherheiten entkleiden und hatte auch kein Interesse an einer Beschleunigung der Zahlung. Ja, das raschere Einströmen grosser Summen, für die nicht immer gleich eine geeignete Verwendung gefunden werden konnte, war so wie so geeignet, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus Bedenken zu erregen. Der Abschluss des Abkommens war also nur ein erneuter Ausdruck der diesseitigen aufrichtigen Friedenspolitik, unterstützt von dem Wunsche dem Nachbarlande in seinen finanziellen Arrangements nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Die 3. Milliarden-Anleihe.

Die letzte grosse Anleihe wurde nun sofort in Angriff genommen. Man sah auch diesmal von der directen Vermittlung der Banquiers ab;¹⁾ nur war, um doch ganz sicher zu gehen, mit einem Pariser Consortium ein Arrangement getroffen, wonach die 3te (letzte) Milliarde garantirt wurde. Schon vor der Emission

1) H. v. Goulard huldigte dem bekannten Grundsatz: Les banquiers sont comme les dentistes; il ne faut pas s'en faire des ennemis, qui sait si demain on en n'aura pas besoin. Die 55 Bankhäuser verpflichteten sich bis zum 1. November 1872 dem Staatsschatz 700 Millionen in Wechseln zu übergeben. Mit den 500 Mill., welche der Minister schon vor der Anleihe im Portefeuille hatte, bildeten diese 700 Mill. also genau die Summe von 1200 Mill., deren man bis Ende November bedurfte.

hatte sich das Gerücht einer wahrscheinlich auffallenden Ueberzeichnung verbreitet. In der Anleihe-Debatte vom 16. Juli beantragte daher ein Mitglied der Commission, Herr Germain, das Benefiz der Irreductibilität für alle Voll-Einzahlungen einzuführen. „Dies wäre eine Aufmunterung für die soliden Elemente der Bevölkerung und eine Belohnung der echten achtungswerthen Sparsamkeit.“ Die gleiche Begünstigung wurde von anderer Seite für die in Metall geleisteten Einzahlungen gefordert. Die Regierung wies beide Anträge zurück, den letzteren in gerechter Würdigung der unzweifelhaft daraus resultirenden Goldhausse und Metallkrisis, den ersteren aber ohne Angabe triftiger Gründe. Das eigentliche Motiv aber war: dass man die hohe Ueberzeichnung wollte. Die noch aus dem Kaiserreich stammende Idee, mit der Subscription eine Art Vertrauensvotum zu verbinden, hatte auch für die jetzige Regierung zu viel Verlockendes, als dass die wirthschaftlichen Nachtheile gehörige Würdigung gefunden hätten. Gleichzeitig traf man alle Maassregeln, welche nur irgendwie geeignet waren, das Publikum anzulocken. Die Bank wurde aufs Neue zur Erweiterung ihres Notenumlaufs bis zu 3200 Mill. ermächtigt; die Münze von Paris schlug täglich 100,000, die in Bordeaux 90,000 Einfrankstücke. Es sollte noch vor der Auflage der Listen möglichst viel Silber in den Verkehr gestossen werden, um den kleinen Zeichnern Vertrauen einzuflössen; denn die Landbevölkerung, für welche diese Maassregel hauptsächlich berechnet war, wird leicht ängstlich, wenn das Metall im Verkehr seltener wird.

Das Gesetz vom 15. Juli ermächtigte den Finanzminister¹⁾ zur Ausgabe 5procentiger Renten bis zur Höhe der erforderlichen Ausgaben für die Contribution, die Rückstände aus dem letzten Fiscaljahr und die Kosten der Anleihe. Die Bedingungen betreffs der Baareinzahlung und der Nachtragsraten waren in derselben Weise geregelt wie bei der letzten Anleihe. Die Subscription fand am 28. und 29. Juli statt. Emissionscurs 84,50. Der Staat zog 3,498,744,000 Fr. ein, welche sich nach Abzug der Kosten auf 3,414,005,295 reducirten. Zinsfuss des Nettoertrags 6,06 pCt.; der

1) Annuaire de l'écon. polit. p. Block 1871—72. L'emprunt des 3 milliards p. V. Bonnet 1872. Le payement de l'indemnité prussienne von demselben.

Erfolg der Anleihe ist bekannt. Statt der geforderten $3\frac{1}{2}$ Milliarden wurden über 41 angeboten. Dies beträgt an Renten 2464 Mill. Im Inland waren 1,037 Mill. Rente gezeichnet, (Paris: 790,886,000, die Departements: 246,460,000) im Ausland 1,426 Mill. Rente (an Capital in Deutschland $4\frac{1}{2}$, in England 5, in Belgien $7\frac{1}{2}$ Milliarden).

Das über Erwarten glückliche Gelingen dieser Operation wurde in der französischen Tagespresse mit maasslosem Jubel begrüsst und als ein „ungeheurer politischer Erfolg,“ als ein finanzwirthschaftlicher Triumph dargestellt. In der That, an Quantität liessen die Zeichnungen nichts zu wünschen übrig, desto mehr an Qualität, und wer sich die Mühe gab, den „Erfolg“ einmal zu analysiren, musste vielmehr zu dem Schluss gelangen, dass diese Anleihe-Operation die ungünstigste, d. h. kostspieligste war von allen jemals in Frankreich unternommenen.¹⁾

Zunächst ist es selbstverständlich, dass die offerirten 41 Mill. weder disponibel waren, noch dass die Zeichner die Absicht gehabt hatten, sich für die eingeschriebenen Summen zu verpflichten. Wenn auch diesmal durch die grössere Verbreitung der Zeichnungsstellen, die sich fast über die ganze Welt ausdehnten,²⁾ die Capitalien eines grösseren Publikums angezogen wurden, so stand doch der wirkliche Baarvorrath mit der Ziffer der Zeichnungen in keinem auch nur annähernd gesundem Verhältniss. Das Ganze war nichts weiter als eine Speculation im grossartigsten Maassstabe, gewachsen auf demselben Boden, der die Ueberzeichnungen früherer Jahre hervortrieb, nur dass dieser seitdem mehr mit dem Schwindelgeist der Zeit getränkt war. Anstatt nun, wie es richtig gewesen wäre, die Speculation nach Kräften auszuschliessen, hatte die Regierung ihr im Gegentheil Thür und Thor geöffnet, indem sie den grossen Bankhäusern und fremden Capitalisten gestattete, ihre Zahlungen in beliebigen Werthpapieren zu leisten. Abgesehen von der Ungerechtigkeit einer solchen Begünstigung gegenüber den wirklich patriotischen kleinen Capitalisten enthält diese Bestimmung auch noch einen wirthschaftlichen Fehler. War es zweckmässig, sich mit ausländischen Valuten zu begnügen, wo es sich doch darum

1) Die Kosten derselben verhalten sich z. B. zu der während des Krieges aufgelegten 750 Millionen-Anleihe wie 15 : 7,5.

2) Bombay z. B. zeichnete 22 Mill.

handelte, baares Geld oder dem an Werth gleichstehende kurze Wechsel (d. h. vertragsmässige Zahlungsmittel) einzuziehen? Die natürliche Folge war ein neuer mit Courtagekosten verbundener Umtausch. War es ferner billig, von den französischen Subscribenten eine Cautio (4½ Fr. für 5 Fr. Rente) zu verlangen, während der ausländische Banquier mit seiner einfachen Unterschrift garantierte? Auf diese Weise haben Coulissiers, die nicht für 1000 Fr. „gut“ waren, Millionen unterzeichnet und die soliden Capitalbesitzer, in Folge der nun nothwendig eintretenden Repartition, oft nur 10 pCt. ihres Angebots erhalten. Während man dort eine Unterschrift von sehr zweifelhaftem Werth als Zahlung annahm, zahlte man hier auf 100 baar eingelegte Franken 90 wieder zurück. Einen reelleren Zeichner aber kann der Staat doch nicht finden, als den, der sein Geld baar auf den Zeichnungstisch wirft. Nach der Art, wie die Begünstigung der ausländischen Unterschriften, — namentlich in Belgien, wo die stärkste Betheiligung stattfand, — missbraucht worden ist, darf man sich nur wundern, — dass die Anleihe nicht 200mal gedeckt wurde.¹⁾

Die erste Folge dieser Missgriffe war nun ein höchst schwieriges Unterbringen der Rententitel, welche sich zunächst fast ausschliesslich in den Händen der mit Tratten operirenden Speculanten befanden und erst mit einer Prämie von 3—4 pCt. auf den Markt gebracht wurden. Die wirklichen Capitalisten, welche von Rechtswegen ihr Capital zum Emissionscours hätten anlegen dürfen, welche

1) Das Verfahren war höchst einfach durch Benutzung des berüchtigten Reitwechsel-Systems: A. in Rotterdam z. B. zog für einige Millionen auf den Correspondenten B. in Brüssel, dieser auf C. in Lüttich und C. wieder auf A. Die Tratten wurden an den Zeichnungsbureaus an Zahlungstatt angenommen, und die Speculanten verkauften nun das Ergebniss ihrer Zeichnungen an der Börse. Das Geschäft erforderte keinen Centime Capital und war von der vollkommensten Sicherheit, weil, wie auch die Reduction ausfallen mochte, der Verkauf der Zeichnungen immerhin einen mehr oder weniger bedeutenden Gewinn abwerfen musste.

Ein anderer speculativer Kunstgriff war folgender: Die Regierung hatte den Pariser Banquiers 1/8 0/0 Commission für den Betrag ihrer Zeichnungen zugesichert, während den ausländischen Häusern 1/2 0/0 vergütet wurde. Nun schickten die ersteren ihre Subscriptions-Anmeldungen nach Brüssel, Berlin etc., um der höheren Commissions-Gehühr theilhaftig zu werden. Die Kosten für die Staatskasse wurden dadurch erheblich gesteigert.

aber durch die Reduction nur $\frac{1}{10}$ angebracht hatten, mussten, wenn sie überhaupt noch als Käufer auftreten wollten, sich nun entschliessen, diese Prämie zu bezahlen. Es floss also ein grosser Theil der Ersparnisse des Landes (ungefähr 3—400 Mill.) in die Taschen der Speculanten, welche oft gar kein Capital besaßen und jedenfalls nie die Absicht gehabt hatten, ein ernsthaftes Placement zu machen. So wurde aus einem Staatspapier, das mit seinem hohen Zinsfuss immerhin als gute Capitalsanlage für den kleinen Sparer gelten konnte, ein Speculationspapier erster Classe, und der Staat hatte nicht nur keinen Vortheil davon, sondern er lief sogar Gefahr, das ganze Unternehmen scheitern zu sehen.

Diese letztere Behauptung hat vielleicht auf den ersten Blick etwas Befremdliches. Man wird mir entgegenhalten, dass, wenn auch die Ueberzeichnung von 41—43 Milliarden ein Humbug war, doch nach genauer Sichtung wohl 5—6 Milliarden disponiblen Capitals angeboten wurden, dass mithin die Anleihe doch wenigstens 1—2mal gedeckt sein musste. Dennoch wird man sich überzeugen können, dass die Anleihe, selbst wenn die 5—6 Milliarden Baarcapitals vorhanden sind, überhaupt noch gar nicht gedeckt ist, denn die Repartition trifft ja alle Zeichnungen gleichmässig, die reellen so gut wie die schwindelhaften.

Vergegenwärtigen wir uns einmal den Gang einer solchen Repartition. Der Staat verlangt eine gewisse Summe. Der 10fache Betrag wird gezeichnet; $\frac{2}{10}$ der Einzahlungen werden gestrichen und jeder Partner ist mit $\frac{1}{10}$ seiner Offerte betheiligt. Wäre dieses $\frac{1}{10}$ bei Allen in Capital gedeckt, so wäre das Unternehmen gesichert und kein Partner benachtheiligt. Während nun aber dem kleinen Capitalisten, der beispielsweise 1000 Fr. anlegen wollte, also 145 Fr. baar deponirte, 130 Fr. wieder zurückgegeben werden, figurirt der grosse Speculant, der 100 Mill. nominal zeichnete, — und für dessen Anzahlung von $14\frac{1}{2}$ Mill. die blosse Unterschrift genügte, — selbst nach der Reduction noch mit 1,500,000 Fr. auf der Liste, eine Summe, welche er nun gehalten ist baar zu entrichten, die er aber gar nicht besitzt. Die Anleihe, welche 10fach überzeichnet war, ist also selbst nach der Reduction noch gar nicht durch Baarfonds gedeckt. Sie wird es erst, wenn die Rententitel placirt d. h. aus den Händen der Speculanten in den Besitz der Capitalisten übergegangen sind,

derselben, welche kurz vorher ihr gutes Geld für das gleiche Papier nicht anbringen konnten. Diese Transaction erfordert Zeit; sie bringt dem Staat zwar keine Verlegenheiten, desto mehr aber dem Geldmarkt; denn es fragt sich nun doch noch sehr, ob jene Capitalbesitzer die Rente zu einem wesentlich höheren Curse noch zu kaufen gesonnen sind. Nach der Anleihe von 1872 ist das Placiren des Papiers auch erst definitiv gelungen, als der Curs, den die Speculation auf 96 getrieben, wieder auf 86 gefallen war.

Ich habe bereits oben darauf hingewiesen, dass in Fällen, wie der vorliegende, jede Baarzahlung das Vorrecht der vollen Gültigkeit geniessen sollte, möchte aber hier noch eines anderen Verfahrens Erwähnung thun, welches durch den Municipalrath Rondelet vorgeschlagen wurde, als die Stadt Paris im Herbst 1871 eine Anleihe contrahirte. Nach demselben sollte nämlich eine freie unbeschränkte Zeichnung stattfinden, wobei jeder Subscribent denjenigen Curs anzugeben berechtigt war, zu welchem er sein Geld anbot. Natürlich garantirte er den ganzen Betrag, sodass er nicht mehr zeichnen konnte, als er wirklich zahlen wollte. Je grösser der Credit des Borgenden war, desto näher musste der von den Zeichnern festgesetzte Curs an den Emissionscurs d. h. an denjenigen Curs heranrücken, zu welchem das Papier abgegeben werden sollte, bis er ihn schliesslich um 1—2 pCt. überstieg. Diese Zeichnungen wurden nun acceptirt und der Gewinn an ein Consortium verkauft, welches die Deckung der Anleihe zu dem vom Schuldner festgesetzten Emissionscurs übernahm und sich seinerseits mit den Zeichnungen bezahlt machte. Eine hohe Ueberzeichnung ist hier nicht zu erwarten, weil das Verfahren dem Subscribenten nur eine Capitalsanlage und keine Prämie gewährt. Die Reduction wird also nur eine geringe sein und die Speculation kann erst Platz greifen, wenn die Banquiers nun ihrerseits das Papier auf den Markt werfen.

Dieses System ist gewissermaassen eine Verbindung der Banquiers-Anleihe mit der Nationalsubscription und nur dann anwendbar, wenn der Erfolg durch die politische Lage ausser Frage gestellt ist. In diesem Fall aber bietet es für alle 3 Parteien wesentliche Vortheile. Der Borgende (Staat oder Commune) erhält das Geld zum Emissionscurs ohne Abzug der Provisionen,

der vermittelnde Banquier die Prämie, und der solide Capitalist eine Rente, die er selbst bestimmte. —

• Wenn durch die bei der Emission begangenen Missgriffe, welche sich alle auf das tadelnswerthe Verlangen nach einer hohen Uebersparnisse den auswärtigen Speculanten geopfert wurde, so sind doch andererseits viele Fehler im Verlauf der Zeit wieder ausgeglichen. Das zinsendurstige Capital, welches bei der Anleihe keine Berücksichtigung gefunden, strebte naturgemäss auf den Geldmarkt zurück; das Ausland verkaufte den grössten Theil seiner Zeichnungen, — freilich mit erheblichem Gewinn, — an die französischen Capitalisten und die Zinszahlung wurde mithin in's Land zurückgeleitet. Es hat sich sogar als unbestreitbare Thatsache herausgestellt, — was selbst französische Optimisten nicht für möglich gehalten haben, — dass die Rente jetzt (1874) fast ausschliesslich in Frankreich untergebracht ist, dass also dieses Land im Stande gewesen wäre, die 5 Milliarden, die ganze Vermehrung der Staatsschuld, eben so gut in sich selbst aufzunehmen, wie England dies zu Anfang des Jahrhunderts vermochte und Amerika noch letztthin zu Wege brachte. Ehe ich auf diesem Punkt, d. h. die eigentliche Liquidation der Kriegskostenzahlung des Näheren eingehe, will ich noch die letzte Zahlungsconvention und die daraus entspringenden Abänderungen wenigstens in Kürze hier einfügen.

Es war natürlich, dass die allmähliche Erstarkung der finanziellen Kräfte in Frankreich eine Hebung des nationalen Selbstgefühls zur Folge hatte, und dieses drängte sachgemäss zu dem Wunsche, die im letzten Vertrage ausgedehnten Zahltermine nun wieder zusammenzuziehen um den heimathlichen Boden so schnell als möglich von der fremden Occupation befreit zu sehen. Die Verhandlungen darüber begannen schon im Februar, wurden aber auf beiden Seiten so geheim betrieben, dass der Abschluss der neuen und nunmehr letzten Convention (vom 15. März 1873) ziemlich überraschend wirkte. Nach derselben sollte die eigentlich am 1. Mai 1874 fällige Halbmilliarde bis zum 10. Mai 1873 die 5te Milliarde anstatt im Mai 1875 in 5 Termine vom 5. Juni — 5. September des laufenden Jahres entrichtet werden. Die Abwicklung der ganzen Zahlungsoperation endete somit 1½ Jahre früher als es bestimmt gewesen war. Frankreich ist diesen Verpflichtungen nach-

gekommen und am 19. September hat der „letzte deutsche Soldat“ den französischen Boden verlassen. Dass der Vertrag deutscherseits hauptsächlich als ein Ausdruck des Vertrauens anzusehen war, einer Regierung gegenüber, deren Bestreben thatsächlich auf die Befestigung innerer Zustände und auf die loyale Erfüllung ihrer Verpflichtungen gerichtet war, ist allgemein anerkannt worden; ebenso dass derselbe bei allen Frankreichs gewährten Vergünstigungen die deutschen Interessen mit aller der Vorsicht wahrte, welche die früheren Conventionen auszeichnete. Wenn dagegen in volkswirtschaftlichen Kreisen die Streitfrage aufgetaucht ist, ob eine beschleunigte Abtragung der letzten Raten vom wirthschaftlichen Standpunkt aus den deutschen Interessen entsprach, wenn sich die Kritik Bambergers, der schon damals gleich nach Abschluss der Convention von der Rednerbühne aus gegen die Maassnahmen der Regierung auftrat, sogar zu dem Satze zuspitzen konnte, dass sich „ein solcher Fehler rächen müsse, mehr am Gläubiger als am Schuldner,“ so liegt ein Eingehen auf die in Deutschland zu Tage getretenen Wirkungen zunächst ausserhalb der Grenzen dieser Abhandlung. Es kann aber von einer solchen Untersuchung jetzt um so mehr Abstand genommen werden, als diese Frage erst neuerdings durch Herrn Prof. Ad. Wagner in der Fortsetzung seiner Abhandlung über das Reichsfinanzwesen eingehend und erschöpfend behandelt ist. Obwohl sich die Erörterungen dieses hervorragenden Fachgelehrten im Grossen und Ganzen den Auffassungen Bambergers, Soetbeers und Fauchers anschliessen, so stellt sich doch sein Endurtheil über die Wirkungen der Contribution bei weitem günstiger, als dies bei seinen Vorgängern der Fall war. Dasselbe gründet sich vorzugsweise auf den bisher vernachlässigten Gesichtspunkt, dass durch das Unterbleiben der Besteuerung keine für die arbeitenden Klassen nachtheilige Veränderung in der Vertheilung des National Einkommens eintrat, dass vielmehr, wo eine Verschiebung des Vermögens stattfand, sich diese als eine für das Gesamtwohl der Bevölkerung überwiegend günstige herausstellte. Wenn im Publikum die Wirkung der Kriegskostenzahlung mit den Folgen einer von jeher bestehenden und sich stetig und graduell vollziehenden Lohn- und Preissteigerung vielfach verwechselt wurde, so darf uns das um so weniger Wunder nehmen, als jene Transaction in die Zeit des krankhaften

Speculationsfiebers fiel. Selbst den Einsichtigeren musste erst durch Thatsachen bewiesen werden, dass das Einströmen des französischen Goldes noch keineswegs gleichbedeutend mit einem eigentlichen Vermögenszuwachs sei, und dass sogar die effective Vermehrung realer Werthe zu den Ziffern der Speculation in keinem auch nur annähernd gesundem Verhältniss stehe. Während so in der deutschen Handelswelt eine Reihe verhängnissvoller Irrthümer in empfindlicher Weise berichtigt werden mussten, hat sich das zahlende Nachbarland seinen Verpflichtungen mit scheinbarer Leichtigkeit entledigt. Es drängt sich uns natürlich dabei die naheliegende Frage auf:

2. Mit welchen Mitteln hat sich die eigentliche Liquidation der Contribution in Frankreich vollzogen und in wie weit war es möglich, andere Werthe an die Stelle des Edelmetalls treten zu lassen?

Obwohl die französische Nation noch inmitten der Abwicklung dieser grossartigen Operationen steht, bieten sich einer solchen Untersuchung doch schon genügende Anhaltspunkte, um mit ziemlicher Sicherheit erkennen zu lassen, dass die effectiven Hilfsmittel d. h. die realen Werthe, welche nunmehr an die Stelle des Credits treten müssen, aus 3 Quellen geschöpft wurden resp. werden: nämlich aus

- 1) dem bestehenden Baarvorrath an Edelmetall,
- 2) den Guthaben und Forderungen an das Ausland,
- 3) dem vermehrten Waaren-Export.

Mit anderen Worten: Frankreich bezahlte mit seinem Geld, mit Wechseln und ausländischen Papieren, und mit eignen Erzeugnissen.

ad 1. Es ist bekannt, dass vor dem Kriege fast ausschliesslich Edelmetall circulirte. Banknoten kamen eigentlich nur im geschäftlichen Verkehr vor. Die Vorliebe der Bevölkerung, besonders der ländlichen, für metallische Circulationsmittel, deren Betrag den zur Sicherung der Währung erforderlichen Baarfonds weit überstieg, hatte seit langer Zeit die Anlage zahlreicher disponibler Geldvorräthe, der sogenannten hoards oder Geldhorte,¹⁾ vorbereitet. Diese zahlreichen Separatreserven, welche in Ländern mit ausgebildeterem Bankwesen, namentlich mit Depositen- und

1) Die Lehre von den Geldsorten ist eingehend von Wagner besprochen in dessen „Geld- und Credit-Theorie der Peel'schen Banknote“ S. 97.

Chek-System, dem Metallreservoir der grossen Creditinstitute zufließen, waren in den Departements in unzähligen Bruchtheilen, hie und da sogar in Folge ererbter Gewohnheit zu namhaften Beträgen angesammelt und blieben nicht nur der Production, sondern auch der Circulation entzogen. Fullarton¹⁾ hat bereits darauf hingewiesen, dass „die fortwährend in den Händen des französischen Bauernstandes vorhandenen Geldschätze, die sich mitunter von alten Zeiten herschreiben, über jeden Betrag hinausgehen, den man für möglich halten sollte.“ Leroy-Beaulieu hat ihn neuerdings auf 2 Milliarden Fr. geschätzt.²⁾ Gewiss ist, dass gleich nach dem Kriege, als Ruhe und Ordnung im Verkehrswesen eintraten, und die Stabilität im Course des Papiergeldes das Vertrauen zu diesem Geldsurrogat immer mehr befestigte, grosse Summen Edelmetalls wieder zum Vorschein kamen, welche bei Ausbruch der Feindseligkeiten verschwunden (vielfach versteckt und vergraben) waren. Selbst die Landbevölkerung entlegener Departements, theilweise durch das Gefühl des Patriotismus angeregt, mehr aber noch angelockt durch die Vortheile eines hohen Zinsfusses fühlte sich nun bewogen, mit ihren Baarvorräthen herauszurücken, und in dem Maasse, wie sich das Papiergeld im Handel und Kleinverkehr festsetzte, verschwand die Neigung zum Thesauriren mehr und mehr. So wurde durch die Einführung der Papiervaluta ein bisher unberührt gebliebener, durch die Sparsamkeit früherer Generationen geschaffener Credit ausgenutzt und ein beträchtlicher Theil des bisher circulirenden oder gar stagnirenden Edelmetalls abgeführt.

Ueber die Höhe dieses Goldabflusses wie überhaupt über das Verhältniss der zur Verwendung gelangten Zahlungsmittel zu einander liess sich noch bis vor wenigen Wochen nichts Sicheres feststellen. Auch jetzt ist ein amtlicher Ausweis noch von keiner der theiligten Regierungen der Oeffentlichkeit übergeben worden; dagegen enthält der Namens der Budget-Commission im October d. J. der Regierung überreichte Bericht des ehemaligen Finanzministers

1) On the regulation of Currencies. London 1844. Pag 71—74.

2) Nach Tooke's Ansicht könnte auch England unter rein metallischem Geldwesen Edelmetalle im Werth von 5—600 Mill. Liv. St. empfangen und versenden, ohne dass dadurch die Menge und der Werth der Circulationsmittel verändert würde. (Inquiry into the Currency Principle.)

Herrn Leon Say eine unzweifelhaft auf officiellen Angaben basirende Zusammenstellung der Zahlungsmittel.

Darnach ist die Abtragung der 5 Milliarden in folgender Weise erfolgt:

	Nach der 2 Mil- liarden-Anleihe.	Nach der 3 Mil- liarden-Anleihe.	S u m m e.
	Frs. Cts.	Frs. Cts.	Frs. Cts.
Franz. Bankbillets	125,000,000. —	— —	125,000,000. —
Franz. Gold	109,001,502. 85	164,001,555. 25	273,003 058. 10
„ Silber	63,016,695. —	176,275 180. 75	239,291,875. 75
Deutsches Geld	62,554,115. 93	42,485 029. 25	105,039,145. 18
Thaler	312,650 509. 01	2,172,663,212. 03	2,485,313,721. 04
Gulden sd. W.	25,816,752. 37	209,311,400. 42	235,128,152. 79
Mark Banko	116,575,592. 13	148,641,398. 27	265,216,990. 40
Reichsmark	— —	79,072,309. 89	79,072 309. 89
Holl. Gulden	250,540,821. 46	— —	250,540 821. 46
Belgische Frs.	174,004,546. 40	148,700,000. —	295,704,546. 40
Liv. St.	624,699 832. 28	12,650,000. —	637,349,832. 28
	1,836,860,367. 43	3,153,800,085. 86	4,990,660 453. 29

Man kann nun sämmtliche Arten von Zahlungsmitteln in 3 Kategorien theilen, nämlich in: Naturalabgaben oder Compensationen, Metall- und Banknoten und Wechsel. Zur ersten Gruppe würden die 325 Mill. zu rechnen sein, welche die vorstehende Tabelle nicht aufführt, und die Frankreich vertragsmässig bei der ersten Ratenzahlung für die Abtretung der Elsass-Lothringer Eisenbahnen in Abrechnung bringen durfte. Die zweite Kategorie umfasst die 125 Mill. französischer Banknoten, 62 Mill. deutsches Geld und 512 Mill. französisches Edelmetall. Die weitaus wichtigste Rolle aber fällt den Wechseln zu, welche wir mit der Summe von 4248 Mill. vertreten sehen. An das Verhältniss dieser 3 Gruppen zu einander lassen sich höchst interessante Beobachtungen knüpfen; ja diese Ziffern geben uns eigentlich erst jetzt den Schlüssel zu dem überraschend günstigen Erfolg der ganzen Operation.

Wenden wir uns zunächst zu der zweiten Kategorie, zu den eigentlichen Baarzahlungen. Von den 105 Mill. deutscher Münzen und Banknoten, welche durch die deutschen Truppen während der Occupation umgesetzt waren, hat der französische Staatsschatz gleich anfangs bei der ersten Rate 34 Mill. nach Deutschland zurückge-

schickt. Es war natürlich, dass die Bevölkerung, welche namentlich gegen die ausländischen papiernen Werthzeichen misstrauisch war, sich dieser Umlaufszettel so schnell als möglich zu entledigen suchte. Die öffentlichen Cassen zogen dieselben an, führten sie an den Staatsschatz ab, und dieser seinerseits sandte sie nach Strassburg, wo sie an die deutschen Beamten abgeliefert wurden. Unter den ersten 2 Milliarden befanden sich 62,5 Mill., unter den letzten 342,5 Mill. deutsches Geld.

Die Betheiligung des französischen Edelmetalls namentlich des Goldes erweist sich nunmehr als viel geringer, wie man bisher anzunehmen pflegte. Der „französische Goldstrom“ führte der Reichscasse nur 273 Mill. zu, und da von dieser Summe 150 Mill. erst später seitens der Bank von Frankreich (auf Grund der Convention vom Mai 1873) dem Staatsschatz vorgestreckt, also überhaupt erst mit der Zahlung der letzten Milliarde nach Deutschland abgeflossen sind, so reducirt sich der Betrag des in den Jahren 1871 und 1872 von der französischen Regierung theils aufgebracht, theils den Cassen entnommenen und an die Reichscasse abgelieferten Goldes auf 123 Mill.

Je geringer aber die Summe war, welche der Reichsregierung auf diesem Wege zuing, desto grösser mussten die Ankäufe ausfallen, welche die letztere nun auf eigene Rechnung betrieb, um das zur Ausmünzung erforderliche Metall anzusammeln. In der That wissen wir aus der Denkschrift des Reichskanzler-Amtes, dass bis zum 15. April 1873 245 Mill. Zwanzigfrankstücke und 329 Mill. französisches Gold nach Gewicht in England und Deutschland aufgekauft waren. Ferner weisen die Berichte der Bank von England nach, dass sich dort in den Jahren 1870—1873 197 Mill. Zwanzigfrankstücke befanden, von denen allerdings die deutscherseits dort gekauften 42 Mill. in Abzug zu bringen sind. Man wird demnach nicht fehlgreifen, wenn man die Verringerung des französischen Gold-Stocks auf etwa 1 Milliarde veranschlagt; d. h. auf ein $\frac{1}{6}$ des gesammten metallischen Baarvorraths, den Wolowski in der Sitzung vom 4. Februar d. J. auf circa 6 Milliarden Fr. schätzte.¹⁾

1) In der Periode von 1848—1871 sind in Frankreich 6,740,237,260 Frs. in Gold ausgeprägt worden, in demselben Zeitraum in England, den Vereinigten Staaten und Australien, den grossen Ländern der Goldwährung, zusammen nur

Der Uebergang zur Goldwährung musste andererseits den Preis Silbers herabdrücken; dies hatte zur Wirkung, dass grössere Massen dieses Metalls nach Frankreich zurückflossen und die Zollstatistik sogar eine Mehreinfuhr von 300 Mill. für die letzten 3 Jahre nachweist. Unter diesen Verhältnissen war es sogar vortheilhaft, deutsches Silber in Barren zu beziehen und eigens zum Zweck der Contributionszahlung in Frankreich ausprägen zu lassen. Denn die Fünffrankenstücke waren, obwohl für Deutschland in dieser Form von zweifelhaftem Werth, doch ausdrücklich als zulässiges Zahlungsmittel anerkannt. So kam es, dass Hamburg mit 93 Mill. bei den 239 Mill. betheiligt war, welche die französische Regierung an Deutschland abführte, und die Nachfrage nach Silber an diesem Platz sogar periodische Verlegenheiten hervorrief. Denn was die französische Finanzverwaltung im Interesse des Staats für zweckmässig fand, wurde nun auch von der Speculation ausgebeutet, welche zu gleichem Zwecke für 57 Mill. Silber in Hamburg aufnahm und der französischen Regierung mit Gewinn wieder verkaufte.

Wenn wir den Abfluss des Goldes mit 1000 Mill., das Zurückströmen des Silbers mit 300 Mill. in Rechnung bringen dürfen, so ergibt sich daraus eine Verringerung des metallischen Bestandes um circa 700 Mill. Diese Annahme gewinnt an Wahrscheinlichkeit durch die Bestätigung, welche sie in der entsprechenden Zunahme des Notenumlaufs findet. Im Juni 1870 bildeten die Noten bei der Bank ein Supplement von 64 Mill. zum Baarvorrath; im September 1873 war diese Ziffer auf 1,179 angewachsen. Da eine Entwerthung des Papiers nicht eingetreten ist und man daher die Summe der Circulationsmittel als eine ziemlich ständige annehmen darf, so würde die Vermehrung des Notenumlaufs um circa 1100 Mill. auf eine entsprechende Abnahme des Metallvorraths schliessen lassen. Dieses Ergebniss scheint nun mit der obigen Berechnung, welche nur zu 700 Mill. führte, im Widerspruch zu stehen. Wir dürfen aber nicht ausser Acht lassen, dass die Noten nur das circulirende Metall, nicht das unbenutzt liegende

8,449,550,000. Während nun in den letzteren Staaten die Bevölkerung in den 24 Jahren des genannten Zeitabschnitts um 23 Mill. zunahm, in Frankreich aber ziemlich constant blieb, und die Einwohnerzahl hier nur 33% der übrigen betrug, kamen von sämmtlichen Neuprägungen 44% allein auf den Antheil Frankreichs.

ersetzen und bei der bekannten Vorliebe der Franzosen für das Thesauriren, können wir demnach wohl mit einiger Sicherheit annehmen, dass von jenen 1100 Mill. 700 in gemünztem Geld exportirt, 400 aber durch Anlage von Geldhorten dem geschäftlichen Verkehr entzogen sind. •

Ich gehe nun zur dritten wichtigsten Gruppe über, zu den Wechseln, welche, wie wir gesehen haben, mit der Summe von 4248 Mill. in der Contributionszahlung figuriren. Dieses Zahlungsmittel repräsentirte die Forderungen und Guthaben im Auslande. Jeder Wechsel musste demnach einem Quantum Ausfuhrartikel — gleichviel ob Waare, Edelmetall oder Werthpapier, — entsprechen, welches die anderen Staaten von Frankreich bezogen hatten oder noch beziehen wollten. Hier drängt sich uns nun unwillkürlich eine ganze Reihe von Fragen auf: War Frankreich wirklich bis zu dieser Höhe Gläubiger des Auslandes? Oder waren die Wechsel nur auf ein in der Zukunft realisirbares Capital fundirt. Und welche Werthe waren es, die Frankreich dafür abtrat? waren die Producte der Industrie überwiegend oder die fremden Handelseffecten? Hätte man auf jede dieser Fragen eine ausgiebige Antwort, so wäre damit das ganze Räthsel gelöst und eine Operation erklärt, „welche,“ wie Say treffend bemerkt, „durch ihr Gelingen überhaupt erst einigermaassen wahrscheinlich geworden ist.“ Allein gerade die Schnelligkeit des Umsatzes, welche eine der Haupttriebfedern des ganzen Mechanismus ausmachte und die den Creditpapieren auf ihrer rastlosen Wanderung selbst im Portefeuille des Finanzministers nur eine kurze Ruhe gewährte, machte eine einigermaassen genaue Classification der Wechsel geradezu unmöglich. Selbst der Say'sche Bericht berührt diese Punkte nur oberflächlich. Früher war man allgemein geneigt, in der vermehrten Waarenausfuhr das Werthobject zu erblicken, das dem grösseren Theil der Wechselforderungen entsprach; neuerdings scheint man dem Verkauf ausländischer Handelseffecten die bedeutendere Rolle zuschreiben zu müssen. Ganz zuverlässige Daten werden sich darüber schwerlich ermitteln lassen. Was mir darüber zugänglich war, werde ich weiter unten einfügen. Gewiss ist, dass die französische Regierung über ein Portefeuille von 5,862,807,290 Fr. gebot und die Wechsel theils mit Rententiteln, theils mit Vorschüssen der Bank bezahlte.

Die Art und Weise, wie dieser Ankauf sich vollzog, hat den internationalen Geldmarkt bekanntlich in den letzten Monaten des Jahres 1872 im höchsten Grade ungünstig beeinflusst. Um sich zu den immer mehr zusammengedrängten Zahlungsterminen die erforderliche Menge Wechsel zu verschaffen, hatte die französische Regierung mit grösseren Bankinstituten, namentlich in England und Deutschland Conventionen abgeschlossen, welche die Zuführung dieser Zahlungsmittel zum Zweck hatten. Diese Häuser stellten Tratten in hohen Beträgen aus und erholten sich ihrerseits an den kleineren Wechseln, welche fast ausschliesslich auf persönlichem Credit beruhten, und für die ein, dem Nominalwerth entsprechendes, Deckungscapital nicht annähernd vorhanden war. Der Fälligkeitstermin dieser letzteren fiel nun theilweise früher, als Frankreich seine Deckungen machte; die zur Kündigung gelangten Summen aber wanderten jedesmal in die Hände der Reichsregierung und wurden somit den Börsen, welchen sie bisher für Prolongationszwecke zur Verfügung gestanden hatten, entzogen. Da der Staatsschatz aber die in Metall eingegangenen Contributionszahlungen mit Rücksicht auf den Währungswechsel zurückbehielt, so entstand nach der 2ten Anleihe wieder eine Geldknappheit, analog der des Vorjahrs, welche um so fühlbarer war, als der Speculationsgeist sich inzwischen aller Geschäftskreise bemächtigt und den Geldmarkt mit einer Fluth von neuen Creditpapieren überschwemmt hatte.

Fast schien es damals, als sei an Stelle Frankreichs, England bestimmt, die nachtheiligen Folgen des Krieges zu tragen, denn während die dortigen Creditverhältnisse von jeder Störung verschont blieben, — weil in Folge der grossen Anleihen und des erhöhten Steuerdrucks kein Capital für neue Unternehmungen (alias Gründungen) verfügbar blieb, — drückte die Geldnoth die englischen Verhältnisse in empfindlichster Weise, und trieb den Bankdisconto erst auf 6, später sogar auf 7 pCt. hinauf.¹⁾ Steigende Discontosätze in London pflegen aber in der Regel den Producten- und Waarenhandel aller mit England in Verbindung stehenden Länder

1) Besonders ungünstig wirkte dabei noch der Umstand, dass die französische Regierung in den Monaten vor der Anleihe fast alle damals disponiblen Mittel (ca. 500 Mill.) gegen Wechsel auf London umgetauscht hatte, eine Operation, welche geräuschlos und allmählich ohne die Mitwirkung von Bankhäusern vollzogen war.

zu beeinflussen, und dieser ist bekanntlich ein wichtiger Factor für die Bewegungen am europäischen Geld- und Effecten-Markt. So übertrug sich jene Calamität auch auf die deutschen Börsen, und nahm hier sehr bald die Form einer verhängnissvollen Handelskrisis an.

Kaum war die Nachricht von dem überraschenden Gelingen der zweiten Anleihe nach Deutschland gedrungen, so setzte sich sofort beim Publikum die Ansicht fest: diese 3 Milliarden kommen in den Verkehr, also Geldüberfluss — Kauflust — Hausse! Nur wenige bedachten, wie lange Zeit das Geld selbst im günstigsten Falle brauchte, um den Umwandlungsprocess in „Capital“ zu vollziehen. Ueberblickt man die lange Reihe der unumgänglichsten Transactionen: Kautionsstellung — Einzahlung in weit gestellten Terminen — Anschaffung von Wechseln, Umtausch derselben gegen die zulässigen Zahlungsmittel resp. in Gold zum Zweck der Neuprägung — Ausströmen der neuen Münze in die Verkehrsadern, dadurch Hebung des Credits, Vermehrung der Production, Capitalsansammlung — so wird die Voreiligkeit der Speculanten und Haussejäger, welche den Goldstrom direct in ihre Taschen zu leiten hofften, leicht ersichtlich. So traten denn an Stelle des ersehnten Goldüberflusses, in Deutschland nur die nachtheiligen Wirkungen einer krankhaften Ueberspeculation zu Tage, ja das Ungesunde der Lage wurde durch die grossartigen, von der französischen Regierung eingeleiteten, Wechselaufkäufe und die zeitweilige Entziehung der nothwendigen Circulationsmittel nur verschlimmert. Denn die in jener Zwischenperiode liegende Gefahr konnte nun wiederum nur durch neue Speculationen abgewendet werden. Dazu bot das berückigte gegenseitige Trassirungssystem die beste Gelegenheit. Da die Spannung überdies gerade gegen Jahresschluss eintrat, so suchten die Banken nach Kräften jeden Verkaufsandrang abzuwehren, weil sie davon eine „Verschlechterung der Jahresbilanz“ befürchteten, und die Speculanten ihrerseits boten Alles auf, das Spiel an der Börse durch Forcierung der Curse anzufeuern, um vor dem unvermeidlich scheinenden „Krach“ wenigstens noch einen möglichst hohen Gewinn einzuheimsen. Im betheiligten Publikum aber, — und wer war damals nicht betheiligte? — wurde die Täuschung möglichst hingehalten, man vertröstete sich von Monat zu Monat mit dem endlichen Einströmen des Goldes und der zu erwartenden

Hausse, während doch die meisten Effecten schon längst über dem Curs ihres reellen Werthes standen. Ich musste auf diese wenig erfreuliche Erscheinung im deutschen Volksleben, obwohl sie eigentlich ausserhalb des Bereiches dieser Abhandlung liegt, hier eingehen, weil es seither in gewissen Kreisen zum *mot d'ordre* geworden ist, die letzte Geldkrise auf die französische Contributionszahlung¹⁾ zurückzuführen. Alle jene Transactionen würden aber nur vorübergehende und in keinem Fall so vehemente Störungen hervorgerufen haben, hätte nicht die Ueberspeculation einen Kreislauf unklarer Werthe geschaffen und so den Nutzen einer langsamen soliden durch die Contributionszahlung wesentlich geförderten Capitalsansammlung durch vor-schnelle Unternehmungen antecipirt. —

Von allen diesen Nachtheilen nun blieb Frankreich bewahrt. Man muss im Gegentheil anerkennen, dass die in den grössten Dimensionen betriebenen Wechselankäufe mit seltener Umsicht seitens des Finanzministeriums geleitet wurden. Die grösste Schwierigkeit bestand darin, die Termine der Nachzahlungen auf die Anleihe mit denen der Ratenzahlungen nach Deutschland in Einklang zu bringen. Zu diesem Zweck mussten, um im entscheidenden Fall die Lücke zu füllen, in bestimmten Zeitabschnitten grössere Wechselbeträge angesammelt werden, und der französischen Regierung ist es dabei gelungen, die englischen Wechsel zum Durchschnittscurs von 25,49, die deutschen für 3,79 zu beschaffen. Auf diese Weise hat das Wechselportefeuille während der letzten 3 Jahre im Ganzen 120,000 Tratten der verschiedensten Gattung (von 1000 Fr. — 5 Mill. Fr.) beherbergt, welche einen Nominalwerth

1) Insofern die letztere die erste Veranlassung zu dem Wechselaufkauf war, ist sie es allerdings gewesen, welche die ersten Störungen des Geldmarktes hervorrief. Allein sie war es nur mittelbar. Man irrt sich, wenn man glaubt, dass die 3 Milliarden-Anleihe im Jahre 1872 allein oder auch nur vorwiegend den Geldmarkt in Anspruch genommen hat. Haben doch im Verlauf jenes Jahres die zu industriellen Zwecken gemachten Anleihen für sich allein 5,208,320,000 Frs. erhoben und die Staats- und Communal-Anleihen noch etwas mehr, nämlich 5,476,940,000 Frs. England und die Union entnahmen dem europäischen Geldreservoir lediglich zu Industrie-Zwecken gegen 2320 Milli-Frs. Man könnte also die Geldknappheit mit demselben Recht auf diese Operationen zurückführen, wie auf die 3 Milliarden-Anleihe, wäre überhaupt die Höhe der Summe in solchen Fällen maassgebend.

von 5,862,807,290 Fr. ausdrückten und deren Betrag mithin die geforderte Contribution noch um 1600 Mill. überstieg. (Diese 1600 Mill. dürften zur Bezahlung der Coupons der im Ausland gezeichneten Rente verwendet worden sein.) Allein nicht immer oder richtiger fast niemals war es möglich, die genügende Anzahl von Wechseln zu den vertragsmässigen Zahlungsterminen zu beschaffen; in diesen Fällen musste der Staatsschatz die fehlende Summe aus denjenigen Mitteln vorstrecken, welche ihm die Anleihen, die Bank von Frankreich und die schwebende Schuld, wenn auch meistens für andere Zwecke, an die Hand gaben. Nur in den Monaten September, October und November 1872 überstiegen die disponiblen Einnahmen die fälligen Zahlungen. Die folgende Tabelle, welche aus den Say'schen Angaben zusammengestellt ist, wird diesen Mechanismus veranschaulichen.

D a t u m.	Eingänge aus den Anleihen.	Davon für die Kriegscontrib. verwendet. (70 resp. 87 0/0.)	An Deutsch- land ge- zahlt.	Bestand des Wech- sel-Porte- feuille.	Zuschuss aus der allgem. Staatskasse.
------------	----------------------------------	---	--------------------------------------	--	---

I.

30. Sept. 1871	1,450 Mill.	1,015 Mill.	1,060 Mill.	90 Mill.	135 Mill.
31. Octob. „	1,585 „	1,109 „	—	247 „	198 „
30. Nov. „	1,654 „	1,157 „	—	305 „	208 „
31. Dec. „	1,750 „	1,225 „	—	320 „	155 „
31. Jan. 1872	1,829 „	1,280 „	1,221 „	444 „	385 „
28. Febr. „	1,873 „	1,311 „	1,379 „	344 „	412 „
31. März „	1,938 „	1,356 „	1,561 „	101 „	306 „

II.

30. Sept. 1872	1,381 Mill.	1,201 Mill.	506 Mill.	679 Mill.	16 Mill.
31. Oct. „	1,750 „	1,522 „	707 „	749 „	66 „
30. Nov. „	1,982 „	1,724 „	807 „	819 „	98 „
31. Dec. „	2,130 „	1,853 „	1,007 „	883 „	32 Mill.
21. Jan. 1873	2,365 „	2,07 „	1,150 „	932 „	25 „
28. Febr. „	2,463 „	2,143 „	1,350 „	828 „	35 „
31. März „	2,554 „	2,222 „	1,500 „	820 „	98 „
30. April „	2,642 „	2,298 „	1,750 „	772 „	300 „
20. Mai „	2,704 „	2,352 „	2,000 „	600 „	247 „
30. Juni „	2,804 „	2,352 „	2,250 „	—	—
31. Juli „	2,897 „	2,439 „	2,500 „	—	—
31. Aug. „	2,998 „	2,520 „	3,002 „	—	—

Ueber-
schuss.

Mit dem 20. Mai hörten, wie die Tabelle erweist, die Wechselankäufe auf. Zu dieser Zeit waren die Mittel zur Abtragung der letzten Milliarde, welche nach dem neuen Räumungsvertrag nunmehr in 4 Raten vom 5. Juni — 5. September erfolgen sollte, so gut wie gesichert. Das Wechselportefeuille enthielt 600 Mill., die noch fälligen Eingänge aus der Anleihe mussten bis zum 31. Mai 270 Mill. liefern; es blieben also nur noch 130 Mill. zu beschaffen, welche bekanntlich die Bank von Frankreich vorgestreckt hat. —

Auf welche Werthe die Wechsel lauteten, ist, wie gesagt, äusserst schwierig zu ermitteln. Wir waren oben zu dem Ergebniss gelangt, dass 700 Mill. Edelmetall das Land verlassen haben; davon sind circa 500 durch die Hände der französischen Regierung gegangen, es verbleiben demnach für den Handel nur noch 200 Mill. Ungleich grösser war die Betheiligung der fremden Handelseffecten. (Obligationen, Actienscheine, Rentenbriefe etc.), welche überhaupt in den letzten 25 Jahren zu einem der wichtigsten internationalen Handelsartikel geworden sind.

Es galt als erwiesen, dass vor dem Kriege die jährlichen Zinsen der in den Händen französischer Rentner befindlichen ausländischen Papiere 600—700 Mill. betrugen; ferner wurde der Aufwand der in Frankreich reisenden oder zeitweilig residirenden Fremden, welche ihr Einkommen von ausserhalb bezogen, auf 200—300 Mill. angeschlagen.

Demnach konnte Frankreich damals ohne nachtheilige Beeinflussung des Wechselcurses alljährlich ein Capital von nahezu 1 Milliarde in ausländischen Effecten anlegen oder zur Einfuhr von Gold verwenden. Diese Ersparnisse sind nun nach dem Kriege zum grossen Theil gegen deutsche Wechsel umgetauscht oder in französischen Renten angelegt. Ausserdem aber fand auch eine Veräusserung auswärtiger Effecten in grossartigem Maassstabe statt. Die nach dem Friedensschluss eingetretene Hausse bot dazu die günstigsten Bedingungen. Einzelne Papiere standen um 15—20, ja selbst 30 pCt. höher als im Jahre 1869.¹⁾ Selbst der Türkische Credit hatte damals, wie man sich erinnern wird, eine kurze Zeit

1) Stand der	ital. Rente.	6 0/0 Am. Bonds.	Oest. Obl.	Türken.
1869:	51—58.	79—86.	230—255.	37—46
1871—72:	63—69.	107—114.	275—300.	50—55.

des Glanzes. In welchem Betrage diese Realisirungen eintraten, lässt sich natürlich nicht ermitteln. Moreau hat versucht, es bei den gangbarsten Effecten durch die Zusammenstellung der an der Pariser Börse gemachten Umsätze approximativ zu bestimmen. Darnach waren vom 1. Juli 1871 bis zum 31. December 1873 für 669 Mill. französisches Capital, Italienische Rentenbriefe und für 722 Mill. Capital Oesterreichische Eisenbahn-Obligationen verkauft; da die Nehmer damals wahrscheinlich nicht Franzosen waren, so ist es nicht unmöglich, dass diese Beträge ins Ausland geflossen sind. Der Umtausch der auswärtigen Effecten in französischen Renten dürfte übrigens nicht ohne nachtheilige Folgen bleiben, denn die Rente jener Capitalien wird anstatt vom Auslande, nunmehr vom einheimischen Steuerzahler aufgebracht, und bei der vorherrschend indirecten Besteuerungsform fällt diese Aufgabe wesentlich den ärmeren Klassen zu. Nach Say's Ansicht wäre nun der grösste Theil der von der Regierung aufgekauften Wechsel durch diese Transactionen liquidirt. Er stellt den Process ungefähr so dar, als seien die 5 Milliarden in Rentenbriefen in Berlin hinterlegt und Frankreich habe dieselben successive durch seine Ersparnisse zurückgekauft, ähnlich wie es früher österreichische, italienische oder türkische Staatspapiere dafür erstand. Ohne die Richtigkeit dieser Auffassung, — so weit sie sich auf eine partielle Betheiligung der Handelseffecten bezieht, — bestreiten zu wollen, glaube ich doch, dass Say nicht nur den Umfang, sondern auch den Werth jener Operationen überschätzt. Ein weit wirksameres und wirthschaftlich vortheilhafteres Hülfsmittel als die Entäusserung erworbenen Capitals musste die Erzeugung neuer Werthe an die Hand geben. Frankreich musste mit seinen Waaren, seinen Producten bezahlen. Dies hat die Bevölkerung auch, — vielleicht instinctiv, — herausgeföhlt; Handel und Industrie begannen in reger Thätigkeit zu wetteifern; und so tritt als drittes Moment auf:

c) Die Beschränkung der Consumption und Vermehrung der Production — Ersparniss und Arbeit, verminderte Ein- und vermehrte Ausfuhr.

In wie weit eine Beschränkung des Consums stattgefunden hat, lässt sich allerdings in Zahlen nicht ausdrücken. Bei ein-

zelen Genussmitteln z. B. Taback¹⁾ und Bier hat sich durch das Ergebniss der Steuern eine Abnahme des Verbrauchs constatiren lassen. Dagegen hat andererseits die Einfuhr von Nahrungsmitteln in den Jahren 1872 und 1873 nicht unbeträchtlich zugenommen,²⁾ wenschon dieselbe für Brodfrüchte und Rindvieh in den schlechten Ernten der Vorjahre und in den Verheerungen der Klauenseuche³⁾ ihren besonderen Grund findet.

Immerhin können wir annehmen, dass, — wie in Deutschland die blosse Nachricht von einem grossen Geldzufluss auf die Phantasie der Bevölkerung einwirkte und das Gefühl einer allgemeinen Bereicherung hervorrief, — sich andererseits bei unseren Nachbarn die Meinung von einer gegentheiligen Wirkung festsetzen und zur Einschränkung im Verbrauch von Luxus- und Genussmitteln führen musste. Einigen Anhalt geben uns dafür die Bewegungen der Consumption in Paris, welche (mit Ausnahme der Getränke) eine durchschnittliche Abnahme von 15 pCt. gegen das Jahr 1869 nachweisen.⁴⁾

1) 1869 wurden 32 Mill. Kilos verkauft, 1872 nur 28. Dessenungeachtet hat sich die Einnahme, welche der Staat daraus zieht, in Folge der Steuererhöhung um 40 Mill. gesteigert.

2) 1872: 797,650,000 Fr. Werth. 1873: 918,440,000. 1874 erste 7 Monate 646 Mill., während Rohstoffe nur von 2,108 auf 2,191 Mill. stiegen und ausländische Fabrikate von 480 Mill. auf 349 fielen.

3) In den beiden Kriegsjahren sind 96,000 Stück Rindvieh ums Leben gekommen.

4) Monatlich per Kopf		1869	vom 29. Mai— Ende 1870	1872	1873 I. Quartal.
Rindfleisch	Kilos	6	5	5,5	5
Schweinefleisch	„	0,930	0,908	0,932	1,014
Fisch	„	1,017	—	1,113	1,010
Luxus- nahrungsmittel.	{ Wildpret	0,925	—	0,928	—
	{ Butter				
	{ Eier				
	{ Käse				
	{ Eis				
Wein	Litres	17	18	18	19
Cider etc.	„	55	50	67	44
Bier	„	1,50	1,28	1,17	0,86
Spirituosen	„	0,62	1,10	0,28	0,38
Fleisch in Summa	Kilos	7,114	5,965	6,357	5,695
Getränke in Summa	Litres	31	99	90	68

(Les consommations de Paris avant et après la guerre p. Victor Eurion.
Les consommations de Paris p. Iuglar.)

Die Einwohnerzahl belief sich im Jahre 1866 auf 1,779,436, im Jahre 1873 auf 1,799,250 Köpfe. Die letztere Ziffer dürfte mit Rücksicht auf die nach dem Kriege eingetretene Abnahme auch der des Jahres 1869 entsprechen.¹⁾ Eine schwache Zunahme des Consums fand nur bei den feineren Nahrungsmitteln, Butter, Wildpret, Eier, Fisch etc. und beim Wein statt; dieselbe ging also hauptsächlich auf Rechnung der wohlhabenden Classen und der vielen Fremden, während der theilweise eingetretene Ersatz des Rindfleisches durch das billigere Schweinefleisch und die Verbrauchsminderung an den ordinären Getränken, Cider, Bier und Branntwein eine Beschränkung des Wohllebens bei dem Gros der Bevölkerung bekundet.²⁾ Da Brod- und Hülsenfrüchte dem städtischen Octroi nicht unterworfen sind, so lässt uns leider bei diesen wichtigen Unterhaltsmitteln die Marktstatistik im Stich.³⁾

Leichter ist es, die Zunahme der Production und der Waaren-Ausfuhr nachzuweisen. Erfahrungsmässig entwickelt

1) Die Abnahme der Total-Bevölkerung Frankreichs seit dem Jahre 1866, wo die letzte Volkszählung stattfand, ist wohl lediglich den Kriegsereignissen zuzuschreiben. Sie beträgt im Ganzen 1,597,219. Davon kommen auf die abgetretenen Provinzen 1,230,265, sodass der sonstige Abgang sich auf 366,954 stellt. Derselbe vertheilt sich grösstentheils auf die grösseren Landstädte und ist dort zum Theil auf die Ausweisung der Deutschen zurückzuführen. Lyon verlor an 2500, Bordeaux 900 Köpfe. (Mouvem. de la popul. Tableau statistique 1873.)

2) Die Preise der Lebensmittel sind jetzt auf das Niveau von 1867 zurückgesunken; während der Belagerung fand natürlich ein zeitweiliger enormer Aufschlag statt, welcher die unentbehrlichsten Lebensmittel, wie Kartoffeln, Fleisch etc. um 800—1500 pCt. vertheuerte. Nach Legoyt bewegte sich derselbe in folgenden Grenzen.

am 20. December		
	1869	(Francs) 1870
Kartoffeln das Decaliter	1,20—1,50	20,00—25,00
Rindfleisch das Pfund	0,50—1,00	6,00— 8,00
Butter	2,00—3,00	25,00—30,00
Zucker	0,65	0,90
Café	1,80—2,00	2,00— 2,20
Eier das Stück	0,10—0,15	0,50— 1,75
Hühner	3,50—5,00	25,00

3) Dass das Leben in Paris überhaupt billiger geworden ist, kann aus verschiedenen Preisverhältnissen constatirt werden. Die Wohnungs- und vorzugsweise die Ladenmiethen sind um $\frac{1}{4}$ gesunken. Für ein Kilogr. Rindfleisch (lebend Gew.) zahlte man 1870: 1,48 Frcs. 1871: 1,55; im Sommer 1873 dagegen nur 1,35. Jetzt steht der Preis ungefähr auf der Höhe des Jahres 1867.

sich das wirthschaftliche Leben der Völker nach jedem Kriege in erhöhter Intensität. Heut zu Tage wirkt dabei noch ganz besonders fördernd der Associationsdrang, der auf industriellen Gebieten für unser Zeitalter zum charakteristischen Merkmal geworden ist. In Frankreich musste nach einer schweren Niederlage und Angesichts der Nothwendigkeit, die erhöhten Steuern aufzubringen, die Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte im stärksten Maasse angespannt werden; in der That ist eine gesteigerte Productionsthätigkeit in den wichtigsten Erwerbzweigen unverkennbar. Gleichzeitig hat die Kundschaft im Ausland beträchtlich zugenommen. Am auffallendsten zeigte sich dies in den ersten Monaten nach dem Frieden. In Folge der Handelssperre und Geschäftsstockung hatten diejenigen französischen Fabrikate, an deren Verbrauch andere Länder gewöhnt sind, nicht ergänzt werden können, und es erfolgten nun bei Wiederaufnahme der Geschäftsverbindungen von dorthier namhafte Ankäufe und Bestellungen.

Die Zunahme des Waaren-Exports ist zwar an und für sich noch keineswegs gleichbedeutend mit einer entsprechenden Zunahme des Nationalwohlstandes, denn es können Fälle eintreten, wo die bessere und billigere Herstellung auswärtiger Concurrenten oder überhaupt eine Abnahme in der Nachfrage den Verkäufer zwingen, seine Waare ohne Gewinn „loszuschlagen.“ Dies ist z. B. in den letzten 2 Jahren bei den Geweben der Fall gewesen, welche theils als Modeartikel gewissen Schwankungen des Absatzes unterliegen, theils auch neuerdings die Concurrenz der transatlantischen Textilindustrie zu bekämpfen haben (s. oben). Obgleich die Ausfuhr der tissus im Jahre 1873 die des Vorjahrs um 153 Mill. Fr. (Werth) überstieg,¹⁾ warf der Handel damit für die Fabrikanten nur einen relativ sehr geringen Gewinn ab, und die Regierung hat hauptsächlich aus diesem Grunde die Textilbesteuerung fallen lassen. Der indirecte Vorthail, den eine vermehrte Ausfuhr immerhin gewährt, liegt hier also nur in der weiteren Verbreitung der betreffenden Manufacte.

	1869.	1871.	1872.	1873.	1874 (I. Semester.)
1) Seidene Gewebe	447	483	435	521	305 Mill. Francs.
Wollene „	268	268	314	346	162 „
Baumwollene Gewebe .	70	57	68	90	41 „
Leinene „ .	17	18	22	28	17 „

Allein, selbst wenn wir solchen Gegenströmungen Rechnung tragen, verbleibt aus dem vermehrten Export der letzten Jahre noch ein erheblicher Gewinn, der zu einer reellen Bereicherung führte und mithin zur Abtragung der Schuldverpflichtungen die Mittel bot.

Ueerblicken wir in der nebenstehenden Tabelle¹⁾ die Reihe der Export- und Import-Ziffern, so finden wir, dass in der Dekade 1859—69 (das Kriegsjahr bleibt seiner anormalen Verhältnisse wegen ausser Betracht) die Einfuhr in ziemlich stetiger Progression von 1640 auf 3600 Millionen steigt, die Ausfuhr aber nur um 804 Millionen zunimmt. Nach dem Kriege tritt nun sofort das entgegengesetzte Verhältniss ein. Der Import bleibt mit geringen Schwankungen derselbe d. h. die Consumption nimmt nicht ab, aber weniger stark zu, als vor dem Kriege. Die Ausfuhr dagegen steigt in 3 Jahren von 2802 auf 3926 nimmt also um 1054 Millionen zu. Dies ist $\frac{1}{5}$ mehr als die Zunahme der ganzen Decade 1859—1869. Beachtenswerth ist es, dass diese Ziffer von 1054 Millionen ziemlich genau der gesteigerten Einfuhr Deutschlands und Englands in dem gleichen Zeitraum entspricht, zweier Länder mit denen gerade der lebhafteste Wechselverkehr bestand. Jedenfalls dürfen wir mit Sicherheit annehmen, dass mit dem vermehrten Aussenhandel Frankreichs ein erheblicher Theil der Kriegsschuld liquidirt ist und noch getilgt wird. Man hat daher in Frankreich die diesjährige Abnahme des Exports nicht ohne Besorgniss verfolgt. In der That würde, wenn dieselbe sich als constant erwiese, damit der wirthschaft-

1) Tableau décennal du commerce de la France. (Document officiel.)

	Einfuhr.	Ausfuhr.
1859	1,640	2,266 Mill. Francs.
1864	2,528	2,924 "
1865	2,641	3,088 "
1866	2,793	3,180 "
1867	3,026	2,825 "
1868	3,303	2,789 "
1869	3,153	3,074 "
1870	2,867	2,802 "
1871	3,566	2,872 "
1872	3,570	3,761 "
1873	3,600	3,926 "
1874 (erste 7 Monate)	2,206	2,080 "

lichen Entwicklung und den daran sich knüpfenden Hoffnungen ein empfindlicher Schlag versetzt werden. Derartige Schwankungen kommen aber häufig vor und werden sehr oft noch gegen Jahreschluss in günstiger Weise ausgeglichen. Die vorzügliche Wein- und Kornernte dieses Jahres lässt dies sogar mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussehen. Ausserdem tritt auch der diesjährige Export anderer Länder z. B. Englands hinter dem der Vorjahre zurück;¹⁾ und diese Wahrnehmung lässt auf einen allgemeinen periodischen Stillstand im Geschäftsleben schliessen, in welchem leicht noch eine Nachwirkung der jüngsten Handelskrisen und der Ueberspeculation zu entdecken wäre. Jedenfalls ist in Frankreich in der letzten Zeit die Industrie nach ihrem ersten energischen Anlauf etwas erlahmt. Dies zeigt sich einerseits in einer Abnahme des Imports von Steinkohlen²⁾ und Rohmaterialien sowie in der Zunahme der Einfuhr ausländischer Fabrikate (I. Semester 1874: 252 gegen 229 des Vorjahrs), andererseits in einer Verringerung der Ausfuhr von Seidenwaaren, Lederartikeln, Bijouterien, Confections- und Weisswaaren, mithin gerade von denjenigen Manufacten, welche das Ausland mit Vorliebe aus Frankreich zu beziehen pflegt. Vielleicht wird es sich empfehlen neue Absatzgebiete aufzusuchen. Von sämmtlichen exportirten Waaren verbleiben 71,3 pCt. in Europa; 21,8 wandern nach Amerika und nur 6,2 nach Asien. In diesem Zahlenverhältniss liegt ein Fingerzeig für die Richtung, welche der französische Aussenhandel einschlagen sollte.

B. Vertheilung der Zinsenlast für die neuen Schulden im Wege des Steuerdruckes.

1. So war denn der erste Theil der Aufgabe glücklich gelöst, schneller und günstiger, als man es zwei Jahre vorher erwarten durfte. Hatte sich auch jene grossartige Transaction nicht

1) In den ersten 6 Monaten 1873 für 125,7 Mill. Liv. St., in derselben Periode 1874 nur 117,8.

2) Bisher war dieselbe von 103 Mill. (71) auf 140 (72) und 155 (73) gestiegen.

ohne Störung des Geldmarktes vollzogen, so war doch Frankreich bisher davon verschont geblieben. Die französische Banknote stand so gut wie pari; ja, die Prophezeiung Thiers's, sie werde dereinst Prämie machen, hatte sich in der That auf einigen Börsen bestätigt. Allein der bei weitem schwierigere Theil der finanziellen Aufgabe stand noch bevor: die Vertheilung der im Verlauf von 8 Monaten nahezu verdoppelten Zinsenlast.

Wir kehren zu dem Zeitpunkte unmittelbar nach dem Kriege zurück.¹⁾ Der Voranschlag des Budgets für das Finanzjahr 1871, der unter Magne entworfen, von Büffet revidirt und von Segris vorgelegt war, hatte die Einnahme mit 1,879 die Ausgabe mit 1,878 Millionen beziffert, jetzt mit dem Kriege stellte sich die erstere, in Folge der Steuerausfälle auf ca. 1,600 Millionen, die letztere auf 2,650 Millionen. Das Deficit der beiden letzten Jahre betrug also im Ganzen 1,640 Millionen. Das Land, welches diesen Mehrbedarf decken sollte, hatte zwei seiner blühendsten Provinzen eingebüsst, sah vier andere verwüstet und theilweise verarmt und hatte bereits einen grossen Theil seiner Ersparnisse hingegeben.

Eine solche Lage war ernst und kritisch, sie erforderte grosse Umsicht und Besonnenheit von den Leitern der Staatsverwaltung, grosse Opfer und Anstrengungen von der Nation, allein sie war weder hoffnungslos, noch überhaupt einzig in ihrer Art. Die Finanzgeschichte fast aller Staaten weist ähnliche kritische Epochen auf, denen gar bald ein wirthschaftlicher Aufschwung folgte, ja es bieten sich uns noch in neuerer Zeit Beispiele, wo ein Land sich nach schwerer Niederlage oder vollständiger Entkräftung

1) L'administration des finances publiques depuis 1870. par G. de Puynode. Journ. d. écon. Juillet 1874.

Le nouveau système financier p. M. Chevallier R. d. d. M. Août 1874.

La liberté commerciale et les résultats du traité de commerce de 1860 p. Wolowski.

Les traités de commerce p. P. Boiteau. L'importation des matières premières en Angleterre depuis la réforme de Rob. Peel p. Clément Juglar. Le projet d'impôts de M. Pouyer-Quertier. Les nouveaux traités de commerce et la loi sur les matières premières. Die neuesten Erfahrungen auf finanziellem, industriellem und Handels-Gebiet in Nord-Amerika, von Wells.

schnell und elastisch wieder aufrichtete. Frankreich selbst hat bereits einmal eine solche Phase durchgemacht.

Seit den Zeiten des 30jährigen Krieges hatte sich wohl kaum ein Staat in einem solchen Zustand materieller Erschöpfung befunden, wie er in unserem Nachbarlande in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts zu Tage trat. Die Ereignisse von 1789 bis 1795, der anarchische Zustand und selbst die ohnmächtige schwankende Regierung des Directoriums hatten Industrie und Landwirthschaft, welche schon unter dem *ancien régime* dem Steuerdruck fast erlagen, einem völligen Verfall entgegen geführt. Die Revolution hat nicht nur entwürdigende Verbrechen, sie hat auch unverzeihliche Fehler begangen. Die Unsicherheit des Besitzstandes, der schlechte Zustand der Landstrassen, welche von Marodeurs und Wegelagerern (den berüchtigten *chauffeurs*) wimmelten, machten den Handelsverkehr geradezu unmöglich. An gewerblichen Unternehmungen fehlte es gänzlich. Das Capital wagte sich nicht hervor und die elende Assignaten-Wirthschaft hatte den Credit vollständig untergraben. Die gewerbliche Freiheit, einst das Feldgeschrei der Volkstribunen, bestand nie weniger als eben jetzt. In diesem Zustand allgemeiner wirthschaftlicher Zerüttung ergriff der General Bonaparte die Zügel der Regierung, und mit einem Schlage strömte neues Leben in die halb erstorbenen Glieder des verwahrlosten Staatsorganismus zurück. Die Einführung einer eisernen, despotischen aber doch geregelten Regierungsform, die Sicherung des Besitzes, die Aufhebung der Binnenzölle, vor allem die Arbeitsfreiheit, ein bis dahin noch völlig unbekanntes Recht, wirkten belebend auf alle Zweige der Production. Die Steuern, welche noch unter dem Directorium vorzugsweise das Gewerbe belasteten, wurden gerechter vertheilt, und weder die Höhe des Steuerfusses noch der Modus der Umlage beschränkten die Arbeitskräfte. Die Kosten der auswärtigen Kriege trug der Besiegte.¹⁾ Hätte nicht der Handel mit dem

1) Nach Say sollen in den Jahren 1802—1815 die ausserordentlichen Kriegskontributionen aus den eroberten Ländern der franz. Staatscasse gegen 5,000 Mill. Francs eingebracht haben. Die ordentlichen Einnahmen aus den occupirten Gebieten beliefen sich allein während der 2 Jahre 1806—8 nach Abzug der Kriegskosten auf 435 Mill. Rau, Wagner 179. Dumas Précis des événements historiques XIX.

Auslande unter dem mit einer an Monomanie grenzenden Hartnäckigkeit festgehaltenen Schutzzollsystem empfindlich gelitten, so würde die inländische Industrie noch einen ungleich bedeutenderen Aufschwung genommen haben. Auf diese Weise entgingen dem Fabrikanten allerdings viele Halbfabricate, welche in Frankreich vortheilhaft verarbeitet wären (Baumwollengarne), und die in England billiger und besser herzustellenden Werkzeuge und Instrumente aus Gusseisen, Stahl etc. Dagegen wurden einerseits durch die plötzliche Ausdehnung der Landesgrenzen, welche dem Binnenhandel namentlich in Norddeutschland neue Absatzwege eröffnete, — andererseits durch die Entwicklung der Fluss- und Canal-Schiffahrt und die damit verbundene billigere Beförderung der Waaren und Producte, jene Uebelstände einigermaassen wieder aufgewogen. Nach Verlauf von 8—9 Jahren war Frankreich nicht wieder zu erkennen; es galt mit Recht für das reichste und blühendste Land des Continents. Und welchen Einflüssen verdankte es diesen Umschwung? der Herstellung einer geregelten Verwaltung, der Befreiung der Production von den Feudallasten und der Erleichterung des Verkehrs.

Ein ähnliches Bild bietet sich uns in der Geschichte Englands. Auch hier gab es vor 70 Jahren eine Periode, die von besorgten Gemüthern als der Anfang vom Ende angesehen wurde, und die in der That die materiellen Hülfsmittel des Landes in einer bis dahin unerhörten Weise in Anspruch nahm. Es war jene Zeit der erbitterten Kriege mit dem aufstrebenden Frankreich, jene Zeit, wo nach dem faulen Frieden von Amiens der Jahrhunderte alte Antagonismus oder richtiger Racenhass beider Nationen in einem Kampf auf Leben und Tod auslief. England rüstete sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Die ungeheuren Summen, welche die Verstärkung der Flotte, die Befestigungen der Südküste, die Werbungen für das Landheer und die Subsidien der continentalen Bundesgenossen erforderten, brachten das Ausgabe-Budget für eine Reihe von Jahren auf eine schwindelnde Höhe; es betrug in den Jahren 1805 und 1806 gegen 100 Mill. Liv. St. (2½ Milliarde Franken) also ungefähr ebensoviel, als der gegenwärtige Ausgabe-Etat Frankreichs. Entsprechend dem damaligen Werth des Geldes und der geringeren Bewohnerzahl Englands war diese Last natürlich bei weitem drückender. Dazu

kam noch, dass die fortgesetzten Anleihen, welche das Parlament mit todesmuthigem Ingrimme genehmigte, fast durchweg im Inland aufgenommen werden mussten, und somit die Quellen neuer Capitalsansammlung zum Versiegen brachten. Eine Reihe von Misserndten endlich nöthigte die Regierung das zum nothwendigsten Unterhalt der Bevölkerung erforderliche Korn zu abnormen Preisen auf ausländischen Märkten zu kaufen. Auf welche Weise hat England nicht nur den Anforderungen einer kostspieligen Kriegsführung bis zum letzten Augenblick genügt, sondern vom ersten Friedenstag an eine stetige Verminderung der Staatsschuld eintreten lassen können? Die Antwort lautet auch hier: durch Anspannung der Productionskräfte und zweckmässige Vertheilung der Steuerlast; doch tritt noch ein dritter Factor hinzu, welcher dem practischen und erfinderischen Geist der englischen Race entspringt. Das Bestreben, den Ausfall an Reineinkommen zu decken und sich von der unvermeidlich gewesenen Beschränkung des Consums zu befreien, führte zur Vervollkommnung der Fabrikationsmittel und zur Entdeckung neuer Hilfsquellen. Wichtiger als die etwaige Entdeckung von Goldminen war damals die Auffindung der grossen Steinkohlenlager, von unberechenbarem Werth andererseits die Einführung der Dampfkraft in die Maschinentechnik. Durch Verwendung der Steinkohle, deren doppelte Eigenschaft als Heizungs- und Dampferzeugungsmittel erst jetzt genügend erkannt und gewürdigt wurde, konnte das Roheisen, welches in England in Menge vorhanden und billiger war als in den meisten anderen Ländern (Schweden etwa ausgenommen) zu Maschinen jeder Art verarbeitet werden. Von nun ab gab es kaum noch ein technisches Problem, welches nicht mit Hülfe dieser beiden unerschöpflich scheinenden Rohproducte, Kohle und Eisen, zu lösen war. Unter dem Einfluss dieser neuen Hilfsmittel konnte sich die Industrie Englands, welche noch zur Zeit des letzten Handelsvertrages mit Frankreich (1786) den continentalen Gewerben keineswegs überlegen war, im Verlauf weniger Jahre vollständig umformen und durch billigere und schnellere Anfertigung ihrer Fabrikate zur unbestrittenen Herrschaft auf den europäischen Märkten gelangen.¹⁾ Allein es

1) Am sichtbarsten trat dieser Umschwung in der Baumwollenindustrie hervor. Bisher mussten die Spinnereien an Wasserläufen angelegt werden,

kam auch, — und das ist die Nutzanwendung die sich für den vorliegenden Fall aus diesem Beispiel ziehen lässt — wesentlich darauf an, diesen industriellen Aufschwung durch Freigabe des Handels auszunutzen, und den inländischen Erzeugnissen ein womöglich unbeschränktes Absatzgebiet zu eröffnen. In dieser Hinsicht hat die neuere Handelspolitik der vereinigten Königreiche ihre Bemühungen vom schönsten Erfolge gekrönt gesehen. Der Wendepunkt in dem Handelssystem wird durch den Eintritt Robert Peels in das Ministerium bezeichnet (1841). Schon im Verlauf der ersten 4 Parlamentssitzungen gelang es ihm den Zolltarif in durchgreifendster Weise umzuformen, die Rohstoffe und das Vieh vom Einfuhrzoll zu befreien, dagegen den Export der Maschinen freizugeben. Der entscheidende Schlag gegen das Prohibitiv-System aber wurde erst in jener denkwürdigen Sitzung des Jahres 1846 geführt, nachdem der Boden für die Aufnahme der neuen Grundsätze durch die Cobden'sche anti-cornlaw-league gehörig vorbereitet und die Aufregung bei den niederen Klassen durch die Theuerung des Vorjahrs und eine geschickte Agitation auf den höchsten Punkt der Erhitzung getrieben war.

Von nun an lenkte die Englische Regierung offen in die Bahnen des Freihandels ein; die Nachfolger Peel's machten es sich zur ehrenvollen Aufgabe, das mit soviel Energie und Umsicht begonnene Werk durchzuführen; eine Schranke nach der anderen fiel, und bald gab es in England keinen Producenten oder Zwischenhändler, der die wohlthätigen Wirkungen der neuen Gesetzgebung nicht in seiner Jahresbilanz bestätigt gefunden hätte. Die Aufhebung der berühmten Cromwell'schen Navigationsacte, bisher als das Palladium der Handelsmarine ja alt-englischer Grösse angesehen, war der Schlussstein des Gewölbes, auf dessen Grundlagen sich der Bau des Nationalwohlstandes zu ungeahnter Grösse erhob. Anstatt, — wie man noch kurz vorher befürchtet hatte, — durch diesen Act geschädigt zu werden, nahm die

deren England eben nicht viele besitzt, und die ausserdem nur geringes Gefäll haben. Die Anwendung der Dampfmaschinen gestattete nun, diese Etablissements nach den grossen Städten (Manchester, Birmingham) zu verlegen, wo überdies die Arbeitsbedürftigkeit einer starken Bevölkerung dem Unternehmen entgegen kam. Heute exportirt England allein für 18 Mill. Liv. St. Baumwollengarne und für 60 Mill. Gewebe (Kattun etc.).

englische Rhederei vielmehr immer grössere Dimensionen an, so dass die Zahl ihrer Schiffe heute dem Totalbestand sämtlicher europäischer Handelsmarinen gleichkommt. Ist es nöthig, die Vortheile dieses Systems noch eingehend zu besprechen? Muss ich noch darauf hinweisen, dass jeder Producent seine Rohmaterialien oder die Werkzeuge, die er zur Verarbeitung derselben verwendet, dass der Zwischenhändler die Voll-Fabrikate ohne irgend welche Abgaben einführt¹⁾, dass beide sich zum Bezug ihrer Waaren jedweder Flagge bedienen können (denn auch die Cabotage steht fremden Schiffen frei), dass sie, je nach dem Stand der Preise und der jeweiligen Conjunction, die ausländischen Producte aus dem Lande der Erzeugnisse oder von den grossen internationalen Zwischen-Plätzen, oder endlich von einer Commandite des Inlandes beziehen können, da der Zolllarif keinen Unterschied der Provenienzen kennt, — dass bei der Fabrikation keine staatliche Controle störend oder gar vexirend eingreift; indem die Abgabe nur vom Reineinkommen erhoben wird, und dass schliesslich alle diese Erleichterungen vereint dahin wirken, dem Consumenten die Waare billiger zu liefern und dessen Ersparnisse wiederum der Production zuzuführen! Die freie Einfuhr von Fleisch und Getreide andererseits gestattet die Versorgung der dichtbevölkerten Fabrikstädte aus Ländern, an deren Ausnutzung früher nicht gedacht werden konnte. Die steigenden Bedürfnisse der stetig anwachsenden Bevölkerung, welche oft eine Knappheit des Unterhalts, in Zeiten von Missernten und Theuerung sogar eine lästige Einschränkung des Consums mit sich führten, wurden nun auf die entlegensten Productionsgebiete vertheilt (Australien und Uruguai liefern Fleischconserven, Ungarn und Südrussland Brodfrüchte), sodass, begünstigt von dem Steigen der Arbeitslöhne, welches die Zunahme der Production und die Ausdehnung der sich bald über die ganze civilisirte Welt erstreckenden Absatzwege

1) Die einzigsten Produkte, welche noch dem Einfuhrzoll unterliegen, sind die Genussmittel: Taback, Thee, Kaffee, ungezuckerte Cichorie, Cacao und Wein. Selbst der Zucker wird als nothwendiges Nahrungsmittel betrachtet und ist zollfrei. Ausländische Spirituosen zahlen nur in demselben Maasse eine Eingangs-Abgabe, wie die inländischen besteuert sind.

möglich machten, Wohlstand und Wohlleben ¹⁾ der mittleren und unteren Klassen sich in überraschender Weise zu heben vermochten.

Allerdings sind die Acten über die grosse Streitfrage, ob „Schutzzoll“, ob „Freihandel“ noch nicht geschlossen. Es ist nicht lange her, dass die Volkswirthe aller Länder in zwei feindliche Heerlager gespalten waren, und die Vertheidigung der beiden entgegengesetzten Systeme eine ganze Litteratur zu Tage förderte. Noch ganz neuerdings ist der Kampf durch die Verbreitung der Carrey'schen Schriften und namentlich in Folge der vorübergehenden Rohstoffbesteuerung in Frankreich wieder auf's Heftigste entbrannt. Mag die ganze Frage nun auch noch theoretisch discutirbar bleiben, mag in der Praxis nach dem Grundsatz „Eines schickt sich nicht für Alle“, dem einen oder dem anderen Lande immerhin das Prohibitiv-System anzupassen sein, — so kann doch selbst der eingefleischteste Protectionist nicht in Abrede stellen, dass England seinen wirthschaftlichen Aufschwung und die überraschend schnelle Zunahme seines Nationalwohlstandes gerade dem Freihandel verdankt. Durch Einfügung des Schwungrades der freien Concurrenz in den Mechanismus der Industrie gelangten selbst halb erstorbene oder von dem Druck des früheren engherzigen Zollsystems gelähmte Erwerbszweige wieder in Bewegung, während andererseits der angefeuerte Erfindungstrieb von Jahr zu Jahr neuen Hülfquellen auf die Spur kam, neue Verbesserungen in der Fabrikation zu Tage

1) Der Consum hat in England in den letzten 30 Jahren so enorm zugenommen, dass jeder Einwohner jetzt an Genuss- und Nahrungsmitteln durchschnittlich das 2—3 fache, bei einzelnen Artikeln sogar das 7 fache desjenigen verzehrt, was im Jahre 1840 als Lebensbedarf galt. Es entfielen nämlich auf den Kopf der Bevölkerung (nach Neumann: „Theuerung der Lebensmittel“ 58).

im Jahre 1840.		dagegen im Jahre 1872.	
Fleisch	1,00 Pfd.	5,44 Pfd.	
Butter	1,05 „	3,90 „	
Kartoffeln	1,01 „	11,06 „	
Thee	1,22 „	4,01 „	
Cacao	0,08 „	0,24 „	
Käse	0,92 „	3,65 „	
Eier	3,63 Stück	16,65 Stück	

förderte.¹⁾ In dem Maasse aber, wie das Volkseinkommen stieg, wuchsen auch die Einnahmen des Staats. Das ist das ganze Geheimniss der englischen Finanzpolitik, welche, begünstigt durch eine lange Reihe von Friedensjahren und eine umsichtige Verwaltung, das Problem löste: mit einer in gleichmässigen Zeitabschnitten eintretenden Herabsetzung der Steuern zugleich eine Verringerung der Staatsschuld zu verbinden. Das natürliche Wachsthum der Staatseinnahmen bot dazu die Mittel. Wichtiger als die numerische Abnahme der Capitalschuld aber, — denn dieselbe ist noch heute beträchtlich, — ist das günstige Verhältniss des durch ihre Zinsenlast erwachsenden Steuerdruckes zum Nationalwohlstand. Dies Verhältniss ist seit 1815 von 9 pCt. auf $3\frac{1}{2}$ pCt. gesunken.²⁾ M. a. W.: die Abgabe des Einzelnen, welche damals 34 sh. 8 p. betrug, macht heute

1) Man kann bei dieser Epoche nicht verweilen, ohne der in jene Zeit fallenden namhaften Verbesserungen auf dem Gebiet des Verkehrs- und Creditwesens wenigstens flüchtig zu gedenken. Dank der freien Concurrenz breitete sich das Eisenbahnnetz in unglaublich kurzer Zeit über die ganze Insel aus, während die Einführung des penny postage im Jahre 1839 die kaufmännischen Transactionen wesentlich erleichterten. Hier griffen nun auch die neuen Creditwerkzeuge als Zwischenglieder wirksam ein. Die centralistische Tendenz der Peel'schen Bankgesetzgebung, welche das Notenrecht der Landbanken zu beschränken suchte, hat inzwischen zahlreiche Gegner gefunden und ist namentlich neuerdings von Wagner mit so gewichtigen Gründen bekämpft worden, dass die Ansicht über ihre Unzweckmässigkeit ziemlich allgemein Platz gegriffen hat. Immerhin dürfen wir nicht ausser Acht lassen, dass die Entwicklung des Creditwesens, namentlich aber der Englischen Bank, sich aus jener Zeit herschreibt, und indem wir es hier unerörtert lassen dürfen, was ohne die Bankacte aus dem Creditwesen Englands geworden wäre, können wir nicht umhin, das anzuerkennen, was factisch geleistet worden ist. In die Zeit der ersten „Aufschwungsperiode“ nach den Freiheitskriegen fällt die Bankacte von 1819, welche die Rückkehr zur Metallvaluta einleitete (1815 verlor das englische Bankbillet noch $13\frac{1}{2}$ pCt., 1821 stand es bereits pari) und nach der zweiten Bankreform von 1844 betrug der Baarvorrath, dessen rapide Abnahme während der Handelskrisen von 1825, 1837 und 1839 die Convertibilität der Noten aufs Neue gefährdet und sogar zu Anleihen in Hamburg und Paris geführt hatte, — gegen 16 Millionen, eine Ziffer, welche früher niemals erreicht worden war. Wagner: Geld- und Credittheorie der Peel'schen Bankacte.

2) Nach Baxter's National debts. London 1870. Die Einwohnerzahl wird dabei in England für 1815 mit $18\frac{1}{2}$ Mill., für 1870 mit 31 Mill., in Frankreich entsprechend mit 30 resp. 38 Mill. in Anschlag gebracht. Die Staatsschuld belief sich im Jahre 1815 auf pp. 900 Mill. Capital. Das Budget 1873

nicht mehr als 15 sh. 9 p. aus. In dem gleichen Zeitraume ist dagegen in Frankreich die Zinsenlast pro Kopf von 5,75 Fr. auf 12,15 Fr. gestiegen und die Zahl der Steuern hat sich erheblich vermehrt.

Dieser kurze finanzgeschichtliche Rückblick wird genügen, um darzuthun, dass das plötzliche Aufleben und Erstarken des Nationalreichthums keineswegs ein seltenes Ereigniss im wirthschaftlichen Leben der modernen Staaten ist. Aus den angeführten Beispielen ergibt sich ausserdem, welcher Art in solchen Fällen die treibenden Kräfte sind. So bedenklich es auch, — namentlich auf dem Gebiet der Finanztechnik, — erscheinen mag, allgemeingültige Axiome aufzustellen, so kann man doch dreist behaupten, ohne sich der Gefahr auszusetzen, für einen Doctrinär zu gelten, dass es einer Regierung in unseren Tagen leichter wird, die zur Belebung des Verkehrs und der Production nothwendigen Maassnahmen zu treffen, als dies noch vor 20—30 Jahren der Fall war. Die Empirie der letzten Decennien hat manchen Zweifel gelöst, manche Irrthümer ausgeschieden. Nicht nach theoretischer Schablone soll der wirthschaftliche Organismus geleitet werden, sondern auf Grund einer genauen Beobachtung der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Actionsmittel und der noch schlummernden oder latenten Productionskräfte des betreffenden Landes. Die Analyse ähnlicher Verhältnisse in anderen Staaten wird für solche Untersuchungen die passende Grundlage geben. Mit anderen Worten: Die Finanzgeschichte der jüngsten Vergangenheit bietet uns gewisse allgemeine Regeln dar, deren Anwendung erfahrungsmässig eine schnelle und gesunde Entwicklung des Nationalwohlstands zur Folge hat, sodass die Rückwirkung der allgemeinen Bereicherung auch ohne ein Anziehen der Steuerschraube, lediglich im Wege des natürlichen Wachstums der Steuererträge dem Staatsschatz in kurzer Zeit grosse Summen zuführt.

Als solche im Feuer der Erfahrung erhärtete Grundsätze lassen sich folgende aufstellen:

giebt sie mit 726,584,000 Liv. St. an. Der Krimkrieg hatte sie zeitweilig bedeutend in die Höhe getrieben; allein unter dem Ministerium Gladstone trat eine Abnahme um 200 Mill. ein.

- 1) Stabilität in der Regierungsform event. Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und des obrigkeitlichen Ansehens. Sicherheit des Eigenthums. Rechtsschutz.
- 2) Freiheit der Arbeit d. h. uneingeschränkte Ausübung jedweden Erwerbs, insbesondere des internationalen Handels. In Rücksicht auf letzteren ist die freie Einfuhr nicht nur der Rohstoffe sondern auch der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente etc. unerlässliche Bedingung; denn nur wenn der Fabrikation das beste Material und die besten Werkzeuge zu Gebote stehen, vermag die inländische Industrie auf auswärtigen Märkten mit Erfolg zu concurriren¹⁾ und im Inland dem Verlangen nach den gewöhnlichsten Erleichterungen und Bequemlichkeiten des täglichen Lebens zu genügen.
- 3) Ausbildung und Vervollkomnung des Transportwesens. Verkehrserleichterung. Herabsetzung des Tarifs bei den wichtigsten Kommunikationsmitteln (Eisenbahn, Post, Telegraph). Liberale Schifffahrts-Gesetze, verbesserte Hafeneinrichtungen etc.
- 4) Entwicklung des Creditwesens. Revision der Bankgesetzgebung. Ersparniss an Zeit und Mühewaltung durch die einfachen Buchungsoperationen der „clearing-houses“. Möglichste Verbreitung des Check-Systems und der Concurrent-Credite.
- 5) Verbesserung des Unterrichtswesens, sowohl des allgemeinen Primär-Unterrichts als der fachmännischen und technischen Bildungsanstalten (Landwirthschaftl. Akademien, Polytechnica, Handelsschulen etc.)

Es ist einleuchtend, dass in der schwierigen Lage, in welcher

1) So tritt z. B. die Nebenbuhlerschaft der indischen und amerikanischen Textilindustrie fast unmerklich und allmählich, aber desto gefährlicher auf. Seit Jahren sendet England eine grosse Menge Maschinen zur Baumwollspinnerei nach Kalkutta, und in dem Maasse, wie dieselben zur Thätigkeit gelangen, nimmt die Einfuhr europäischer Gewebe und Garne in Indien ab. Auch in Amerika macht die Baumwollen-Industrie reissende Fortschritte. Die Ueberlegenheit der continentalen Industrie beruht nicht auf localen Vorzügen und kann daher nur durch billigere und schnellere Herstellung der Fabrikate oder durch Auffindung neuer Absatzwege (z. B. nach Mittel-Asien) erhalten bleiben.

sich Frankreich nach dem Frankfurter Frieden befand, selbst die stricte Befolgung solcher allgemeiner Grundsätze und ungesäumte Einführung namhafter Verbesserungen auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Verkehrs den Anforderungen des Augenblicks doch noch nicht zu genügen vermochten. Vorsorgliche Einrichtungen für die Zukunft reichten da nicht aus, wo es galt augenblicklich wirkende Einnahmequellen in Fluss zu bringen. Auch gab es damals wohl keinen Franzosen, der nicht von der Nothwendigkeit einer Steuer-Erhöhung überzeugt und bereit gewesen wäre, seinerseits zur Wiederherstellung eines geordneten Staatshaushalts beizutragen. Bei alledem aber hätten die oben angegebenen Maximen, gerade ihres allgemeinen Charakters wegen, immerhin als Marksteine für die einzuschlagende Richtung dienen können. Ohne gerade eine blinde Nachahmung zu erheischen, boten doch die Erfolge, welche das Englische Besteuerungs- und Schuldentilgungswesen zu wiederholten Malen erzielt hatte, hinreichende Bürgschaft für die Richtigkeit des dort beobachteten Verfahrens; und so sehr auch die Verschiedenheit des Klima's, der geographischen Lage, ja der Neigung und des Geschmacks der Bevölkerung Berücksichtigung verdiente, so hätten sich die Leiter der französischen Finanzpolitik doch wenigstens den Erfahrungssatz zu Nutze machen sollen, dass in der Unbeschränktheit der Arbeit des einzelnen Individuums der Hauptfactor für die vortheilhafte Verwerthung der Naturkräfte eines Landes liegt.

Die Thätigkeit eines betriebsamen Volks, und das ist das französische so gut wie das englische, richtet sich instinctiv auf diejenigen Erwerbszweige, welche noch entwicklungsfähig und gewinnbringend sind. Der Regierung fällt die Aufgabe zu, diesen natürlichen Trieb zu erkennen und durch die Aufhebung aller ihn beengenden Schranken zu fördern. Sache der Gesetzgebung aber ist es, dass Recht des Einzelnen innerhalb der freien Concurrency zu schützen (Autorrecht, Markenschutz etc.) und allenfalls einzelne wuchernde Geschäftszweige (namentlich im Geld- und Creditverkehr) zu beschneiden. Das Streben jedes Arbeiters, — mag er Landwirth, Fabrikant, Kaufmann, Techniker sein, — geht auf Bereicherung, d. h. nicht blos auf Gewinnung des „standart of life“, sondern auf Erzeugung eines Ueberschusses. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt er alle Hebel geistiger und physischer

Kraft in Bewegung; durchwühlt das Erdreich, befährt die Länder aller Zonen, erforscht die Geheimnisse der Naturgesetze und macht sich ihre Kräfte dienstbar. Diese Bewegung ist centrifugal, immer neue Erwerbsquellen werden aufgesucht, immer weitere Absatzwege geschaffen, der Markt ist unbeschränkt. Das Gesetz des Angebots und der Nachfrage wirkt hier gleichsam als Regulator, indem es den Höhegrad der Leistungsfähigkeit und Rentabilität, d. h. denjenigen Punkt anzeigt, wo eine nutzlose Vergeudung von Kräften eintreten würde. Auf diese Weise sondert sich tagtäglich in dem Volkseinkommen ein Ueberschuss an Gütern und Werthen ab, über dessen Grösse man erstaunen würde, wenn er commensurabel wäre. Diesen Ueberschuss, der zum erhöhten Wohlleben oder zum Luxus verwendbar bleibt, zu treffen und zur Be-theiligung an den Staatsausgaben gleichmässig heranzuziehen, ist die erste Aufgabe eines zweckmässigen und gerechten Steuersystems. Erst wenn diese Quelle versiegt oder als nicht ausreichend befunden wird, darf man ausnahmsweise das Opfer einer directen Capitalsverminderung verlangen. In Frankreich hätte sich die Mehrausgabe nach dem Kriege recht wohl auf die verschiedenen Erwerbszweige derart vertheilen lassen, dass die Production, d. h. die Erzeugung neuer Werthe, in keiner Weise beeinträchtigt wurde. Dabei konnte, — wenn man den bestehenden Modus aufrechterhalten und nicht zum System der reinen Einkommensteuer übergehen wollte, — zunächst eine Erhöhung der Steuerquote bei den 4 directen und denjenigen indirecten Steuern eintreten, welche die Consumption treffen, mithin von jedem Bewohner nach Maassgabe seines Vermögens und, von einem gewissen Minimalsatz ab, freiwillig getragen werden. Es galt sodann zweitens das taxable Material aufzufinden, welches von den bisherigen Steuern gar nicht oder nur ungenügend erreicht wird, also neue Steuern einzuführen.

2. Die Steuergesetze des Jahres 1872.¹⁾

Anstatt von altbewährten Grundsätzen auszugehen, anstatt den Fingerzeigen zu folgen, welche die Finanzgeschichte des eigenen,

1) Moeurs financières de la France p. Bailleux de Marisy. R. d. d. M. Octob. 1873. L'impôt sur le revenu p. L. Wolowski. L'impôt sur le capital p. Menier. L'impôt sur les valeurs mobilières p. Foubert.

wie des Nachbarlandes bot, sind Regierung und Volksvertretung in der Steuerfrage durchaus systemlos zu Werke gegangen. Man kann von den 4 Finanzministern der 3ten Republik, — welche in dem kurzen Zeitraum von 2 Jahren (1871—1873) nur allzuschnell aufeinander folgten, — dasselbe sagen, was einst Rob. Peel von der Oppositionsbank dem Whig-Ministerium zurief (1840): sie haben „wie unerfahrene Fischer das Netz auf gut Glück bald hier, bald dort ausgeworfen, und es meistens leer wieder herausgezogen“. In der letzten Legislaturperiode sind nicht weniger als 42 neue Steuergesetze notirt worden. Schon in dieser Ziffer documentirt sich zur Genüge der Mangel eines bestimmten Princips. Dabei ist viel Zeit und Thätigkeit in dem nutzlosen Principienkampfe vergeudet worden, den die Finanzpolitik des ersten Präsidenten heraufbeschwor. So gross die Verdienste dieses genialen Staatsmannes um die Wiederherstellung einer geordneten Verwaltung sind, so viel Anerkennung er sich bei seinen Mitbürgern auch auf finanziellem Gebiet um die schnelle und gewandte Abwicklung der Creditoperationen und der Indemnitätszahlungen erworben, so werden doch selbst seine Freunde und Parteigenossen ihn nicht von dem Vorwurf frei sprechen können; das materielle Wohl des Landes zeitweilig der Verwirklichung eines Lieblingsobjects geopfert zu haben. Als fanatischer Anhänger des Schutzzollsystems war der Deputirte Thiers von jeher ein geschwornener Feind der neuen Handelsverträge gewesen, welche die Napoleonische Regierung seit dem Jahre 1860 successive mit den meisten europäischen Mächten abgeschlossen hatte, und durch die Frankreich dem Freihandel wesentlich näher trat. Es verging fast keine Sitzungsperiode, in welcher der gewandte und unermüdliche Redner nicht sein *caeterum censeo* zu Gunsten des alten Zolltarifs vorbrachte. Man konnte daher mit ziemlicher Sicherheit voraussehen, dass der Präsident Thiers seinen langverhaltenen Groll Luft machen, die Aufhebung der verhassten Verträge fordern und einen erheblichen Theil der neuen Steuerlasten auf die Grenzzölle überwälzen würde. Diese Erwartung hat sich in der That bestätigt. Wenige Tage nach der Einnahme von Paris durch die Truppen der Regierung ward der neue unter Mitwirkung des gleichfalls protectonistisch gesinnten Finanzministers Pouyer-Quertier ausgearbeitete Finanz-

plan der Nationalversammlung vorgelegt. Derselbe vertheilte das geforderte Plus von 488 Mill. folgendermaassen:

Enregistrement und Stempel	90 Mill.	Zucker	34 Mill.
Indirecte Steuern		Eingangszoll	
Zuschläge auf Taback, Getränke, Café etc. neue St.	149 „	auf Rohstoffe	170 „
auf Papier, Carten		„ ausw. Fabrik.	10 „
Briefporto	5 „	Ausgangszölle	15 „
Petroleum	10 „	Flaggenzuschläge	5 „

488 Mill.

Die Basis dieses Programmes bildete, wie man sieht, die Besteuerung des Handels. Die Hälfte der Totalsumme sollte durch die Zölle aufgebracht werden, d. h. 170 Mill. durch die Rohstoffe, 25. Mill. durch die Manufacte. Bei den ausländischen kamen dabei noch die draw-backs und Ausfuhrprämien für französische Fabrikate in Abzug. In diesen Ziffern spiegelte sich klar und deutlich die Tendenz, welcher die Regierung zu folgen beschlossen hatte. Der Widerstand bei der Nationalversammlung sowohl, wie beim industriellen Publikum war ein energischer und allgemeiner. Es wurde darauf hingewiesen, dass hohe Zölle keineswegs hohe Einnahmen bedingen, dass vielmehr in England die Herabsetzung der Zölle jedesmal von einer Vermehrung der Einnahmen begleitet gewesen,¹⁾ dass durch die Vertheuerung der Rohstoffe gerade die so überaus wichtige Ausfuhr²⁾ inländischer Fabrikate beeinträchtigt werde, und selbst im günstigsten Falle diese Art der Besteuerung

1) Nach dem englisch-französischen Handelsvertrage stieg in England die Einfuhr von Fabrikaten von 8,731,000 Ctr. im Jahre 1865 auf 12,295,000 Ctr. im Jahre 1866 und die Einnahme der Staatskasse ebenfalls, da der Tarif nicht um die Hälfte vermindert war. Gleichzeitig wurden verschiedene Zölle auf Lebensmittel ermässigt und trotzdem blieb von 1864 auf 65 ein Ueberschuss an Einnahmen von 1,424,000 Frcs., sodass Gladstone dem Parlament die gänzliche Abschaffung bez. Verminderung verschiedener Abgaben, wie den Zoll auf Bauholz, Gleichstellung des Flaschenweins mit dem Fasswein, Ermässigung des Pfefferzolls etc., vorschlagen konnte. Der Verbrauch von Thee ist seit der Herabsetzung des Zollsatzes ganz enorm gestiegen. (Einfuhr aus China allein 150,000 Pfd. monatlich.)

2) Die Ausfuhr stieg in Folge der Handelsverträge in den 5 Jahren von 1860—65 von 58½ Mill. Frcs. auf 141 Mill.

immerhin erst nach einer Reihe von Jahren nennenswerthe Erträge zu liefern, dem augenblicklichen Bedürfniss also nicht zu genügen vermöge. Ausserdem war die Einführung dieser nach 20jährigem Kampfe endlich überwundener Grundsätze im höchsten Grade unpopulär, und die Widersprüche gerade aus denjenigen industriellen Kreisen, welche er durch die Besteuerung ausländischer Fabrikate für seine Ansicht zu gewinnen suchte, hätten den Chef der Executivgewalt belehren müssen, dass der eingeschlagene Weg nicht der richtige sei. Seine Ueberzeugung, dass bei freiem Verkehr die inländischen Manufacte nicht bestehen könnten, war wesentlich auf der Unzufriedenheit begründet, welche die Einführung des ersten Handelsvertrags im Beginn des Jahres 1860 bei den Industriellen, namentlich beim Kleingewerbe hervorgerufen hatte. Die Fabrikanten betrachteten damals die Freigabe der Einfuhr ihrer Artikel als einen Eingriff in ihre Rechte. Vor Allem fürchteten sie die englische Concurrrenz. Das alte Prohibitivsystem war ein willkommener Schild gewesen, unter dessen Schutz sie bequem und sorglos ihren veralteten Apparat benutzen konnten. Nun jagte der Stachel der Concurrrenz sie aus dem behaglichen Schlendrian auf, forderte die Anschaffung neuerer besserer Herstellungs- und Appretur-Werkzeuge, und verursachte erhebliche Auslagen. Ganz anders stand es im Jahre 1871. Im Lauf der letzten 10 Jahre hatte sich die öffentliche Meinung wesentlich zu Gunsten des neuen Zollsystems geändert. Die damals nothwendige Ausgabe war verschmerzt, die Unbequemlichkeit des Uebergangsstadiums überstanden; die Geschäfte hatten sich vergrössert und mit ihnen der Gewinn. Nichts lag ihnen ferner als den einmal gemachten Weg wieder zurückzugehen. Einzelne Manufacturzweige (wie Stahl- und Baumwollenwaaren) hätten zwar eine Beschränkung des Imports concurrirender englischer Fabrikate nicht ungern gesehen, allein der etwaige Vorthail ward mehr als aufgewogen durch die Vertheuerung der Rohstoffe, deren sie bedurften.

Obwohl also auf dieser Seite jegliche Unterstützung ausblieb, obwohl von 60 Handelskammern 55 protestirten, obwohl die auswärtigen Mächte, deren Handelsinteressen durch eine Aufhebung der Verträge empfindlich verletzt zu werden drohten, es nicht an Einsprüchen und Vorstellungen fehlen liessen, wurde das Project der Rohstoffsteuer von dem Präsidenten mit zähester Hartnäckigkeit

festgehalten. Die Nationalversammlung verhielt sich ablehnend; zu einem Abschluss in dieser Frage kam es in der ersten Sitzungsperiode nicht. Die Budgetcommission liess zwar bei der Prüfung der Vorlagen eine Einfuhrsteuer auf Rohstoffe und Fabrikate bis zur Höhe von 50 Mill. bestehen, verwarf aber die Erhöhung des Ausgangszolls vollständig und ersetzte diese Ausfälle durch den Vorschlag zu einer Einkommensteuer vom beweglichen Vermögen (80 Mill.), durch einen Zuschlag von 10 pCt. zu den Eisenbahnbillets und endlich durch die Erhöhung verschiedener indirecter Steuern. Im Ganzen bewilligte sie 528 Mill. also 44 Mill. mehr als die Regierung forderte. Dieser Ueberschuss sollte auf das Budget des nächsten Jahres übertragen werden, dessen Deficit schon jetzt auf circa 650 Mill. veranschlagt wurde. Davon wurden 366 Mill. durch die Versammlung votirt.

Finanzielle Maassnahmen des Jahres 1872.

Die Wirkung der neuen Steuern und Zuschläge wurde begreiflicher Weise mit Spannung erwartet. Der erste Quartalabschluss d. J. 1872 bot hierfür schon einigen Anhalt, und der Erfolg erwies sich als ein relativ günstiger. Die alten Steuern hatten nur 15 Mill. weniger eingebracht, als in der correspondirenden Periode des letzten Friedensjahres, und wenn auch der Ertrag der neuen um 37 pCt. hinter dem Anschlag zurückblieb, so zeigte sich doch schon, aus welchen Quellen sich am besten schöpfen liess. Die höchsten Einnahmen waren bei der Eisenbahntaxe, dem Quittungsstempel und den Gerichtsgebühren erzielt, also bei Verkehr- und Verbrauchssteuern. Der diesjährige Voranschlag, vorgelegt diesmal durch Hrn. v. Goulard ergab eine Ausgabe von 2,429,262,000 Fr. Zur Deckung der 650 Mill. Deficit blieb nach Abzug der im Vorjahre bewilligten 366 Mill. noch eine ordentliche Einnahme von 284 Mill. zu beschaffen, doch hoffte man die Forderung durch einige Ersparnisse¹⁾ und Beschränkungen in den Etats pp. auf 247½ Mill. zu reduciren. Diese Summe sollte nach der Regierungsvorlage²⁾ folgendermaassen aufgebracht werden:

1) Nämlich: 1) Aufhebung der Krondotation, 2) Vermehrung des Holzschlags (20 Mill.), 3) Verkauf von Staatsforsten (2 M.), 4) Zurückziehung von Zinsgarantien für Privatbahnen, 5) Reduction des Etats einzelner Ministerien (Marine 31, Oeffentliche Arbeiten 30, Finanzen 8 etc).

2) Vorgelegt am 14. Mai 1872.

Durch Besteuerung der Rohstoffe	90	Mill.
„ „ „ Gewebe	65	„
„ „ „ matières fabriquées	10	„
„ „ „ des Mobiliar-Vermögens	30	„
„ Zuschlag auf das Sudsalz	8	„
„ „ „ Zucker	20	„
„ „ „ zu den Schiffsgebühren	10	„
„ Steuer auf Zeitungen	3,5	„
„ „ „ Zündhölzer	5	„
„ „ „ Pferde u. Wagen (eventuell)	3	„
„ Ausgangszölle	6	„
	247,5	Mill.

Die Rohstoffsteuer stand wieder an der Spitze. Eine Entscheidung musste diesmal getroffen werden. Dennoch dauerte der Kampf um dies Besteuerungsproject mehrere Monate und förderte eine wahre Fluth von Broschüren und Zeitungsartikeln, eine lange Reihe heftigster Debatten zu Tage. In der Nationalversammlung bildeten sich 4 grössere Parteien. Die Majorität war für eine Extraeinkommensteuer, gegen welche seinerseits der Präsident sein Anathema schleuderte, eine verschwindende Minorität hielt zur Regierung; eine 3te Fraction wünschte eine Erhöhung der 4 directen Steuern, eine 4te endlich die mehr oder weniger durchgreifende Capitalsteuer. In dem Streit um diese 4 Projecte schien schliesslich die ganze Finanzfrage aufzugehen. Die beiden letztgenannten Parteien waren natürliche Alliirte. Beide verfolgten dasselbe Ziel, nämlich das Capital, das angehäuften Vermögen, den wirklichen Besitz (*la richesse formée*) heranzuziehen.

Gegen die Erhöhung der directen Steuern sprachen hauptsächlich die Gründe, nach welchen man schon gleich nach dem Kriege die Mehrbelastung des Grundbesitzes für unzulässig hielt. Mit Recht wurde geltend gemacht, dass derselbe erstens am meisten durch die Invasion geschädigt war, und zweitens noch indirect durch die Erhöhung der Enregistrements-Gebühren getroffen wurde, welche die Transactionen erschwerten, die Capitalsanlage also dem Grundbesitz abwendig machten und den Bodenwerth beeinträchtigten. Ausserdem war zu berücksichtigen, dass eine Steuer vom immobilien Vermögen allemal einer Abnahme an Capital gleichkommt, welche sich z. B. bei jeder Veräusserung durch Herabdrücken des Kauf-

schillings ausdrückt, — während bei der indirecten Steuer die Höhe der Abgabe von der Consumption des Steuerzahlers abhängt, also als eine Art self-taxation betrachtet werden kann. Es ist also unbillig, wenn man dem einen Theil der Bevölkerung zwangsweise eine Capitalverminderung, dem anderen nur eine Consumtionsbeschränkung auferlegt. Der Grundbesitz trägt aber auch seinerseits erheblich zu den indirecten Steuern bei, und verfällt noch unzähligen Communalabgaben und Octrois. Endlich hat Victor Bonnet berechnet, dass das mobile Vermögen mit 10 pCt., der Grundbesitz aber mit 17—18 pCt. ihres resp. Einkommens besteuert sind¹⁾ und der letztere, obwohl nicht erheblich grösser als das mobile Capital, dennoch über $\frac{2}{3}$ von sämmtlichen directen Steuern aufbringt.²⁾

Allerdings liess sich dagegen anführen, dass der Bodenwerth in der letzten Zeit ganz ausserordentlich zugenommen hatte und die Angaben des Katasters nicht mehr zutrafen.³⁾ L. Say und Wolowski glaubten daher, dass ein Steuerzuschlag von 17 cent. keine allzudrückende Last für den Grundbesitz sein würde. Damit wäre dann das wesentlichste Hinderniss für die Erhöhung der directen Steuern weggefallen. Eine solche Maassregel hätte sofort und sicher die geforderte Summe eingebracht, während man bei den indirecten Steuern immer nur tastend vorgehen konnte und der schliessliche Ertrag meistens hinter dem Anschlag zurückblieb. Mich. Chevallier hat noch neuerdings die Vorzüge eines solchen Verfahrens hervorgehoben und vorgeschlagen, den Ausfall des Budgets 1874 mit einem Zuschlag von 20 cent. zu den directen Steuern⁴⁾ und 2 decim. zur Salzsteuer zu decken.⁵⁾ Die öffent-

1) Von allen Staatseinnahmen fielen nach einer Berechnung des „Economist“ (Febr. 1871) bisher auf die directen Steuern 17,8 % (davon über die Hälfte auf den Grundbesitz), auf die indirecten 34,8 %; auf Enregist. und Stempel 24,3 %; auf Duane 8 %, Domänen und Forsten 2,9 %, Forst 4 %, Varia 7 %.

2) Noch neuerdings (am 15. März 1874) bemerkte Magne, „dass von allen neuen Steuern $\frac{2}{3}$ schliesslich den Grundbesitz trafen!“ —

3) Nach A. v. Foville's Berechnungen kostete der Hectar 1789: 500 Frcs., 1815: 700 Frcs. 1851: 1,290 Frcs. 1862: 1,850 Frcs. 1874: 2,000 Frcs.!

4) Folgendermaassen vertheilt: Grundsteuer: 34,080,000. Personalsteuer: 9,560,000. Thür- und Fenstersteuer: 6,806,000. Patentsteuer: 14,000,000. R. d. d. M. 1. Aug. 1874.

5) Diese Zuschläge würden 160—190 Mill. eingebracht haben.

liche Meinung war auch jetzt wie damals im Sommer 1872 dagegen, vielleicht vorzugsweise desshalb, weil die letzte derartige Maassregel, (der Zuschlag von 45 cent. im Jahre 1848) bei der Bevölkerung grosse Missstimmung hervorgerufen hatte. Allerdings vollzieht sich die Besteuerung auf indirectem Wege weniger fühlbar und hat daher für unsicher stehende Regierungen viel Verlockendes. Die Furcht vor Ruhestörungen aber war diesmal wohl völlig unbegründet.

Gegen die Capitalsteuer liess sich im Princip ebenfalls nicht viel einwenden. Ihre Vertheidiger hoben hervor, dass sie eine einheitliche und gerechte wäre, dass sie nicht, wie die Einkommensteuer, ein Minimaleinkommen unbesteuert liesse und so die Bevölkerung in eine zahlende und eine steuerfreie Classe schiede, und dass sie schliesslich auch das unproductiv angelegte Capital heranzöge, welches durch keine andere Besteuerungsform erreicht werde. Der Gedanke war nicht neu. Bereits vor 20 Jahren hatte Girardin für diese Besitzsteuer geschwärmt, die er als „impôt unique“ dem „impôt inique“ entgegenhielt. Allein wie damals, so war auch jetzt die Möglichkeit einer auch nur annähernd genauen Capitalsschätzung mehr als zweifelhaft. Jeder Staatsbürger sollte den Werth seines Gesamt-Besitzes (also auch von unproductiven Werthsachen: Möbeln, Kunstwerken, Sammlungen) frei declariren und man erwartete, dass Patriotismus und Rechtssinn jedwede Controle überflüssig machen würden. Abgesehen von der Unzweckmässigkeit und Unzulänglichkeit eines solchen Verfahrens blieb übrigens noch dabei diejenige Classe unbesteuert, welche ihr Einkommen verzehrt, also „von der Hand in den Mund lebt“. Um diese heranzuziehen, wollten die Vertreter der Capitalsteuer neben dieser noch eine Miethssteuer einführen. Dadurch war das Princip der Einheitssteuer schon wieder aufgegeben, und mithin einem der wesentlichsten Vortheile entsagt.

In der National-Versammlung wurde diese Steuer hauptsächlich durch die Abgeordneten Carayon Latour und Philippoteaux vertheidigt,¹⁾ deren Projecte bezüglich der Kriegskostenzahlung oben bereits besprochen wurden. Für die Einkommensteuer

1) In der Tagespresse hat sich Menier durch eine Reihe von Artikeln bemerklich gemacht.

trat vor Allem Casimir Perrier ein. Von den anderen Parteien als eine neue Form der alten verhassten „taille“, unseligen Andenkens, perhorrescirt, stiess diese Besteuerungsform auch bei den leitenden Finanzmännern auf offenen Widerstand. Schon in den ersten Steuerdebatten des Vorjahres hatte Thiers auf den inquisitorischen Charakter der Erhebung hingewiesen, welcher dem Franzosen wenig behage und den „Besteuerten in einen permanenten Process mit der Regierung verwickelte.“ Die feindliche Haltung, welche die letztere auch jetzt in dieser Frage einnahm, entsprang allerdings zum grossen Theil aus der ungünstigen Beurtheilung, welche neuerdings die „inland-revenue“ in Amerika erfuhr. So sehr auch die Gleichartigkeit der französischen Verhältnisse mit der Finanzlage der Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkriege eine Beobachtung oder gar modificirte Anwendung der dort versuchten und grösstentheils bewährten Maassregeln zu empfehlen schien, so wäre es doch zweifellos richtiger gewesen, diese Frage in England, dem klassischen Land der Einkommensteuer, zu studiren. Die Verpflanzung amerikanischer Steuerverhältnisse auf den continentalen Boden hat immerhin etwas Bedenkliches. In diesem Fall war die Einführung einer Art „inland-revenue“ keineswegs empfehlenswerth und auch das Hülfsmittel der hohen Zölle, welches das untrennliche Correlat derselben bildet, hatte sich in letzter Zeit als unzureichend erwiesen. War doch auch kürzlich durch den Schatzsecretär der Union ganz offen ausgesprochen, „dass die Zölle dem Volke mehr kosteten, als sie dem Staat eintrugen,“ und dies geschah in einem Lande, in welchem der Schmuggel schwierig, wo nicht gar unmöglich ist.

Indessen auch der Uebertragung der englischen Einkommensteuer auf die französischen Verhältnisse standen gerechte Bedenken entgegen. Nicht allein weil durch das neuerdings auch dort auftauchende „anti-incometax-movement“¹⁾ die Zweckmässigkeit des Systems überhaupt in Frage gestellt wurde, sondern weil für eine so durchgreifende Umänderung des französischen Steuerwesens

1) Man geht dabei von dem Grundsatz aus, dass die income-tax bereits seit 1842 in ihrer gegenwärtigen Form als eine „provisorische“ besteht. Die Verlängerung fand alle 3 Jahre statt, der Procentsatz hat oft gewechselt und ist z. B. nach dem Krimkrieg von 7 pence (1842) auf 14 pence (1855) pro Liv. St. gestiegen. In den 60er Jahren stand er meistens 5 und 6 %.

schlechterdings kein Zeitpunkt ungünstiger war als der gegenwärtige. Es bedarf wohl kaum eines Hinweises auf die Schwierigkeiten, welche einer solchen Neuerung, — selbst wenn sie theoretisch undiscutirbar blieb, — gerade jetzt entgegenstehen mussten. Wie hoch belief sich das Einkommen des Einzelnen? Welcher Durchschnitt war maassgebend? Doch jedenfalls nicht der der letzten 3 Jahre, in welche die Kriegszeit fiel. Welcher Steuerfuss war zu wählen? Würden 3 pCt. genügen? mussten 5 pCt. nicht die Production in empfindlicher Weise lähmen? Ein Voranschlag war fast unmöglich; ein Ausfall in den ersten Jahren unvermeidlich. Man hätte also gerade das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung erreicht. Anstatt das Deficit zu decken, hätte man es vergrössert. Ferner welcher Besteuerungsmodus? „Self taxation“ oder Einschätzung? Die erstere Erhebungsart entspricht nicht dem Charakter der Bevölkerung und musste sich bei der wenig entwickelten Selbstständigkeit der unteren Klassen, — wenigstens zunächst, — als unzulänglich erweisen; auch würde sie jetzt, wo sich mehr oder weniger jeder Besteuerte in knapper Lage befand, vielfach zu falschen und ungenauen Angaben Veranlassung gegeben haben. Die Einschätzung dagegen war im höchsten Grade unpopulär. Die in den Jahren 1848 und 1849 angestellten Versuche, diese Steuer einzuführen, mussten bei dem lebhaften Widerwillen der Bevölkerung schnell wieder aufgegeben werden. Jedenfalls liess sich auch jetzt ein ausreichender Ertrag erst erwarten, wenn die Vorurtheile besiegt waren und das neue Steuersystem feste Wurzeln gefasst hatte. Es war, — um nur ein Beispiel anzuführen, — leicht zu berechnen, dass mit einer Einkommensteuer von 3, ja selbst $3\frac{1}{2}$ pCt. diejenigen bereits bestehenden und völlig gesicherten Einnahmen, welche der „income-tax“ entsprechen, nämlich: die Personen- und Mobiliensteuer und die Thür- und Fenstersteuer (im Budget des laufenden Jahres mit circa 142 Mill.¹⁾ veranschlagt) durch eine allgemeine Einkommensteuer nicht erreicht worden wären, und man schon zu 4 pCt. hätte greifen müssen, blos um ein Zurückgehen der Staatseinnahmen zu verhindern. Erwähnenswerth ist übrigens, dass die Einkommensteuer in Frankreich viele Anhänger gewann, weil man sie für eine demokratische hielt.

1) Pers.- und Mob.-St. 94,9; Thür- und Fenster-Steuer 57,6 Mill.

Die Ansicht der Regierung resümirte nun der Finanzminister in einer ausführlichen Besprechung der verschiedenen vorliegenden Projecte dahin: „dass die Capitalsteuer, obgleich theoretisch anerkannt, doch praktisch unausführbar bleibe. Denn die Ermittlung des wirklichen Besitzstandes, welche die Basis dieses System bilde, müsse zu langen, peinlichen, oft erfolglosen, immer umständlichen Untersuchungen führen. Dieselben Bedenken ständen auch der reinen Einkommensteuer entgegen; den Grundbesitz wolle man nicht belasten und damit verbiete sich eine Erhöhung der directen Steuern von selbst; — es bliebe mithin als einziges Auskunftsmittel: — die Besteuerung der Rohstoffe.“

2. Die Hartnäckigkeit, mit welcher der Präsident an diesem seinem Lieblingsplan festhielt, reizte nun seine Gegner, ihre Vorschläge mit gleicher Zähigkeit zu verfechten. Die Finanzfrage artete schliesslich in einen Streit der Lehrmeinungen aus. Ausserdem hatten die dazwischentretenden ewigen politischen Plänkeleien die Gemüther verwirrt und selbst hervorragende und umsichtige Finanzmänner von der festen Grundlage eines geordneten Systems abgetrieben. So verhinderte die Zersplitterung in der Versammlung ein einmüthiges und consequentes Vorgehen in dieser, alle Fractionen doch gleichmässig betreffenden, Angelegenheit und zweckmässige Vorschläge, welche beim ersten Zusammentritt der Kammer und unter dem damals noch unbeschränkten Einfluss des Präsidenten mit Majorität durchgegangen wären, fielen nun der politischen Spaltung zum Opfer. In dem Maasse, wie die Gemüther sich erhitzen, verlor die Versammlung immer mehr den Ueberblick über das, was zur Deckung des Deficits eigentlich geschehen war, und was noch zu thun übrig blieb. Wo sich eine Lücke zeigte, wurde sie durch eine oft ganz willkürlich herausgegriffene Steuer gestopft. An ein einheitliches Zusammenwirken war nicht mehr zu denken; man war auf die bedenkliche Bahn der „Auskunftsmittel“ gerathen. Die meisten Deputirten, welche der Frage näher standen, hatten jeder ihr finanzwirthschaftliches Specificum, das sie mit Aufbietung aller Kräfte durchzubringen suchten. Nur in Einem Punkt waren Alle einig: in dem Widerstand gegen die Rohstoffsteuer. Es ist bekannt, wie sich die heftige Debatte des 12. Juni, zu einem Streit über innere Politik zuspitzte, in welchen auch der Präsident verwickelt wurde: und wie derselbe darum die

Genehmigung der Steuervorlage als ein Vertrauensvotum und eine Bedingung forderte, an die er sein ferneres Verbleiben an der Spitze der Staatsregierung knüpfte. Nur auf diese Weise gelang es, die Einwilligung der Versammlung zu erpressen. Das neue Steuergesetz wurde mit 311 gegen 265 votirt und die Besteuerung der Rohstoffe mit 93 Mill. in's Budget eingetragen, — obwohl die „commission de tarif“ versicherte, dass in Folge der durch die Handelsverträge fürs Erste noch bestehenden Verpflichtungen die neuen Zölle bis zum Jahr 1877 voraussichtlich nicht mehr als 15 Mill. abwerfen könnten. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass dies Gesetz, — welches Lord Granville sehr treffend als einen volkswirthschaftlichen Selbstmord bezeichnete, — nie zur praktischen Ausführung gelangt und also ohne allen Effect geblieben ist. Mit dem Sturz des Präsidenten im Mai 1873 verschwanden die verhängnissvolle 93 Mill. von der Einnahme-Liste, wo sie pro forma gegläntzt hatten und die scheintodt begrabenen Handelsverträge traten wieder in's Leben. Die ganze Episode ging an dem wirthschaftlichen Leben spurlos vorüber.

Die unsichere und schwankende Haltung, welche die Gesetzgebung der ganzen Sitzungsperiode von 1872 charakterisirt, trat recht deutlich hervor in der Mannigfaltigkeit der neuen Taxen und Zuschläge, deren in dem ersten Semester allein 16 votirt wurden. Die wichtigsten sind: die Erhöhung der Patentsteuer, die Gewerbesteuer (sehr bald als unzweckmässig wieder aufgegeben) und die *taxe sur les valeurs mobilières*, eine Spielart der Einkommensteuer. Die letzte finanzielle Maassregel dieser Legislatur-Periode war die Monopolisirung der Fabrikation und des Verkaufs von Zündhölzern (am 2. Mai). Die neue Versammlung, welche am 11. November zusammentrat, erledigte am 20. December das Budget pro 1873 in folgender Fassung:

	Francs.
1) Directe Steuern	375,063,138
2) Specialtaxen	
Taxen auf Güter zur todten Hand	4,569,600
Grundzins der Bergwerke	1,300,000
Verification der Gewichte und Maasse	1,681,000
Pferde- und Wagensteuer	6,659,000
Geschlossene Gesellschaften	800,000
Billardsteuer	1,000,000

Visitation der Apotheken	242,494
Einkommensteuer vom bewegl. Eigenth.	24,000,000
3) Enregistrement, Stempel pp.	564,428,000
4) Ertrag der Forsten	42,022,500
5) Zölle	
Einfuhrzölle auf Rohmaterial und Gewebe	93,000,000
„ „ andere Waaren	143,162,000
„ „ franz- Col. Zucker	46,295,000
„ „ fremden Zucker	24,672,000
Ausfuhrzölle, Schifffahrtsabgaben etc.	12,027,000
Salzsteuer	21,971,000
6) Indirecte Abgaben auf:	
Getränke	350,839,000
Inländ. Zucker	100,090,000
Zündhölzer	15,000,000
Cichorien	5,000,000
Papier	10,000,000
Petroleum	192,000
Salz	8,715,000
Ertrag des Aufschlags von 20 pCt. zu	
Eisenbahnfahrbillets	67,700,000
Tabacksmonopol	287,270,000
Schiesspulver	15,831,000
Varia	36,695,000
7) Post	114,128,000
8) Telegraphie	16,000,000
9) Verschied. Einnahmen	77,100,000
Summa	2467,470,000.

3. Mit diesem Steuersystem betrat man das neue Fiscaljahr. Dasselbe stellte eine Versuchsperiode dar, denn es war erklärlich, dass endlich einmal eine Zeit der Ruhe und Stabilität im Finanzwesen eintreten musste, um die Wirkung der neuen Maassregeln zu erproben. Die Mittheilungen, welche der Finanz-Bericht des neuen Ministers Magne, vom 27. October 1873 veröffentlichte, wurden daher mit lebhaftem Interesse begrüsst. Die Publication war übrigens der erste amtliche und einigermaassen detaillirte Ausweis über die Finanzlage nach dem Kriege. In dem ziemlich umfangreichen Actenstück wird das Budget pro 1874 mit dem

letzten Friedensbudget von 1869—1870 verglichen; der Finanzminister geht dabei radical zu Werke; er betrachtet die 3 letzten Jahre als eine anormale Zwischenperiode und stellt nunmehr ein *budget rectifié* auf, in welchem eine Umänderung des bestehenden Steuersystems nur soweit projectirt wird, als die Erfahrungen der letzten Jahre es wünschenswerth erscheinen lassen und der Mehrbedarf des laufenden es erfordert. Die Einnahmen aus den directen und indirecten Steuern waren im Jahre 1873 nur um 4 Mill. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Dagegen führte die Aufgabe der Rohstoffsteuer und mehrerer anderer als unzweckmässig oder als zu drückend erkannter Taxen, sowie andererseits der Mehrbetrag zu niedrig veranschlagter (ausserordentlicher) Ausgaben zu einem Deficit von circa 178 Mill.¹⁾

Ausgleichung der Budgets 1874 und 1875.

Zur Deckung dieses neuen Ausfalls gab es, wenn man, wie billig, von einer Anleihe absah, nur 2 Mittel: Einschränkung der Ausgaben und Auffindung neuer Einnahmequellen.

1. Eine Reduction der Ausgaben konnte eintreten

- a) bei den laufenden Etats der Ministerien, und zwar, wie der Finanzminister glaubte, bis zur Höhe von 40 Mill.;
- b) bei der jährlichen Schuldabtragung an die Bank von Frankreich. Dies war aber nur auf Grund eines neuen Abkommens möglich, da die Abzahlung von 200 Mill. jährlich gesetzlich garantirt war. So verblieb denn als wesentlichste Hilfsquelle nur

2. die Erhöhung resp. Vermehrung der Steuern um etwa

1) Verminderung der Einnahmen.	Vermehrung der Ausgaben.
a. Aufhebung der Rohstoffsteuer 93,0	a. Zu niedrig veranschlagte Zins-Garant. an versch. Eisenbahngesellsch. 33,0
b. Aufgabe des Steuerzuschlags zur Grund-, Personal- und Fenstersteuer 39,5	b. Zu gering veranschl. Entschädigung an d. Depart. für Kriegsverwüstung . . . 4,1
c. Aufhebung der Flaggenzuschläge 1,0	c. Kosten der Steuerhebung Rückzölle etc. 5,2
133,5	d. Pensionen für Militairs . . 0,9
43,2	43,2
Mill. 176,7	

Mit Hinzutritt versch. Ausg. 178,080,387.

140 Mill.; Frankreich besass noch hinreichend taxables Material. Die Schwierigkeit bestand also weniger darin, das Geld aufzutreiben als diejenigen Steuerformen zu wählen, welche das Land nicht auf dem Wege der wirthschaftlichen Restauration aufhielten und mit denen eine sofortige und ergiebige Wirkung zu erzielen war. Mit Recht betonte die Regierungsvorlage ferner, dass alle vexatorischen Erhebungsarten zu vermeiden seien und verwarf z. B. lediglich aus diesem Grunde die Besteuerung verschiedener inländischer Fabrikate (namentlich der Garne und Gewebe); statt dessen wurden folgende Massnahmen vorgeschlagen:

Steuerzuschlag von $\frac{1}{2}$ decime zu den Zöllen	
und indirecten Steuern	35,494,,000
Desgl. auf Salz ¹⁾	16,125,000
„ „ Zucker	6,928,000
„ „ Fracht (<i>petite vitesse</i>)	25,000,000
„ von 50 pCt. auf die aussergerichtl. Acte	5,000,000
Neue Steuern	
Sudsalze: 12,2 Mill., Oel 6,25, Stearin und	
Lichte 8,0. Taxe auf die „Weiterbeförderung	
von Briefen“ (<i>lettres réexpédiées</i>) 1,1 Mill.	27,550,000
	<u>149,308,000²⁾</u>

In Verbindung mit der Ersparniss von 40 Mill. würden diese neuen Steuern also das Deficit vollkommen gedeckt und sogar noch einen Ueberschuss von 13,182,000 geliefert haben.³⁾

So war denn der grösste Theil der neuen Lasten wiederum auf die indirecten Steuern gewälzt, deren Leistungsfähigkeit durch die früheren Zuschläge doch schon im höchsten Grade angespannt war. Allein auch der Vorrath von Auskunftsmitteln schien er-

1) Eine Modification der Budget-Commission ging auf Verdoppelung des Zuschlags beim Salz (also 1 Decime).

2) Diesen Steuern möchte ich hier die Vorschläge gegenüberhalten, welche von der Ober-Handelskammer ausgingen, als es sich im Juli 1872 um einen Ersatz für die Rohstoffsteuer handelte: Seife, Stearin, Oel, Petroleum bis zu 23 Mill. Glas- und Crystallwaaren 5, Wachsfabrikate 4, Gewebe 60, Zeitungsstempel 10 (!)

3) L'équilibre des budgets de 1874 et de 1875 p. P. Boiteau. Journ. d. écon. Août. 1874.

schöpft. Es fanden sich nur wenig Stimmen, welche etwas Anderes, geschweige denn Besseres in Vorschlag zu bringen hatten. L. Say war der Erste, der bei dieser Gelegenheit eine Reduction der Rückzahlungen an die Bank zu beantragen wagte; wir werden später sehen, wie dieses Project schliesslich in der Wolowski'schen Fassung angenommen wurde; die Mehrzahl der Deputirten hielt aber damals noch eine solche Maassregel noch für identisch mit einem Wortbruch der Staatsregierung. Wenn andererseits Germain den Zuckerzoll erhöht wissen wollte und C. Perrier eine Besteuerung der Raffinerien beantragte, so gehörten diese Vorschläge eben in jene Kategorie der Nothbehelfe, unter denen ja bekanntlich die Steuern auf Pianofortes und Cilinder-Hüte allen Ernstes als hochwichtige Finanzmaassregeln figurirten. Unter dem unverkennbaren Einfluss einer gewissen momentanen Rathlosigkeit votirte denn auch die Versammlung, die Regierungsvorlage bis zur Höhe von 123 Mill. Es galt, um die geforderte Summe von 149 Mill. zu erreichen, demnach noch den Rest von 26 aufzufinden; eine Ziffer, die sich späterhin durch verschiedene Abzüge an den Etats auf 19 Mill. reducirte. Von einer Erhöhung der Salzsteuer, welche 32 Mill. gebracht hätte, wurde mit Rücksicht auf das Unpopuläre einer solchen Maassregel vielleicht nicht ohne ein Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, Abstand genommen und statt dessen eine vom Abgeordneten Lanel vorgeschlagene Steuer genehmigt, welche denjenigen Grund und Boden traf, der nachweislich vor Umlage des Katasters unbebaut gewesen und seither urbar gemacht worden war. Für das laufende Jahr liess sich freilich aus dieser Quelle noch nicht die volle Einnahme (von 20 Mill.) erwarten, und so blieb denn auch für das nächstfolgende Budget von 1875¹⁾ noch ein Deficit von 12,176,000 bestehen, welches durch die Zurückziehung des als zu drückend befundenen Zu-

1) Der Uebersichtlichkeit wegen wird es sich empfehlen, die Steuern des genehmigten Budgets pro 1874 und des Voranschlags pro 1875 hier nebeneinander aufzuführen:

	1874.	1875.
Directe Steuern	375,853,300	408,160,200
Spezialtaxen	18,572,494	20,953,494
Domänen	12,678,470	16,628,970
Forsten	40,806,800	36,064,680

schlags zu den Enregistrement-Gebühren (von 16 Mill.) und die Mehrforderungen¹⁾ verschiedener Ministerien schliesslich auf die Höhe von 36,653,862 anwuchs.

Um nun endlich ein Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe herbeizuführen, liefen gegen Schluss der letzten Sitzungsperiode noch 3 Vorschläge ein. Der erste, von der Regierung vorgelegte Plan kam wieder auf eine Erhöhung der hauptsächlichsten indirecten Steuern um 4 pCt. zurück; derselbe war kaum haltbar, wenn man bedachte, dass die ersten 6 Monate dieses Jahres bereits einen Ausfall von 26 Mill. bei diesen Steuererträgen ergeben hatten. Mit der Vorlage fiel auch der Finanzminister Magne, weniger wohl als Opfer der Finanzpolitik, als wegen der politischen Intriguen die sich, wie gewöhnlich, hier in die Finanzfrage mischten. Der 2te von Hrn. Gouin eingebrachte Vorschlag bezweckte eine verdeckte Anleihe, oder richtiger gesagt, die offenkundige Verletzung eines bestehenden Vertrags. Nach demselben sollte die Regierung die den Eisenbahn-Compagnieen gewährten Zinsgarantien aufheben und durch Anweisungen ersetzen, welche nach 28 Jahren rückzahlbar wären. Ich kann diese beiden Projecte, welche in der Versammlung kaum zur Discussion gelangten, übergehen. Dagegen bin ich genöthigt, desto länger bei dem 3ten zu verweilen, weil durch dasselbe ein wichtiges bisher unberührt gebliebenes Gebiet in den Kreis der Besprechung hineingezogen wird: die Thätigkeit der Bank von Frankreich und die Papiergeldwirthschaft.

Bekanntlich hatte die Bank während der Kriegsperiode dem Staate in verschiedenen Abschnitten die Summe von 1350 Mill. vorgeschossen, welche letzterer sich verpflichtete, vom 1. Januar

Enregister- und Stempelsteuer . . .	607,433,000	} alte Steuern:	
Zölle und Salz	280,960,000		1,805,728,000
Indirecte Steuern	957,006,000		neue:
Posten	110,122,000		78,783,000
Steuer auf bewegl. Eigenthum . . .	28,000,000		31,760,000
Total-Einnahme	2,542,621,199		2,573,525,624
Total-Ausgabe	<u>2,526,866,299</u>		<u>2,569,689,922</u>
Ueberschuss	15,745,900		3,835,702

1) Darunter: Kriegsmin. 25, Marine 10, Unterricht 10. Für Befestigungen von Paris wurden kurz vor Ostern d. J. neue 50 Mill. bewilligt.

1872 an in regelmässigen Annuitäten von 200 Mill. abzutragen. Der Wolowski'sche Finanzplan basirte auf einer Revision dieses Vertrags. Die Bank sollte sich mit einer Abzahlung von 150 Mill. jährlich begnügen und der für die Staatscasse gewonnene Rest von 50 Mill. zur Deckung des Deficits verwendet werden.

Dieser Vorschlag hatte viel Verlockendes. Er bot einen willkommenen Ausweg aus dem Labyrinth verworrener Steuergesetze, in das man sich in den letzten Jahren nur zu sehr verwickelt hatte. Die sonst unvermeidliche Ueberbürdung der Production konnte auf diese Weise noch umgangen werden. An der Bereitwilligkeit der Bank, deren Einverständniss freilich erforderlich war, glaubte man nicht zweifeln zu dürfen. War dieselbe doch durch die Gewährung einer Notenemission, welche den doppelten Betrag der Schuld überstieg, in den Besitz eines zinslosen Capitals gelangt. Ueberhaupt erheischten die mannigfachen Vorthelle, welche dieses Institut aus seiner nahen Fühlung mit der Regierung zog, auch gelegentliche Opfer. (Das Jahr 1873 hatte eine Dividende von 350 Fr. abgeworfen). Wenn sich aber im Schooss der Nationalversammlung eine starke Majorität für dieses Project erwärmte, und sogar einzelne Stimmen laut wurden, welche in Anbetracht des finanziellen Nothstandes ein einseitiges Vorgehen der Regierung in dieser Frage für zulässig erachteten, so fehlte es doch auch nicht an entgegengesetzten Urtheilen. Die Bedenken, welche (ganz abgesehen vom Rechtsstandpunkt) aus allgemein wirthschaftlichen Rücksichten einer Reduction der Ratenzahlung entgegenstanden, entsprangen grössten Theils aus der Befürchtung, dass durch eine solche Maassregel, — die eine offene Insolvenz des Staats bekundete, — die so sehnlichst herbeigewünschte Wiederaufnahme der Baarzahlungen auf's Neue in weite Ferne gerückt und die Haltung des Bankbillets überhaupt in ernster Weise gefährdet werden könne. Dieser Einwand wurde von Wolowski mit Erfolg bekämpft. Sein umfassendes Referat giebt über den Stand der Bank und das Zurückströmen französischen Goldes sehr interessante Aufschlüsse. Die Rückkehr zur Metallwährung würde seiner Ansicht nach durch eine Verminderung der Amortisation um 50 Mill. keineswegs hinausgeschoben. Die zwei Haupterfordernisse dafür, Ergänzung des Metallbestandes und Parikurs des Papiers könnten als gesichert betrachtet werden. Auch der 3te Factor, der günstige Wechselkurs sei vorhanden, da der Ausfuhrwerth

den Einfuhrwerth übersteige. Mit dem Besitz von circa 867 Mill. Schatzscheinen und einer garantirten Amortisation von 150 Mill. jährlich könne die Lage der Bank nicht als bedenklich angesehen werden. Der Staat dagegen habe kein Interesse, gerade diese Schuld rasch abnehmen zu sehen, da sie die denkbar billigste sei. (Der anfängliche Zins von 6 pCt. ist seit Januar 1871 auf 3, seit Januar 1872 auf 1 pCt. ermässigt; 1 pCt. ist, beiläufig gesagt, noch viel für ein Capital, das der Bank nichts kostet, als die Fabrikation der Noten, und das durch den Credit des Staats ebenso wohl als durch den der Bank gedeckt wird.)

Ich möchte, — um nicht später derauf zurückkommen zu müssen, hier gleich erwähnen, welchen weiteren Verlauf diese Reductionsfrage genommen hat. Anknüpfend an den Wolowski'schen Plan trat der neue Finanzminister, Hr. Bodet, in Unterhandlungen mit der Bankdirection. Letztere glaubte indess, auf eine Revision des Contractes von 1871 nicht eingehen zu können. „Ein derartiger Act sei präjudizieller Natur und könne für den Credit der Bank sowohl, als für die Beständigkeit des allgemeinen öffentlichen Vertrauens Gefahren in sich schliessen.“ An Stelle eines Abzugs von den Ratenzahlungen zeigte sich dagegen die Bank bereit, einen neuen Vorschuss von 80 Mill. zu demselben niedrigen Zinsfuss zu gewähren. Die Nationalversammlung ist auf dieses Arrangement eingegangen. 40 Mill. sollten zur Ausgleichung des Budgets von 1874 dienen, die anderen 40 auf Grund eines Specialgesetzes verwendet werden. Am 5. August ist denn auch das Budget 1875 mit 2,588,900,624 Fr. Einnahme und 2,584,452,831 Ausgabe genehmigt worden. Dem scheinbaren Ueberschuss von 4 Mill. steht aber in Wirklichkeit ein verdecktes Deficit gegenüber, da auf Vorschlag L. Says unter der Einnahme ein Posten von 25,440,000 unter dem Titel „Impôts à voter“ aufgeführt wird.

Der Paricurs des französischen Bankbillets.

4. Das neue Abkommen mit der Bank führt zwar insofern zu denselben Resultaten, wie das Wolowski'sche Project, als es dem Geschäftsverkehr momentan eine starke Summe entzieht und sie dem Staat für seine Zwecke zur Verfügung stellt. Dagegen bleibt nach demselben das Princip der Ratenzahlung bestehen, und das ist doppelt wichtig, in einem Lande, dessen Regierungen

von jeher nur eine schwache Neigung für ein geregeltes Amortisationsverfahren gezeigt haben. Man kann daher der Bankverwaltung nur beipflichten, wenn sie eine Abänderung des Vertrags von 1871 verweigerte. Augenblicklich darf zwar die Haltung ihres Papiers als völlig gesichert angesehen werden. Um so mehr aber gilt es, Alles zu vermeiden, was seinen Curs alteriren könnte. Wenn durch ein einfaches Gesetz, — wie in Frankreich,¹⁾ — die Grenzen der Notenemission in's Unendliche ausgedehnt werden können, so erscheint es um so mehr geboten, diejenigen Werthe, welche das Bankbillet contrebalanciren, von dem leisesten Verdacht der Unsicherheit freizuhalten. Dies gilt von den Verpflichtungen des Staats ebensowohl, wie von der bankmässigen Wechseldeckung. Diese Grundsätze sind auch bisher in Frankreich beobachtet worden und ihnen hauptsächlich verdankt das Land, dass es von den nachtheiligen Einflüssen der Papiergeldwirthschaft bisher in auffallender Weise verschont blieb.

Auffallend, — ja, — aber keineswegs wunderbar ist die Haltung des französischen Bankbillets. Um diese Erscheinung zu erklären, genügt es nicht, — wie man es jenseits des Rheins zu thun liebt, — die Unerschütterlichkeit des französischen Credits, die überwiegende Intelligenz und unermüdliche Thätigkeit der Nation in's Treffen zu führen. Wer die dortigen Verhältnisse beobachtet hat, wird gewiss der Wirksamkeit eines Instituts, welches den Credit seines Papiers in so ausserordentlichen Zeiten aufrecht zu erhalten verstand und der Betriebsamkeit eines Volkes, welches denselben fundirte, — seine volle Anerkennung nicht versagen. Allein hier haben verschiedene andere Factoren mitgewirkt, welche sich schon jetzt recht wohl erkennen lassen. —

Ist nun der Paricurs des Bankbillets auch kein finanzielles Wunder, so ist er doch in der That eine Ausnahme. England²⁾

1) Während die englische Bankacte für jede Note über 375 Mill. Frs. Metalldeckung fordert.

2) Von 1797 an stand England 24 Jahre unter der Herrschaft des Zwangscurses. Im Jahre 1800 verlor das Bankbillet 10 0/0; 1809 14 0/0; 1811 20 0/0 und 1813 29 1/4 0/0. Selbst nach dem Frieden von 1815 hielt die Entwerthung noch einige Jahre an, bis 1821 die Baarzahlung wieder eintrat. — In Oesterreich ist die Entwerthung des Papiergeldes eine täglich durch den Curszettel

und die Vereinigten Staaten hatten zu Ende vorigen Jahrhunderts Oesterreich, Italien, die Vereinigten Staaten und Russland haben noch gegenwärtig den Zwangscurs; aber in allen diesen Ländern

bestätigte Thatsache. Die Finanznoth schreibt sich dort schon aus der Zeit der Freiheitskriege her. Damals bestand bereits die Papierwährung, und um die Ausloosung zu besorgen, wurde 1816 die Nationalbank als privilegiertes Actieninstitut gegründet. Allemal, wenn Oesterreich sich der Wiederherstellung der Valuta nahe glaubte, trat ein Krieg dazwischen, so in den Jahren 1859 und 66. Auch jetzt neuerdings vor der Eröffnung der Ausstellung schien es, als ob die Einführung der Metallwährung nur noch geringe Schwierigkeiten machen würde. Die Finanzkrisis aber hat diese Frage wieder weit in den Hintergrund gedrängt. — Russland besass schon vor dem Krimmkriege seit 1842 in den Reichscreditbillets ein Mittelding zwischen Banknote und Papiergeld; von jener hatten sie die Fundirung auf den Credit einzelner Privat-institute, von diesem die gesetzliche Geltung. Man gab sie anfangs nur in grossen Appoints aus bis auf 50 Rub. herab. Am 1. Jan. 1854 wurde der Werth der umlaufenden Creditbillets auf 333,443,000 Rub. angegeben; gleichzeitig erfolgte jedoch das Ausfuhrverbot für russische Goldmünzen und im Beginn des folgenden Jahres die Ermächtigung des Finanzministers, alle ausserordentlichen Kriegskosten durch temporelle Emissionen zu decken. Von nun an fand also die Papiergeld-Ausgabe ihre alleinige Begrenzung in dem befriedigten Bedürfniss des Staats. Die Summen wuchsen rasch. 1856 betrug die Circulationsmenge 509 Mill., 1859 sogar 735 Mill. Rub. Unter solchen Verhältnissen und bei dem absoluten Verschwinden des Baargeldes darf es nicht Wunder nehmen, wenn das russ. Papiergeld in den nächsten 10 Jahren nach dem orientalischen Kriege thatsächlich 20—25 pCt. unter der Silberwährung stand und auf Kupfer sogar zeitweilig 2—3 pCt. Aufgeld gezahlt wurde. Nicht ohne Einfluss blieb dabei der ebenfalls von dem Kriege her datirende Rückgang des russischen Exports nach Europa. —

In Amerika ist der Zeitpunkt einer Wiederaufnahme der Baarzahlungen durch die letzte Finanzkrisis wieder in unsichere Ferne gerückt. Von den 721 Mill. Papiergeld, welche am 1. Aug. 1865 coursirten, ist allerdings mehr als die Hälfte eingezogen. Es bleibt aber zu berücksichtigen, dass der Rückkauf der 6 procentigen Bonds den Credit nicht in dem Maasse gekräftigt hat, als man erwartete. Zweckmässiger wäre der Rückkauf der greenbacks gewesen. Dann stände das Amerikan. Papiergeld, welches jetzt 10 pCt Agio zahlt, längst al pari. Man hofft jetzt viel von einer baldigen Conversion in 4 pCt. und der dadurch möglichen Ersparniss von 30 Mill. jährlich. Augenblicklich ist aber das Vertrauen für die dortigen Finanz-Verhältnisse stark erschüttert; namentlich in England. Dies zeigte sich noch kürzlich, als auf die 4 procentige indische Anleihe in London stark überzeichnet wurde, während die amerikanischen 5 procentigen sich kaum im Paricurs halten konnten.

Diese flüchtige Umschau wird genügen, um die gute Haltung des französischen Bankbillets deutlicher hervortreten zu lassen. In den meisten jener

war und ist die Entwerthung des Papiergeldes eine enorme; sie hat zwischen 10 und 40 pCt. geschwankt. In Frankreich dagegen hat sie nur einmal im Herbst 1871 in Folge verschiedener vorübergehender Umstände $2\frac{1}{2}$ pCt. betragen. Jetzt steht das Bankbillet im Inland unwandelbar pari.

Diese günstige Erscheinung ist meines Dafürhaltens dem Zusammenwirken dreier Factoren zuzuschreiben.

1. Dem Zurückströmen französischen Goldes und der stetigen Zunahme des Baarfonds der Bank. Der gegenwärtige Bestand ist ebenso gross, als vor dem Kriege; er belief sich am 23. December 1869 auf 1,266 Mill., am 29. Juni 1870 auf 550, am 25. August 1871 auf 691, am 16. December 1872 auf 792, am 5. Juni 1873 auf 820, am 25. Juni 1874 auf 1,174 und beträgt heute (am 29. October 1874) 1,268 Mill. Dies sind die Maximalziffern der betreffenden Jahre. Seit dem October vorigen Jahres hat sich die Metallreserve um 494 Mill. vermehrt, die Papierausgabe um 515 Mill. verringert. Am 25. Juni d. J. stand einem Passivum von 2900 Mill. ein Activum von 1,174 Mill. Baarmitteln gegenüber. (Von den 7,985,000 Liv. St. französischen Goldmünzen, welche am Beginn dieses Jahres in den Kellern der Englischen Bank lagen, sind nach Wolowski'schen Angaben bis zum Juli circa 3,315,000 nach Frankreich zurückgeflossen. Auch jetzt dauert diese Bewegung noch fort.)

2. Sodann war es ein günstiges Zusammentreffen, dass diesmal die Einführung des Papiergeldes mit dem allgemeinen wirthschaftlichen Aufschwung zusammenfiel. Ganz anders hatten sich die Verhältnisse bei der periodischen Herrschaft des Zwangscurses in den Jahren 1848—1850 gestaltet. Damals litt der Geschäftsverkehr aller Orten unter einer drückenden Handelskrise. Der Credit war erschüttert; die Operationen der Bank nahmen ab und das Wechselportefeuille leerte sich zusehends (in der Centralbank bis auf 256 Mill.). In den letzten 3 Jahren dagegen hat sowohl der nationale wirthschaftliche Eessor die Verbreitung und Annahme

Länder war die Einführung des Zwangscurses von höchst ungünstigen Nebenumständen begleitet. Was Frankreich betrifft, so ist sogar neuerdings die Frage aufgeworfen, ob die Einstellung der Baarzahlungen im August 1871 überhaupt nothwendig war. Wenn sich dieselbe verneinen lässt, so erklärt sich damit das Ausbleiben der Entwerthung schon von selbst. —

der Bankbillets wesentlich erleichtert, als auch die Zunahme der Operationen seitens der Bank selbst die gute Haltung des Papiers gesichert. Es ist sehr wohl zu berücksichtigen, dass die seit dem Kriege eingetretene Verdoppelung des Notenumlaufs¹⁾ keineswegs ausschliesslich durch die wachsenden Bedürfnisse der Staatskasse und die Kriegskostenzahlung, sondern zum grossen Theil auch durch die Anforderungen des Handels und der productiven Unternehmungen hervorgerufen wurde. Nach dem letzten Jahresrapport des Bankgouverneurs hatten sich die Operationen der Bank im Jahre 1873 in runden Ziffern auf 16,715 Mill. belaufen und sind mithin gegen das Vorjahr um 1 Milliarde 42 Mill. gestiegen. Der Discont der Handelseffecten und des Portefeuilles betrug 14,609 Mill. d. i. 1,157 Mill. mehr als 1872. Nach Abzug des Umsatzes der Schatz- und städtischen Bons verbleiben davon für den eigentlichen Handelsdiscont allerdings nur 9,561 Mill.; aber auch diese Ziffer bleibt die höchste, welche die Bank überhaupt seit ihrem Bestehen erreicht hat. Der Notenumlauf andererseits ist seit einem Jahre stetig zurückgegangen. Nachdem er im October 1873 das Maximum von 3071 Mill. erreicht hatte, beziffert er sich heute auf 2551 Mill.

3. Als drittes Moment endlich möchte ich hier den eigenthümlichen Umschwung in den finanziellen Gewohnheiten heranziehen, der sich beim französischen Volk schon während des Kriegs vorbereitet und bald nach demselben vollzogen hat. Bekanntlich war es noch zu Ende der 60er Jahre schwer, bei der Landbevölkerung, namentlich in den entlegenen Provinzen, Banknoten an Stelle der metallenen Umlaufszeichen anzubringen. Mit dem Krieg ist dieses Misstrauen völlig verschwunden. Zuerst war es die Noth, welche mit dem Umgang des Papiergeldes vertraut machte. Der Belagerungszustand oder die Absperrung, in welche sich plötzlich ganze Landestheile versetzt sahen, zwang die Bewohner, den Mangel an Münze durch andere Werthzeichen zu ersetzen. In verschiedenen grossen Städten vereinigten sich die Handelskammern mit den städtischen Behörden zur Ausgabe kleiner

1) Die Maximalemission, welche vor dem Kriege 1,600 Mill. betrug, ist durch die späteren Gesetze successive auf 1,800, 2,400, 2,800 und bei der Juli-Anleihe 1872 auf 3,200 Mill. ausgedehnt worden.

Noten, welche sich schnell im Lande verbreiteten und im Norden wie im Süden, in Rouen wie in Bordeaux, gleichen Curs hatten. Einzelne Industrieplätze wie Louviers, Elboeuf u. A. haben nur auf diese Weise die regelmässige Auszahlung der Arbeiterlöhne möglich gemacht. Sogar Privat-Etablissement griffen schliesslich zu diesem Hilfsmittel. In Dieppe z. B. cursirten lange Zeit im Kleinverkehr fast ausschliesslich die Fünffranken-Scheine, welche das Haus Osmond und Dufour lediglich unter eigener Garantie emittirt hatte. Was anfangs aus Noth geschah, ward allmählich zur Gewohnheit, und so stiess die Annahme des Billets auf keine Schwierigkeiten. Besonders förderlich war dabei noch die spätere Ausgabe der kleineren Abschnitte, gegen welche sich die Bank anfangs lange gesträubt hatte, um wenigstens das im Kleinhandel circulirende Metall im Lande festzuhalten. Die Gründe, welche schliesslich zur Abänderung der Stückelungsverhältnisse führten, habe ich bereits oben bei Besprechung der Anleihen angeführt. Damals stieg in Folge der Londoner Geldklemme der Goldpreis ganz plötzlich und das Bankbillet verlor $2\frac{1}{2}$ pCt. Die Bank sah sich nunmehr auch zur Ausgabe von Fünffrank-Noten genöthigt, nachdem bereits einzelne Creditinstitute mit der Anfertigung von Zweifrank- und selbst Einfrank-Noten vorgegangen waren. Gerade diese kleinen Abschnitte aber haben das Papier im Lande eingebürgert, und das allgemeine Vertrauen ist in Verbindung mit dem günstigen Wechselkurs die wesentlichste Stütze des Paricurses.

Die gute Haltung des Papiers und die beständige Zunahme des Baarfonds sind Erscheinungen, welche eine verhältnissmässig nahe Wiederaufnahme der Baarzahlen voraussehen lassen. Was die letztere noch verzögert, ist nur die Schuld des Staats an die Bank. Bisher hat sich die Regierung bei ihren Rückzahlungen mehr als pünktlich gezeigt; sie kam meist den Verfallterminen noch zuvor. Gleichzeitig hat die Stadt Paris die ihr am 11. Februar 1871 für die Contribution vorgestreckten 210 Mill. aus den Anleiherträgen der Jahre 1871—1873 heimgezahlt. Augenblicklich wird sich die Schuld des Staats einschliesslich der kürzlich angeliehenen 80 Mill. auf circa 960 Mill. belaufen und bei dem bestehenden Tilgungsmodus in längstens 4—5 Jahren abgetragen sein. Der Zwangscurs könnte aber, wenn nicht unvorhergesehene

Ereignisse eintreten, schon früher (etwa bei 300 Mill. Schuldbestand) aufgehoben werden; das Beispiel der Bank von England würde dies Vorgehen rechtfertigen. Jedenfalls wird die Regierung kein Mittel unversucht lassen dürfen, um, — etwa durch eine neue Anleihe oder eine Conversion, — einem Zustand ein Ende zu setzen, welcher in Frankreich bisher erträglich gewesen ist, der aber immer ein sehr gefährlicher bleibt, und an welchen eine vorsichtige Nation sich nicht gewöhnen darf. Ich wende mich nun, — und dieser Abschnitt wird den letzten Theil der Untersuchung bilden, — zu den neuen Steuern, deren Analyse deshalb von Interesse ist, weil sie zeigt, welchem Theil der Produktionskräfte die neuen Lasten vorzugsweise zufallen. Es wird sich dabei herausstellen, dass die gegenwärtig bestehende Vertheilung des Steuerdruckes auf die Länge unhaltbar ist und dringend der Revision bedarf.

C. Kritik der neuen Steuern.

1. Directe Steuern.

Unter diesen ist eine nennenswerthe Verschärfung nur bei der Patentsteuer eingetreten, eine Maassregel, die, beiläufig gesagt, in den gewerblichen Kreisen eine unverhohlene Missstimmung hervorgerufen und von der fachmännischen Presse eine scharfe Kritik erfahren hat. Als sich im Sommer 1872 der Kampf um die Rohstoffsteuer entspann, war von der schwachen Partei der Protectionisten den Industriellen der Vorwurf gemacht worden, dass sie jenem Steuerproject nur aus persönlichen Interessen entgegenständen und sich überhaupt von jeder neuen Abgabe frei zu halten strebten. Diese Invectiven führten zu einer öffentlichen Erklärung der Handelskammern, wobei nachgewiesen wurde, dass die Gewerbe bereits ihrerseits in Folge der Verschärfung der indirecten Steuern, des Transitzolles und der Stempelgebühren an den allgemeinen Lasten participirten. „Dennoch seien Fabrikanten und Kaufleute gern bereit, sich noch einer neuen speciellen Erwerbsteuer zu unterziehen, vorausgesetzt, dass dies nicht im Wege von Prohibitivzöllen ge-

schehe.“ Einer zu diesem Behuf seitens der Nationalversammlung ernannten Commission ward nunmehr die Aufgabe, eine Steuerart aufzufinden, welche lediglich das aus gewerblicher Production und Transaction, also aus Industrie und Handel erzeugte Einkommen träge. Nachdem in der Generaldiscussion verschiedene Projecte (u. A. eine Besteuerung der Einkünfte auf Grund des Jahresabschlusses in den Hauptbüchern) als unausführbar oder unzweckmässig verworfen waren, blieb man schliesslich bei einer Erhöhung der Patentsteuer stehen. Eine ähnliche Maassregel war, wie dabei betont wurde, auch bei der allgemeinen Anspannung der Steuerkräfte im Jahre 1816, — freilich nur vorübergehend, — eingetreten. Nach den letzten Gesetzen von 1844 und 1850 war die *Contribution des patentes* eine relativ mässige und wurde leicht getragen. Sie besteht theils in einer „festen Taxe,“ welche sich nach dem Ort, dem Umfange und der Beschaffenheit des Geschäftsbetriebes richtet, — theils in einer veränderlichen Gebühr, die nach dem Betrage des Miethswerthes der betreffenden dem Gewerbe gewidmeten Localitäten bemessen ist. Die Besteuereten ihrerseits zerfallen in 4 grosse Kategorieen, von denen die 3 ersten (nämlich: 1) Handwerker und Kaufleute, 2) complicirte oder monopolistisch gestellte Gewerbe, wie Bankiers, Agenten, und 3) industrielle und Creditunternehmungen) der festen Taxe, — die 4te Classe, die sogenannten liberalen Beschäftigungen (Aerzte, Notare, Pädagogische Anstalten) der veränderlichen Gebühr unterliegen. Letztere wechselt je nach der Wichtigkeit und dem Umfang des Unternehmens zwischen $\frac{1}{40}$ und $\frac{1}{15}$ des Miethzinses.

Das neue Gesetz von 1872 dehnte nun die Besteuerung auf alle Gewerbe aus, suspendirte die zahlreichen unter der kaiserlichen Regierung gewährten Befreiungen und bestimmte einen Zuschlag 60 cents. pr. Frank zu der bisherigen Steuer. Dieser Procentsatz erwies sich sehr bald als übertrieben. Besonders in Paris, wo die hohen Ladenmiethen ohnehin die Patentsteuer zu einer unerhörten Höhe treiben, wirkte er lähmend und theilweise geradezu vernichtend auf alle Geschäfte. Man hat sich seitdem (1873) genöthigt gesehen, auf 43 cents. herabzugehen, allein auch dieser Satz wird noch jetzt als zu drückend angesehen. Wenn man bedenkt, dass diese Steuer im Budget 1870 mit 106,150,000 verzeichnet war, nach dem Verlust von Elsass-Lothringen also etwa

99 Mill. ergeben musste, und dass nunmehr das Budget 1875 168,489,000 von ihr fordert (69 Mill. mehr), so darf es nicht Wunder nehmen, wenn die nachtheilige Wirkung einer solchen Ueberanspannung der Productionskräfte sich bereits durch erhebliche Ausfälle fühlbar macht und zu einer bedenklichen Abnahme des Exports führt. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass man auf 120—130 Mill. wird herabgehen müssen, und es entsteht dann wieder die neue Frage, wodurch die fehlenden 40 Mill. zu ersetzen sind.

2. Specialtaxen.

Neu sind darunter die Pferde- und Wagensteuer (9 Mill.) die Steuern auf „Geschlossene Gesellschaften“, Billards, und die Einkommensteuer vom beweglichen Eigenthum.

Gegen Luxussteuern lässt sich bekanntlich nur einwenden, dass der Ertrag zu den Erhebungskosten selten in günstigem Verhältniss zu stehen pflegt. Hier handelt es sich darum, alle Kräfte anzuspannen und so darf auch das Geringe nicht verachtet werden. (Es mag übrigens nicht unerwähnt bleiben, dass die Pferde- und Wagensteuer in England 21 Mill. einbringt.)

Wichtiger ist ohne Zweifel die *taxe sur les valeurs mobilières* die gleichsam als Surrogat für die allgemeine und reine Einkommensteuer votirt wurde. Bisher verfielen alle Werthpapiere, ausländische wie französische, einer Stempelgebühr, allein die Rente derselben war weder direct noch indirect besteuert. Das neue Gesetz bestimmte nun eine Abgabe von 3pCt. von den Zinsen aller im Lande circulirenden Actienscheine, Obligationen, Schuldverschreibungen der Departements und Communen und der Antheilscheine stiller Theilhaber oder Commanditare. Nur die französische Rente und die *obligations trentenaires* sind ausgeschlossen. Diese Steuerquelle erweist sich als ausserordentlich ergiebig. Sie ist in die Budgets 1873—1875 mit 24 resp. 28 und 31 Mill. eingetragen und hat im Laufe des ersten Semesters des Jahres dem Staatsschatz bereits 18,4 Mill. zugeführt. —

3. Enregistrement.

Die Gerichtsgebühren bestehen, obwohl dem Princip nach bereits seit der Regierung Louis XIV., in ihrer jetzigen Gestalt eigent-

lich seit dem Jahre 1798, sind aber fast bei jeder der grossen politischen Umwälzungen erhöht worden, — das letzte Mal durch Gesetz vom 18. Mai 1850, welches die unter dem Ministerium Villèle eingetretenen Ermässigungen wieder aufhob. In einzelnen Fällen war die Abgabe schon vor den neuen Bestimmungen des Jahres 1872 äusserst drückend. So hat z. B. Mich. Chevallier nachgewiesen, dass, wenn bei Theilung einer kleinen Erbschaft unter Minorennen zum Verkauf geschritten werden muss, die Gerichts- und Stempel-Abgaben oft den ganzen Verkaufspreis verschlingen.¹⁾ Um einem derartigen Ausrauben kleiner Capitalisten durch den Fiscus vorzubeugen, war auch schon im Jahre 1867 von der Regierung ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt. Die Commission konnte damals nicht schlüssig werden, und mit der September-Revolution ist das ganze Project verschwunden. Dennoch ist eine Wiederaufnahme desselben auf der Liste der Regierungsvorlagen um so mehr geboten, als eine Reihe anderer weit weniger gerechtfertigter Begünstigungen und Ausnahmen bestehen.

Die ersten Steuergesetze nach dem Kriege erhöhten die Enregistrement- und Stempel-Gebühren²⁾ um 113 Mill. Die letzte Versammlung hat nun, entsprechend den Vorschlägen des Finanzministers, die Abgabe eines halben Decime auch auf die aussergerichtlichen Acte (5 Mill.) die Handels-Effecten (mit Ausnahme der gebührenfreien gezogenen Wechsel (13 Mill.) und die *chèques* (1 Mill.) ausgedehnt. Die letztere Steuer dürfte sich um so weniger empfehlen, als sie dem in Frankreich ohnedies wenig üblichen und doch den Creditverkehr so ausserordentlich erleichtern-

1) Nach Baudrillart (Man. d'écon. pol. 155) zahlte man, bei dem Verkauf eines Grundstücks im Werth von 200 Franken: für das Enregistrement 12,10 Frcs., für Eintragung in's Grundbuch 19, für Löschung der Passiva 80, an Notar- und Stempelgebühr 11,50; in Summa 122,60. Verkauft ein Wittwer mit minderjährigen Kindern, so sind für den Zustimmungsact noch weitere 12 Frcs. zu entrichten. (Hock, Abg. und Schuld, S. 241.)

2) Die Gerichtsgebühren bestanden bisher in einer festen Taxe, welche zwischen $\frac{1}{2}$ Frc. und 100 Frcs. variirte, je nach der Wichtigkeit der betreffenden Urkunde oder je nachdem das Rechtsgeschäft als ein zu begünstigendes oder zu erschwerendes, als ein selbstständiges oder aus einem anderen resultirendes erschien. Bei den Proportionalgebühren ($\frac{1}{10}$ —10 pCt.) ist die Wichtigkeit des erworbenen Rechts oder der aufgehobenen Verpflichtung maassgebend.

den Gebrauch der *chèques* noch ein Hinderniss in den Weg legt. Diese sämmtlichen Taxen bringen jetzt 132 Mill. mehr ein.

4. Zölle.

Neu sind die Abgaben für Zollstatistik, welche leicht, schnell und kostenfrei erhoben werden. Ueber eine Erhöhung der Salzsteuer ist viel debattirt worden, und wenn dieselbe auch schliesslich abgelehnt wurde, so hat doch seitdem die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, zu dieser einträglichen Steuerform endlich doch einmal greifen zu müssen, in den maassgebenden Kreisen mehr und mehr Wurzel gefasst. Man hat darauf hingewiesen, dass auch in dem republikanischen Amerika nach dem Bürgerkrieg ein Zuschlag zur Salzsteuer genehmigt wurde, und dass es in Frankreich nicht unbillig erscheinen könne, wenigstens den Satz des Jahres 1813 wieder in Anwendung zu bringen. Mit Rücksicht auf die Entwerthung des Geldes könnte dann die damalige Steuer von 3 Decimes auf die heutigen Verhältnisse wohl mit 4 Decimes übertragen werden. Die Production, welche in den letzten Jahren stetig zunahm, würde einer solchen Abgabe gewachsen sein, denn wenn die aus der Salzsteuer gehoffte Einnahme in dem ersten Semester dieses Jahres auch um 3 Mill. hinter dem Anschlage zurückblieb, so ist dies wohl lediglich den grossen Ankäufen zuzuschreiben, welche im Herbst vorigen Jahres in Erwartung eines Zuschlags bei den meisten Haushaltungen stattfanden.

5. Indirecte Steuern.

Die in Frankreich bestehende traditionelle Vorliebe für die indirecte Besteuerungsform hat auch diesmal die Leiter der Finanzpolitik dahin geführt, bei der Vertheilung der neuen Lasten den weitaus grössten Part auf die Consumption zu wälzen. Sie haben durch schnell auf einander folgende Zuschläge die Einnahmen aus dieser Steuerquelle um 290—300 Mill. erhöht. Relativ am stärksten sind die Getränke belastet. Fast jeder Finanzentwurf nach dem Kriege kam darauf zurück. Insofern die meisten Getränke als reine Genussmittel anzusehen sind, lässt sich vom wirthschaftlichen, wie vom Billigkeits-Standpunkte gegen die Erhöhung an und für sich Nichts einwenden; nur hätte die Vertheilung des Steuerdruckes unter die verschiedenen Fabrikationszweige eine zweckmässigere

sein können. Wein z. B. ist zu hoch, Alkohol zu niedrig besteuert. Aus der Fabrikation des letzteren könnte der Staat weit höhere Einnahmen erzielen; in England gewinnt er 280 Fr. vom Hectoliter, in Frankreich nur 150. Drückender noch als die Steuer selbst, lasten dagegen die Bestimmungen, welche der Defraudation entgegen wirken sollen, meistens aber nur die Fabrikation in unangemessener Weise einschränken. Eine Revision derselben erscheint unerlässlich.

Die Zuckersteuer ist auf der äussersten Grenze dessen angelangt, was getragen werden kann. Man hat sie auf 106 Mill. geschraubt, allein schon macht sich eine Abnahme des Steuerertrags bemerkbar. Auch der Export war im letzten Jahr geringer; er betrug an Rohzucker 56 Mill. Kilo gegen 86 des Vorjahrs. Dagegen gewinnt die Production von Staubzucker (*poudre blanche*) an Ausdehnung (37 pCt. gegen 26 pCt.). Der neue Weg, in welchen die Zuckerindustrie eingetreten ist, wird überhaupt nicht ohne Einfluss auf die Gesetzgebung bleiben können, vielleicht auch nicht ohne Einfluss auf den Consum. Der letztere bedarf in Frankreich noch sehr der Ermunterung. In England, wo der Zucker bereits als Nahrungsmittel gilt und steuerfrei ist, hat sich die Consumption in den letzten 30 Jahren verdreifacht;¹⁾ in dem stärker bevölkerten Frankreich dagegen hat sie sich noch wenig entwickelt, obwohl dieser Industriezweig gerade dort in höchster Blüthe steht.²⁾ In den Erträgen des Schiesspulvermonopols,³⁾ welches überhaupt mehr von polizeilicher als finanzieller Bedeutung ist, hat nach dem Kriege eine Abnahme stattgefunden, welche theilweise auf die verminderte Nachfrage des Jagdpulvers, theilweise auf die Entdeckung anderer und wirksamerer Sprengmittel zurückzuführen sein dürfte. Im laufenden Budget ist es mit 15 Mill. eingetragen. —

Die Erhöhung des Zolltarifs für Colonialwaaren hat bisher gute

1) 1840: 15,20 Pfd. 1872: 48,5 Pfd. pro Kopf der Bevölkerung.

2) Gesamtproduction 1869: 242 Mill. Kilo. 1872: 419. 1873: 419. 1874: 418, nach dem Journal officiel. Die Stabilität in dem Ertrag der letzten 3 Campagnen ist beachtenswerth.

3) Die Fabrication betrug an Werth in Millionen Francs 1856: 11. 1858: 10. 1859: 9. 1860—69 durchschnittlich: 12. 1870: 1,110 (!) 1871: 9. 1872: 9. 1873: 8.

Resultate ergeben. Café, Thee, Pfeffer, Vanille und ungezuckerte Cichorie liefern jetzt etwa 67 Mill. mehr als vor 1870, die Pflanzen- und mineralischen Oele gegen 8 Mill., gesalzenes Fleisch 1 Mill. Die letztere Steuer sollte man billiger Weise fallen lassen, um den Consum von Fleisch, der ohnehin in den letzten Jahren abnahm, nicht noch mehr herabzudrücken. Auch ist der Aufwand für die Conservirung und Zufuhr dieses Alimentationsmittels so bedeutend, dass durch eine Erhöhung des Einfuhrzolls der ganze Handelszweig lahm gelegt wird. Verschiedene neue Verbrauchssteuern (Seife, Stearin, Lichte, Papier) liefern etwa 26 Mill. Die willkürliche Besteuerung einzelner Industriezweige, welche den Principien der modernen Steuerlehre widerspricht, kann nur als provisorisches Auskunftsmittel gerechtfertigt erscheinen. Dasselbe gilt von der Verpachtung des Streichhölzer-Monopols an eine concessionirte Gesellschaft, welche noch den Uebelstand mit sich führte, dass sie den Fiscus in eine unabsehbare Kette von Processen mit den alten Fabrikanten verwickelte. Die zu zahlenden Entschädigungen waren so bedeutend, dass ein regelmässiger Ertrag erst nach Jahren zu erwarten steht, und selbst dann noch keinesfalls in der angenommenen Höhe. Die Einnahmen des ersten Halbjahrs 1874 ergaben nur 4,7 Mill. anstatt der erwarteten 7,5.

6. Verkehrssteuern.

a) Eisenbahnen.

Der Aufschlag von 10 pCt. auf Eisenbahn-Fahrbillets und Eilfracht-Beförderung war eine der ersten Finanzmaassregeln nach dem Frieden. Die daraus entspringende Mehreinahme ist von 30 auf 35 Mill. gestiegen. Da der Fahrpreis auf den französischen Bahnen im Verhältniss zu dem anderer Länder ein äusserst mässiger war, so konnte eine Erhöhung desselben weder als zu drückend noch als ungerecht erscheinen. Anders verhält es sich mit dem Frachttarif, dessen Höhe keineswegs mit der Schnelligkeit der Beförderung im richtigen Verhältniss steht. Die sogenannte *grande vitesse* steht sogar hinter der Beförderung der gewöhnlichen Fracht in anderen Staaten (Engl. Amerika) zurück; der Tarif dagegen ist so hoch (auf 1 Tonne per Kilometer 30 — 36 cents.), dass selbst speculative Handelszweige die Kostspieligkeit des Transports scheuen. So hat z. B. die letzte Erhöhung dem bisher sehr schwunghaft

betriebeuen Frucht- und Gemüsehandel aus dem Süden nach der Hauptstadt, — dem die Beförderung mit gewöhnlicher Fracht nicht genügen kann, — in empfindlichster Weise Eintrag gethan. Noch bedenklicher ist der neue Zuschlag von 5 pCt. zur *petite vitesse*, welcher in der letzten Sitzungsperiode genehmigt wurde. (25½ Mill.) Eine starke Minorität war, — und wie mir scheint mit Recht, — gegen diese Steuer, die den Handel wesentlich beengt.

Vermuthlich hat die Regierung, indem sie den Tarif für gewöhnliche Fracht näher an den der Eilfracht heranrückte, einen Theil der Absender bestimmen wollen, ihre Waaren mit der letzteren zu schicken. Dem entsprechend hätte aber auch das ganze Transportwesen verbessert werden müssen, welches ohnehin noch in den ersten Anfängen liegt. Die Monopolisirung der grossen Compagnieen steht freilich einer durchgreifenden Reform hindernd im Wege und die neuerdings bestehende kleinliche Rivalität zwischen den Hauptlinien und den Localbahnen¹⁾ lässt um so weniger ein einheitliches Vorgehen nach dieser Richtung hin erwarten. In wie weit der Ausschluss der Concurrrenz im Eisenbahnwesen seine Berechtigung hat, kann hier nicht erörtert werden; das System der Staatsbahnen oder die Beeinflussung privater Unternehmungen durch den Staat bietet aber gerade den Vorzug, dass die Tarification nicht ausschliesslich die Bereicherung der Actionäre, sondern den allgemeinen Nutzen im Auge hat. In Frankreich, wo gerade jetzt eine Zunahme des Exports und mithin eine Erleichterung des Transportwesens wünschenswerth erscheinen muss, dürfte sich eine engherzige Monopolisirung, lediglich zum Zweck hoher Dividenden, kaum empfehlen. Uebrigens macht sich bereits die nachtheilige Wirkung der neuen Verkehrssteuern durch eine erhebliche Abnahme des Transitoverkehrs fühlbar, indem namentlich die aus den Hafenplätzen des Mittelmeers nach Norden versandten Waaren den billigeren Weg durch die Rheinländer einschlagen.

1) Dieselben sind erst durch ein Gesetz von 1865 (bestätigt 1871) ins Leben gerufen. Sie werden nicht von der Staatsregierung, sondern von den Generalrathen concessionirt, und stehen unter Controle der Präfecten und Departementsversammlungen. Das Entstehen dieser kleinen, oft sehr rentablen Linien wurde von den grossen concessionirten Gesellschaften mit Missgunst beobachtet, und anstatt den Localverkehr auf ihre Bahnen hinüber zu leiten, haben letztere durch ungünstige Anschlusszeiten und andere Chikanen den Handel der entlegenen Landestheile nur noch mehr localisirt.

b) Post- und Telegraphenwesen.

Die heftigsten, und man kann wohl hinzufügen, gerechtesten Angriffe haben die Gesetze erfahren, welche eine Erhöhung des Post- und Depeschen-Portos decretirten. In der Postverwaltung ist fast jede Abgabe hinaufgeschraubt worden. Das einfache Briefporto ist bei Versendungen innerhalb desselben Postbezirks von 10 cents. auf 15, in dem Verkehr zwischen 2 Bezirken von 20 auf 25 erhöht. Kreuzbandsendungen und Waarenproben sind derart vertheuert, dass der Handel bereits empfindlich darunter gelitten hat. Eine Steigerung der Portosätze müsste eigentlich um so weniger zulässig erscheinen, als dieselben bereits vor dem Kriege übertrieben hoch standen und den Tarif der meisten Staaten, bei durchschnittlich geringerer Entfernung weit überstiegen. (In England 10, in Amerika $12\frac{1}{2}$, in Deutschland 15 cents. für einen Brief von 14 — 15 gramm.) Nun ist es aber, im Princip wenigstens, von der ganzen Welt als volkswirtschaftlicher Grundsatz anerkannt worden, dass die Verkehrsmittel so zugänglich und wohlfeil als irgend möglich herzustellen sind. Am wenigsten dürfen sie zu einer Einnahmequelle für die Staatskasse ausgebeutet werden. Auch ist dies in keinem der gut organisirten Länder der Fall. Frankreich selbst ist bezüglich der Strassen und Canäle auf dieser Bahn früher vorangeschritten; die Brückenzölle und Wegegelder sind dort zuerst gefallen. Ausserdem hat es sich herausgestellt, dass eine Verminderung des Portos keineswegs zu einer Verminderung des Postertrags führt. Allerdings hatte man in England nach Einführung des „penny postage“ (1839) mehrere Jahre hindurch einen Ausfall,¹⁾ allein damals war der Abstand zwischen der alten und der neuen Taxe ein sehr grosser, und der Handelsverkehr, besonders die geschäftliche Correspondenz, bei weitem nicht so entwickelt, wie zu unseren Tagen. Die neueste Geschichte des Postwesens hat denn auch ganz andere Resultate aufzuweisen. In Deutschland z. B. war (nach Kolb) der Postverkehr vor Einführung der Groschen-taxen noch sehr gering.²⁾ Im Jahre 1865 betrug die Zahl der

1) Der Bruttoertrag sank auf 75 pCt., der Reinertrag auf 25 pCt. der früheren Einnahmen herab, aber schon nach 8 Jahren war der erste, nach 20 Jahren der zweite wieder überholt.

2) Briefe pro Kopf: in Bayern 6,89. Hannover 6,89. Mecklenburg 7,58. Preussen 8,55. Sachsen 9,23. Württemberg 9,43. Baden 9,91. Man erkennt

jährlich verschickten Briefe nur 227,635,000, im Jahre 1868 dagegen war sie in Folge des Groschen-Portos allein im norddeutschen Bund auf 307,293,000 St. gestiegen. In England betrug der Briefverkehr vor 1839 75,907,000, im Jahre 1865 bereits 724,460,000 (1867: 877,000,000). Obgleich also das neue Briefporto nur den 6ten Theil des alten Satzes betrug, war die Einnahme auch dort nach 25 Jahren um das vierfache gestiegen. (1,482,000 Fr.) Diese Erfahrungen hätten also, selbst wenn der finanzielle Gesichtspunkt der ausschliesslich maassgebende sein sollte, zu einer Verringerung, anstatt zu einer Erhöhung der Portosätze führen müssen. Doch auch die volkswirthschaftlichen Rücksichten sollen hier bestimmend mitwirken. Mehr denn je war es geboten, gerade jetzt den Handel, namentlich den Aussenhandel, zu beleben. Die Correspondenz musste erleichtert, der Austausch von Prospecten, Handelsberichten, Waarenproben und Werthsendungen in jeder denkbaren Weise gefördert und durch neue Postverträge garantirt werden. Die Nachbarstaaten England, Deutschland, Belgien würden dazu bereitwillig die Hand geboten haben, da sie dem gleichen Princip huldigen. Statt dessen hat die französische Postgesetzgebung den entgegengesetzten Weg eingeschlagen, und mithin das Gegentheil der beabsichtigten Wirkung herbeigeführt. Bei der ohnehin im Volke nicht sehr verbreiteten Schreibfertigkeit hat man die Einnahmen theilweise verringert, anstatt sie zu erhöhen und selbst da, wo ein Mehrertrag nachweisbar, ist er von zweifelhaftem Werth. Verschiedene der 1872 eingeführten Zuschläge mussten im darauf folgenden Jahre wieder aufgegeben werden. Auch die Einführung der Postkarten war von einem Misserfolg begleitet, lediglich wegen des zu hohen Portos (10—15 cents.). Ein solcher Satz musste nothwendiger Weise der raschen Verbreitung dieses, in allen anderen Ländern so ausserordentlich beliebten Correspondenzmittels entgegen wirken. Ein nennenswerther Ertrag kann hierbei nur erzielt werden, wenn man auf 5 cents herabgeht.

Weniger empfindlich als beim Postwesen sind die beim telegraphischen Verkehr eingetretenen Zuschläge. Der alte Satz war in der That sehr niedrig; man hat ihn unbedenklich von 50 auf

hieraus sofort, dass in den letztgenannten 3 Ländern, wo die Groschenpost bereits bestand, der Verkehr ungleich lebhafter war.

60 cents. für Depeschen innerhalb der einzelnen Departements, und von 1 Fr. auf 1 Fr. 40 für ganz Frankreich erhöhen können. Dennoch bleibt es fraglich, ob eine Herabsetzung hier nicht ebenfalls zu finanziell günstigeren Resultaten geführt haben würde. In der Schweiz z. B. hat, nachdem die einfache Depeschen-Gebühr auf $\frac{1}{2}$ Fr. für das ganze Land ermässigt wurde, — die Reineinnahme sich nicht vermindert, sondern gehoben.

Wer die letzten Seiten dieser Brochüre aufschlägt, in der Erwartung, am Schluss eine Art von Resumé zu finden, gleichsam das Facit der vorangegangenen Untersuchung, wird das Buch enttäuscht, vielleicht unwillig aus der Hand legen. Ob mit Recht, — wird der geduldige Leser zu entscheiden wissen, der mich auf dem langen oft ermüdenden Wege über das dürre Feld der Zahlen begleitet und den am Schluss der einzelnen Kapitel angefügten kritischen Bemerkungen geneigte Beachtung geschenkt hat. Dieser wird mir beistimmen, wenn ich darauf verzichte, noch einmal das bereits Besprochene hier in gedrängter Form zu wiederholen; noch weniger wird er erwarten, dass ich nunmehr aus den Zahlenconstellationen der Budgets und Finanzberichte dem Schicksal Frankreichs das Horoscop stelle. In der That, der zusammenwirkenden Factoren sind zu viele, die politischen Einwirkungen zu unberechenbar, die ganze an den Krieg anknüpfende Finanzperiode ist noch zu wenig abgeschlossen, als dass sich schon jetzt ein Ergebniss herausstellen sollte, das zu irgendwie sicheren Folgerungen für die Zukunft berechtigte. In welche Phasen die französische Finanzwirthschaft noch eintreten kann, wird wesentlich von der Gestaltung der inneren Verhältnisse abhängen. Hier möge mir eine Bemerkung allgemeinerer Natur gestattet sein.

Es ist in unseren Tagen Mode geworden, von einem offenbaren Verfall der romanischen und einem Aufblühen der germanischen Volksstämme zu reden. Während die ersteren einer lange vorbereiteten inneren Zersetzung zum Opfer fielen und successive aus dem Kreis der gebietenden Weltmächte ausschieden, beginne das goldene Zeitalter für die germanischen Nationen, welche ihrer-

seits bestimmt seien, dermaleinst den nachrückenden slavischen das Scepter der Weltherrschaft abzutreten. Für die Richtigkeit dieses Satzes werden zahlreiche Belege aus den Archiven der spanischen, italienischen und selbst französischen Geschichte herbeigeholt, und die ewige Gleichmässigkeit „der ehernen Gesetze, nach welchen wir Alle unseres Daseins Kreise vollenden,“ soll nun auch für die ferneren Schicksale der Culturstaaten maassgebend sein. Ich will nicht näher eingehen auf das Unfruchtbare einer solchen Conjecturalpolitik, welche selbst hie und da unvermerkt die Linie der ernsten Geschichtsforschung passirt, ich will nur auf eine bedenkliche Seite derselben aufmerksam machen, welche sie weniger harmlos erscheinen lässt. Eine Auffassung, wie die obige, kann nämlich nur zu leicht über die Grenze des wohlberechtigten Selbstbewusstseins hinaus auf das gefährliche Gebiet der Selbsttäuschung führen. Man darf die industriellen Kräfte eines Landes nicht nach den moralischen, die materiellen Hilfsmittel nicht nach der militärischen Stärke beurtheilen. Der Verfall der einen Capacität ist meistens das Geheimniss der verjüngten Lebenskraft auf dem anderen Gebiet. Frankreich verfügt noch jetzt ungeachtet der Niederlagen des letzten Krieges, ungeachtet der Entziehung jener vielgenannten Milliarden, ungeachtet der Verringerung seines Ländergebiets über bedeutende Machtmittel. Unter diesen nimmt der Staatscredit eine hervorragende wichtige Stellung ein, — der Credit „*cette arme nouvelle*,“ wie ihn J. B. Say nannte, „*plus terrible que la poudre à canon, dont toutes les nations doivent se servir sous peine d'infériorité*.“ Das Vertrauen des Auslandes auf die reichen Naturkräfte Frankreichs und die Betriebsamkeit einer, — man muss das anerkennen, — rührigen und sparsamen Nation war es, was zunächst das Gelingen der zwei grossen Anleihen zu Wege brachte, — Anleihen, die in diesem Umfange ein Unicum der Finanzgeschichte bildeten. Derartige Creditoperationen waren nicht denkbar ohne Betheiligung des speculativen Elements, das nachgerade ein unentbehrlicher Factor unseres wirthschaftlichen Lebens geworden ist. Die Speculation ist das ebenbürtige Kind des 19. Jahrhunderts; aber je nach der Art ihres Auftretens ist sie bald *enfant gâté*, bald *enfant terrible*. Mit Recht bezeichnete Proudhon eine richtige gesunde Speculation als: „*le génie de la découverte, la*

conception intellectuelle des différents procédés par lesquels le travail, le crédit, le transport et l'échange peuvent intervenir dans la production.“ Allein sie kann bei entfesselter Bewegung sich auch als wuchernder Schwamm am Staatsgebäude festsetzen. Beide Seiten sind in der jüngsten Finanzgeschichte Frankreichs hervorgetreten. War das übermässige Heranziehen der Coulissee bei den Anleihen ein Missgriff, der sich durch die enormen Kosten dieser Operationen und das schwierigere Classiren des Papiers rächen musste, so ist dagegen das speculative Element bei der Beschaffung der Zahlungsmittel, namentlich bei den grossartigen Wechselankäufen in geschicktester Weise verwerthet worden und wir können den leitenden Kräften des Finanzdepartements, welche mit grosser Umsicht und Geschäftskennntniss theilweise unter schwerer Verantwortlichkeit operirt haben, die gebührende Anerkennung nicht versagen.

Dass die Vortheile der Contributionszahlung für Deutschland erst im weiteren Verlauf der nächsten Jahre hervortreten werden, darüber herrscht wohl kaum noch eine Meinungsverschiedenheit. Andererseits aber lässt sich nicht hinwegläugnen, dass Frankreich um den Betrag von 5 Milliarden in seinen Machtmitteln geschwächt wurde. In welcher Weise dieser Ausfall gedeckt werden kann, wird lediglich von der Betriebsamkeit der Nation abhängen, welche wohl im Stande ist, den Verlust durch Erzeugung neuer Werthe zu ersetzen. Eben so wenig lässt sich natürlich berechnen, wie lange Zeit ein solcher Ergänzungsprocess in Anspruch nehmen wird. Allerdings bietet der bisherige Gang der Ereignisse manche Anhaltspunkte, welche auf eine baldige Herstellung des wirthschaftlichen *status quo* vor dem Kriege schliessen lassen. Zu Ende der 60er Jahre wurde der jährliche Ueberschuss, welchen das französische Volk nach Abzug der Kosten für den Lebensunterhalt zurücklegte, auf 1500—2000 Mill. geschätzt. Schon daraus ergibt sich, dass der Mehrbedarf, welchen die Vergrösserung der Zinsenlast für die Staatsschuld jetzt forderte, ohne Verringerung des Nationalvermögens aufgebracht werden konnte. Die Zunahme des Exports, — welche nicht von einer Abnahme des Imports begleitet war, — hat dies bestätigt, und auf dem Gebiet des internationalen Handels wenigstens ist Frankreich im Stande, seinen Ehrgeiz bis an die Grenzen des Möglichen zu be-

friedigen. Freilich dürfen wir nicht vergessen, dass die jetzige Anspannung der productiven Kräfte noch für die Begleichung eines Ausfalls stattfindet, dass die Franzosen vorläufig noch immer „pour le roi de Prusse“ arbeiten und dass, — wenn nach Verlauf von einigen Jahren die Steuerkraft wieder derartig erstarkt ist, um über den Bedarf des Budgets hinaus einen Ueberschuss für das Volksvermögen abwerfen zu können, — die dazwischen liegende Periode von circa 10 Jahren ohne Gewinn, ohne Bereicherung geblieben ist, sich also in mannigfacher Hinsicht als „verlorene Zeit“ darstellt. Ich will es unerörtert lassen, in wie weit hierin eine Garantie für die Erhaltung des Friedens liegen kann; Frankreich ist nicht verarmt, aber es ist durch die Entziehung eines Theiles seiner Baarmittel und durch die höchste Anspannung der Steuerkräfte soweit gelähmt, dass es jetzt einen Krieg nicht unternehmen kann, ohne seine ganze Finanz- und Volks-Wirthschaft dauernd zu untergraben, ohne eine Krise herbeizuführen, welche allen Bevölkerungsschichten namhafte Verluste zufügen, dem Nationalwohlstand unheilbare Wunden schlagen würde. Es ist bekannt, dass die militärische Leistungsfähigkeit und Kriegsbereitschaft nicht allein von der Tüchtigkeit der Truppe, sondern ebensowohl von der Leichtigkeit abhängt, über grosse Summen innerhalb kurzer Zeit verfügen zu können. Diese Fähigkeit besitzt Frankreich nicht nur nicht, sondern dem Kriegsschatz in Spandau stehen die leeren Cassen des französischen Staatsschatzes gegenüber. Der Credit des Landes ist freilich noch nicht erschöpft, das zeigt sich an der guten Haltung des Bankbillets, wie am Stand der Rente. Allein eine Anleihe würde bei Ausbruch des Krieges nur im Ausland und nur unter äusserst ungünstigen Bedingungen contrahirt werden können. Bis dahin, — wir dürfen das nicht übersehen, — hat Frankreich mit dem Credit gezahlt, der auf seinem Edelmetallvorrath und seinen auswärtigen Guthaben, also seinem Vermögen begründet war. Von jetzt an würde der Credit aber nur auf die Hoffnungen fundirt sein, welche sich an eine kriegerische Operation knüpfen könnten und darauf — borgt es sich bekanntlich schlecht. Hat Frankreich ernstliche Friedensgedanken, so wird „das grosse Buch der Staatsschuld“ fürs Erste geschlossen bleiben müssen.

Was vor Allem Noth thut, ist eine durchgreifende Steuerre-

form. Die indirecten Steuern tragen $\frac{9}{10}$, die directen nur $\frac{1}{10}$ des seit 1871 aufgelegten Plus. Diese Ausbeutung der unbemittelten Volksklassen zu Gunsten der besitzenden, namentlich der in Frankreich überaus zahlreichen Rentner, muss die Unzufriedenheit der niederen Schichten nothwendiger Weise in bedenklichem Maasse steigern und könnte leicht wieder zu einem Klassenkampf führen. Man wird sich entweder zur Einführung der allgemeinen Einkommensteuer entschliessen oder wenigstens einen Theil der neuen Lasten von den Consumsteuern auf die directen Abgaben überwälzen müssen. Weniger als in anderen Staatssphären kann hier mit kühnen Griffen operirt werden. Die Systemlosigkeit der bisherigen Steuergesetzgebung trägt denn auch bereits ihre Früchte, und die aus der productiven Volkswirthschaft entspringenden Quellen beginnen sparsamer zu fliessen. In dem ersten Semester 1874 haben die indirecten Steuern anstatt der erwarteten 909 Mill. der Staatskasse nur 882 zugeführt, (davon kommen 13 Mill. auf die Getränke, 10 auf den Colonialzucker, 4 auf Frachtabgaben, $1\frac{1}{2}$ auf die Post und 3 auf das Enregistrement). Diese Ausfälle sind lediglich die Folge einer übermässigen Anspannung der Kräfte, denn die Production ist nicht in dem Maasse zurückgegangen und auch der haushälterische Charakter der Nation hat sich nicht verändert. Im Allgemeinen wird aber für alle diese Reformprojecte nach wie vor der bekannte Ausspruch des Finanzministers Baron Louis gelten müssen: „*Faites moi de la bonne politique et je vous ferai de bonnes finances.*“

Berlin, im December 1874.

Tabelle A. (In 100 Mill.)

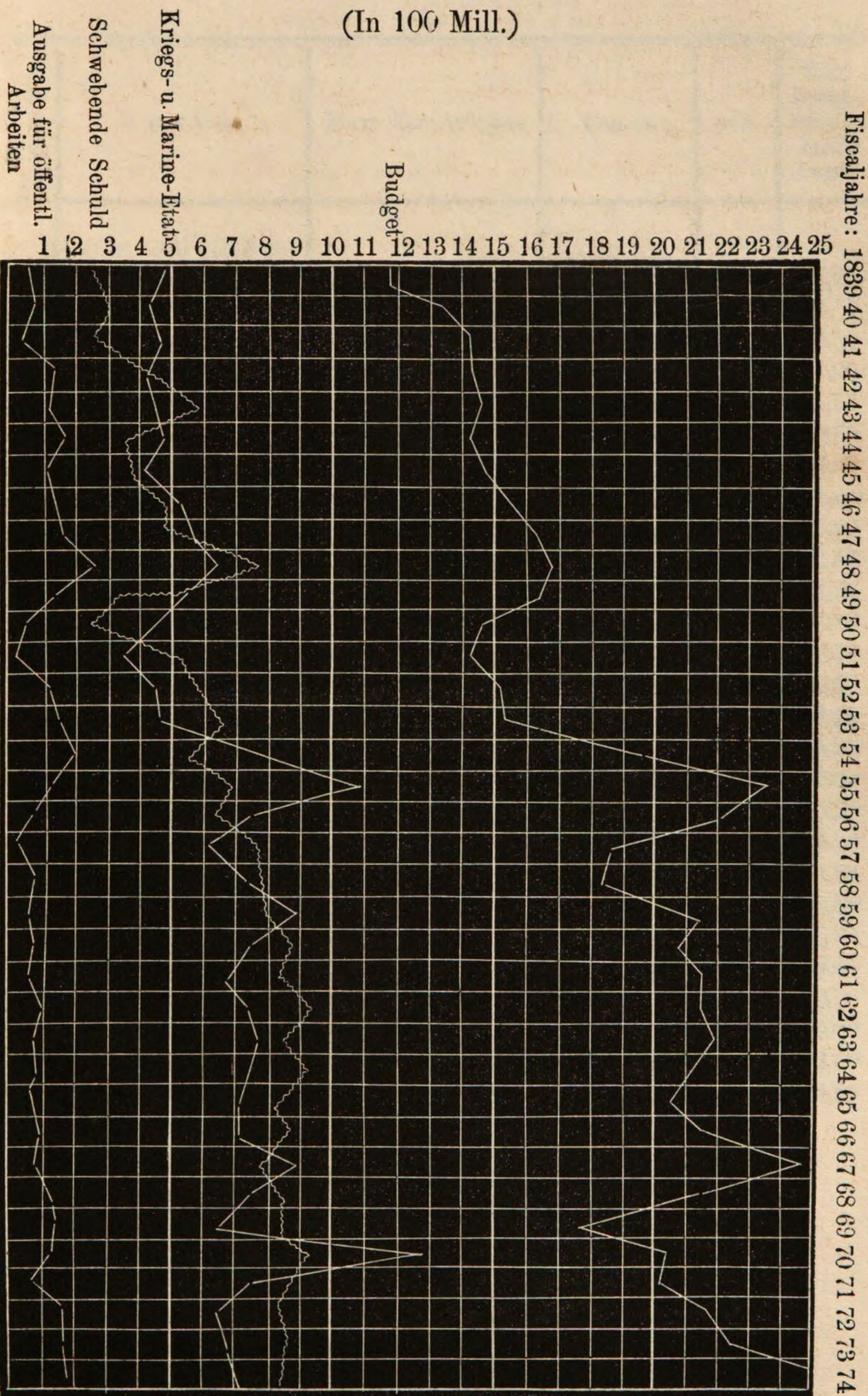


Tabella A.
(10. 100. 1000.)

Arretrati	Arretrati per ogni 100	Arretrati per ogni 1000	Arretrati per ogni 10000	Arretrati per ogni 100000	Arretrati per ogni 1000000
1	1	10	100	1000	10000
2	2	20	200	2000	20000
3	3	30	300	3000	30000
4	4	40	400	4000	40000
5	5	50	500	5000	50000
6	6	60	600	6000	60000
7	7	70	700	7000	70000
8	8	80	800	8000	80000
9	9	90	900	9000	90000
10	10	100	1000	10000	100000
11	11	110	1100	11000	110000
12	12	120	1200	12000	120000
13	13	130	1300	13000	130000
14	14	140	1400	14000	140000
15	15	150	1500	15000	150000
16	16	160	1600	16000	160000
17	17	170	1700	17000	170000
18	18	180	1800	18000	180000
19	19	190	1900	19000	190000
20	20	200	2000	20000	200000
21	21	210	2100	21000	210000
22	22	220	2200	22000	220000
23	23	230	2300	23000	230000
24	24	240	2400	24000	240000
25	25	250	2500	25000	250000
26	26	260	2600	26000	260000
27	27	270	2700	27000	270000
28	28	280	2800	28000	280000
29	29	290	2900	29000	290000
30	30	300	3000	30000	300000
31	31	310	3100	31000	310000
32	32	320	3200	32000	320000
33	33	330	3300	33000	330000
34	34	340	3400	34000	340000
35	35	350	3500	35000	350000
36	36	360	3600	36000	360000
37	37	370	3700	37000	370000
38	38	380	3800	38000	380000
39	39	390	3900	39000	390000
40	40	400	4000	40000	400000
41	41	410	4100	41000	410000
42	42	420	4200	42000	420000
43	43	430	4300	43000	430000
44	44	440	4400	44000	440000
45	45	450	4500	45000	450000
46	46	460	4600	46000	460000
47	47	470	4700	47000	470000
48	48	480	4800	48000	480000
49	49	490	4900	49000	490000
50	50	500	5000	50000	500000
51	51	510	5100	51000	510000
52	52	520	5200	52000	520000
53	53	530	5300	53000	530000
54	54	540	5400	54000	540000
55	55	550	5500	55000	550000
56	56	560	5600	56000	560000
57	57	570	5700	57000	570000
58	58	580	5800	58000	580000
59	59	590	5900	59000	590000
60	60	600	6000	60000	600000
61	61	610	6100	61000	610000
62	62	620	6200	62000	620000
63	63	630	6300	63000	630000
64	64	640	6400	64000	640000
65	65	650	6500	65000	650000
66	66	660	6600	66000	660000
67	67	670	6700	67000	670000
68	68	680	6800	68000	680000
69	69	690	6900	69000	690000
70	70	700	7000	70000	700000
71	71	710	7100	71000	710000
72	72	720	7200	72000	720000
73	73	730	7300	73000	730000
74	74	740	7400	74000	740000
75	75	750	7500	75000	750000
76	76	760	7600	76000	760000
77	77	770	7700	77000	770000
78	78	780	7800	78000	780000
79	79	790	7900	79000	790000
80	80	800	8000	80000	800000
81	81	810	8100	81000	810000
82	82	820	8200	82000	820000
83	83	830	8300	83000	830000
84	84	840	8400	84000	840000
85	85	850	8500	85000	850000
86	86	860	8600	86000	860000
87	87	870	8700	87000	870000
88	88	880	8800	88000	880000
89	89	890	8900	89000	890000
90	90	900	9000	90000	900000
91	91	910	9100	91000	910000
92	92	920	9200	92000	920000
93	93	930	9300	93000	930000
94	94	940	9400	94000	940000
95	95	950	9500	95000	950000
96	96	960	9600	96000	960000
97	97	970	9700	97000	970000
98	98	980	9800	98000	980000
99	99	990	9900	99000	990000
100	100	1000	10000	100000	1000000

Tabelle B.

Regierungen.	J a h r e.	Form der Anleihe.	Francs.	pCt.	Zum Durch- schnitts- cours von
Restauration.	1816—1817 (1. Mai— 1. April)	—	6,100,000	5	57,26
	1817—1818 (desgl.)	—	30,000,000	5	57,55
	1818 (Mai)	öffentl. Subscript.	14,225,000	5	66,50
	1818 (November)	Hope & Baring	12,313,000	5	67,00
	1821 (August)	Hottinger & Comp.	9,585,000	5	85,55
	1823 (Juli)	Rothschild	23,114,000	5	89,55
	1830 (Januar)	„	3,134,000	4	102,07
II. Rp. Julireg.	1831 (Juni)	„	7,142,000	5	84,00
	1832 (August)	„	7,614,000	5	98,50
	1841 (December)	„	5,130,000	3	78,52
	1847 (October)	„	250,000,000	3	74,25
II. Rp.	1848 (Juli)	verschied. Häuser	19,000,000	3	74,25
	1849 (December)	Rothschild	7,079,000	3	48,75
II. Kaiserreich.	1854 (März)	Nationalsubscript.	250,000,000	{ 3 4 1/2	65,25 92,25
	1854 (December)	„	500,000,000	{ 3 4 1/2	65,25 92,00
	1855 (Juli)	„	750,000,000	{ 3 4 1/2	65,25 92,00
	1859 (Mai)	„	500,000,000	{ 3 4 1/2	65,25 90,00
	1864 (Januar)	„	300,000,000	3	66,30
	1868 (August)	„	450,000,000	3	69,25
	1870 (August)	„	750,000,000	3	60,50
III. Rep.	1870 (October)	Morgan	250,000,000	6	85,00
	1871 (Juni)	Nationalsubscript.	2,000,000,000	5	82,50
	1872 (Juli)	„	3,000,000,000	5	84,50

Berichtigungen.

Seite 12, Anm. 1. In Russland bestand allerdings schon von jeher der Usus, dass die Regierung über die bei den kaiserl. Creditinstituten gemachten Einlagen frei disponirte. In sofern schuf also der Ukas von 1859 keine Neuerung; doch trat mit ihm die bereits früher übliche Verwendung der Bankdeposita etc. zu Staatszwecken, welche selbst unter dem Kankrin'schen Regime nur als Nothbehelf gegolten hatte, nunmehr förmlich als administratives Prinzip in Kraft.

Seite 22, Anm. Die erste Zahlenreihe: 31,3% etc. bezeichnet den Procentsatz des Militäraufwands im Jahre 1873 (nach H. Wagner), die andere correspondirende Columnne: 39,8% den Procentsatz für die nebenstehenden eingeklammerten Jahre (nach Prof. A. Wagner, Lehrb. d. Finanzwiss. S. 160). In dieser Reihe muss es bei Oesterreich heissen: 1870 = 28% (davon 70% Antheil auf die Westhälfte zu den gemeinsamen Ausgaben für Land- und Seemacht.

Seite 33 Zeile 11 von oben sind nach dem Worte „Niederländischen“ die Worte „und Belgischen“ einzuschalten.

Seite 44 Zeile 9 von unten sind die Jahreszahlen 1870 und 1871 an den Köpfen der Columnnen zu vertauschen.

Seite 75 Anm. 1 muss es heissen: Sie beträgt im Ganzen 1,964,173. Davon kommen auf die abgetretenen Provinzen 1,597,219, sodass der sonstige Abgang sich auf 366,954 stellt.

Seite 85, Anm. 1 ist zu ergänzen: Es entfielen nämlich von den für den eignen Bedarf zugeführten Lebensmitteln auf den Kopf der Bev. etc. Die Tabelle zeigt demnach nur die Zunahme des Imports von Genuss- und Nahrungsmitteln an. Zeile 5 von unten lies: Kartoffeln 21,06 statt 11,06.

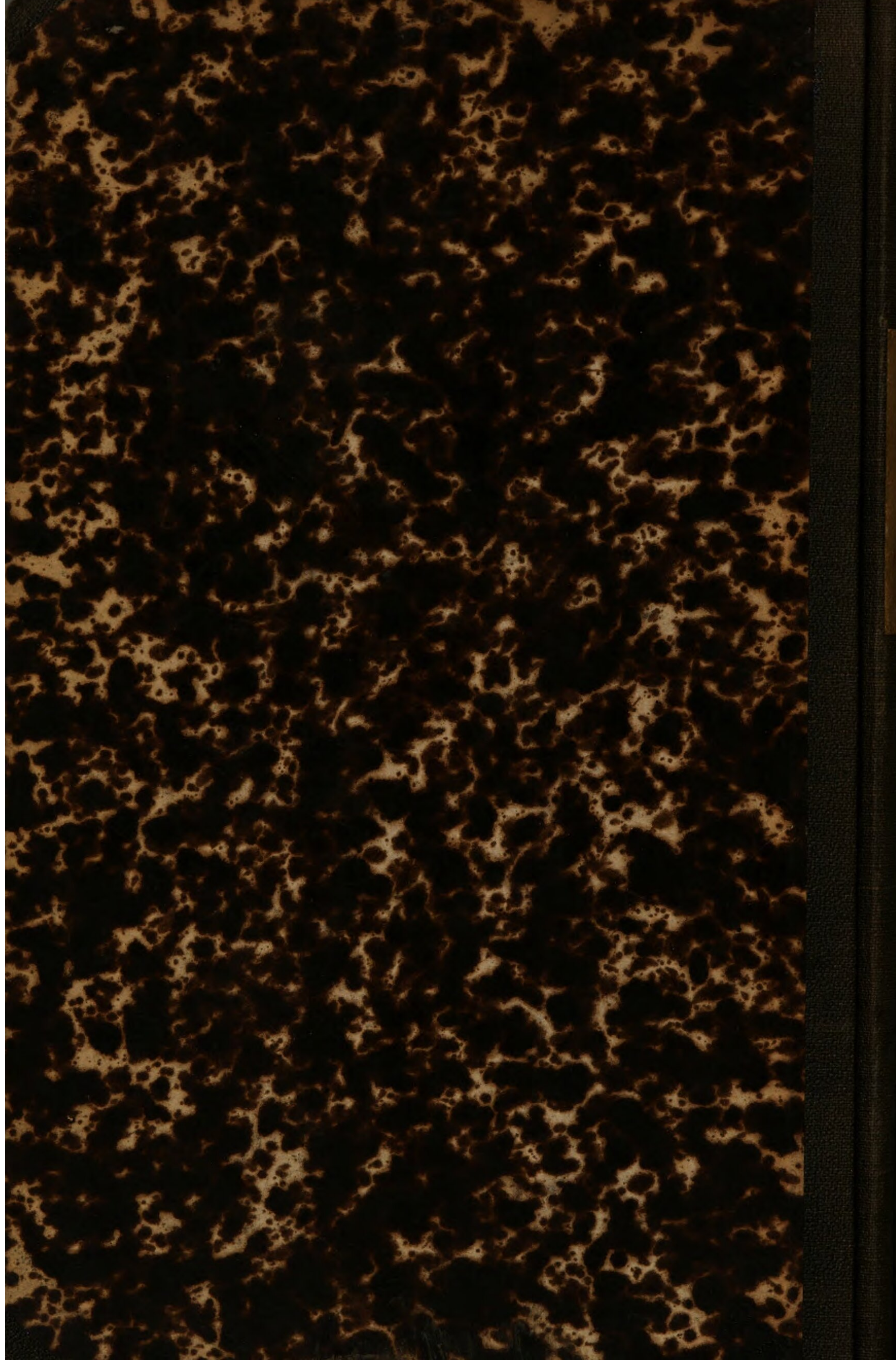
Seite 87 Zeile 1 von unten lies: 200 Mill. Fr. = 8 Mill. Liv. St.

Druckfehler.

Seite	2	Zeile	16	von unten	lies	hervorzurufen statt hervorrufen.
-	13	-	1	- oben	-	flottante statt flottente.
-	13	-	9	-	-	unbedenklichen statt bedenklichen.
-	17	-	9	-	-	ungleichm. statt übergleichm.
-	17	-	12	-	-	trifft statt trift.
-	19	-	13	-	-	der Jahre statt des Jahres.
-	19	-	2	- unten	-	Entfaltung statt Entfaltungen.
-	20	-	13	-	-	2054 statt 0000.
-	21	-	8	-	-	graphischen statt geographischen.
-	27	-	10	- oben	-	448,564,000 statt 338,564,000.
-	28	-	8	- unten	-	250,000 Mann statt 250,000 Thlr.
-	37	-	4	- oben	-	zweckmässig statt zwekmässig.
-	37	-	8	- unten	-	Censustabellen statt Censurtabellen.
-	45	-	7	- oben	-	Economist statt Economiste.
-	46	-	10	-	-	des französischen st. das französische.
-	52	-	6	- unten	-	Vorkaufsrecht statt Verkaufsrecht.
-	62	-	2	-	-	Geldhorten statt Geldsorten.
-	63	-	3	-	-	5—6 statt 5.—600.
-	64	-	12	-	-	105 statt 62.
-	65	-	8	- oben	-	42,5 Mill. statt 342,5 Mill.
-	71	-	8	- unten	-	2,057 Liv. statt 207.
-	73	-	10	- oben	-	französische statt französischen.
-	90	-	3	- unten	-	1871 statt 1872.
-	92	-	3	-	-	750,000 Liv. St. statt 150,000 Pfd.
-	96	-	16	-	-	Chevalier statt Chevallier.
-	99	-	7	-	-	152 Mill. statt 142 Mill.
-	101	-	16	-	-	Gewebsteuer statt Gewerbesteuer.
-	111	-	11	- oben	-	1871 statt 1870.
-	119	-	2	- unten	-	110 statt 1,110.



Schwaighofer



Hirschfeld, Ludwig von

Die Finanzen Frankreichs nach dem Kriege von 1870 - 71

Berlin 1875

Gall.rev. 403 u

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11314984-0